



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

PRESSESPIEGEL
2010



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Inhaltsverzeichnis

Artikel und Publikationen	Seite 3
Interviews	Seite 39
Hintergrundgespräche	Seite 55
Europa Club Wien	Seite 61
Veranstaltungen	Seite 79
Meinungsforschung	Seite 99
Die EU und DI Seite 161
Leserbriefe	Seite 173



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Artikel & Publikationen

15 Jahre Beitritt Österreichs

Was hat uns die EU gebracht?

Der Europatag am 9. Mai gibt Österreich die Chance, Bilanz über eineinhalb Jahrzehnte EU-Mitgliedschaft zu ziehen.

Die Krise um die Staatsfinanzen Griechenlands hat die Debatte neu entfacht: Was haben die 27 Mitgliedsstaaten von der Europäischen Union? Sind mit der EU-Mitgliedschaft nur Verpflichtungen verbunden – oder auch Vorteile?

Der Europatag am kommenden Wochenende, dem 9. Mai, gibt gerade Österreich besondere Gelegenheit, eine Zwischenbilanz zu ziehen: Seit 15 Jahren ist Österreich Mitglied der Europäischen Union. Sind wir nur Nettozahler – oder auch Profiteur der EU-Gemeinschaft?

Geht es nach den Wirtschaftsexperten, dann hat Österreich in den vergangenen 15 Jahren große Vorteile aus dem EU-Beitritt gezogen:

15 Jahre EU-Mitgliedschaft brachten Österreich einen realen Wachstumsimpuls von jährlich 0,6 Prozentpunkten des BIP pro Kopf. Dies ermöglichte die Schaffung von 14.000 neuen Arbeitsplätzen pro Jahr.

Kritik Den wirtschaftlichen Vorteilen steht ein kritisches Verhältnis der Österreicher zur Europäischen Union gegenüber: Bei der Volksabstimmung am 12. Juni 1994 stimmten zwar noch 66,6 Prozent der österreichischen Wählerinnen und Wähler für den EU-Beitritt. Doch laut jüngster Eurobarometer-Umfrage beträgt die Zustimmung zur EU nur 42 Prozent – im EU-Durchschnitt sind es 53 Prozent.



Die Zukunft Europas: Die Jugend sieht Österreichs Verhältnis zur Europäischen Union positiv – zahlreiche Aktionen zum Europatag 2010 sollen diesen Trend unterstützen

Allerdings: Geht es um die Frage Mitgliedschaft oder Austritt aus der EU, dann geben die Daten ein anderes Bild: Laut einer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) sieht die große Mehrheit der Österreicher die Zugehörigkeit zur EU gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise positiv. Für 73 Prozent ist die Zugehörigkeit zur EU selbstverständlich: „Durch die Wirtschaftskrise ist der Wunsch, in der EU zu bleiben, noch gestiegen“, analysiert ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt.

Was die Umfragewerte be-

Europatag: EU feiert 60. Geburtstag

Zeitgeschichte Die Europäische Union feiert jährlich am 9. Mai den Europatag. Sie gedenkt damit der Geburtsstunde der EU.

Gründervater Mit dem Europatag wird das Andenken an den Politiker geehrt, der vor 60 Jahren den entscheidenden Schritt

zur europäischen Integration setzte: Der damalige französische Außenminister Robert Schuman präsentierte am 9. Mai 1950 seine Vision eines Zusammenwachsens Europas. Ausgangspunkt war die Gründung der Europäischen Behörde für Kohle und Stahl, der späteren Montanunion.

trifft, konnte Österreich auch den letzten Platz im EU-Ranking abgeben: Mittlerweile liegt Österreich, was die Beliebtheit der EU im ei-

völkerung steht die Bewertung durch die österreichischen Politik gegenüber. „Ein historisches Datum, das auf eine Stufe mit der Staatsgründung 1918 und dem Staatsvertrag 1955 steht“: So hatte der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union am 1. Jänner 1995 euphorisch beschrieben.

Entwicklung Seit diesem „historischen Datum“ hat sich für Österreich tatsächlich viel getan: Neben dem Wegfall der Zollkontrollen, dem Zugang zu den Märkten der

EU-Mitgliedstaaten und der Öffnung der Grenzen mit dem 1997 umgesetzten Schengen-Abkommen stellte die Einführung der neuen Gemeinschaftswährung Euro für die Österreicher die einschneidendste Veränderung ihres Alltags dar.

Mit der Osterweiterung im Mai 2004 vergrößerte sich außerdem die Europäische Union von 15 auf 25, im Jahr 2007 auf 27 Mitglieder.

In den 15 Jahren hat Österreich zwei Mal turnusmäßig für jeweils ein halbes Jahr den Ratsvorsitz der Europäischen Union geführt: 1998 und 2006.

► Zukunft Europa

„Europa an deiner Schule 2010“

Das Motto der Aktion „Europa an deiner Schule“ lautet heuer „Europa ein Gesicht geben“. Rund um den Europatag am 9. Mai kehren ehemalige und aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den EU-Institutionen, der Österreichischen Vertretung in Brüssel und der Interessensvertretungen an ihre Schulen zurück und berichten dort über ihre Erfahrungen auf EU-Ebene.

Die Besuche finden rund um den Europatag am 9. Mai, zwischen 3. und 10. Mai, statt.

Bereits im Vorjahr wurde

die Aktion „Europa an deiner Schule“ mit großem Erfolg durchgeführt: Fast 90 Referentinnen und Referenten berichteten an 100 österreichischen Schulen über ihre Erfahrungen auf dem EU-Parkett.

„Europa an deiner Schule“ wird vom Bundeskanzleramt/Bundespressediens gemeinsam mit der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU und dem Unterrichtsministerium durchgeführt. Ähnliche Aktionstage fanden in den vergangenen Jahren erfolgreich in einigen EU-Staaten statt, etwa in Deutschland, Portugal und den Niederlanden.

INFO
Alle Veranstaltungen rund um den Europatag 2010:
www.zukunfteuropa.at

15 Jahre Österreich in der EU – zehn Themenfelder, die konkrete Vorteile für die österreichische Bevölkerung beleuchten:
Bestellmöglichkeit beim Bundeskanzleramt unter der eMail-Adresse: broschuerenversand@bka.gv.at

Europatelefon
Anfragen zu den verschiedenen Bereichen der EU. Die gebührenfreie Nummer des Europatelefons lautet:
☎ 0800 222 666
Montag bis Freitag 8 bis 18 Uhr.
eMail: europa@bka.gv.at

► Aktion Europaschirm

„Wir bringen Europa in die Gemeinden“

Seit Juni 2008 führt die Wirtschaftskammer Österreich gemeinsam mit Partnern wie der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und dem Bundeskanzleramt die Informationskampagne „Aktion Europaschirm“ durch.



Markenzeichen der „Aktion Europaschirm“ ist für alle erkennbar der blaue Europaschirm. Ziel der Aktion ist es, direkten Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern zu knüpfen, über die EU zu diskutieren und zu versuchen, Skepsis und Ängste über die EU abzubauen.

Weiters bietet das *Enterprise Europe Network* in Österreich einen einheitlichen Ansprechpartner insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen in allen unternehmensrelevanten EU-Angelegenheiten.

Das Leistungsangebot umfasst EU-Rechtsauskünfte, Unterstützung bei Bin-

nenmarkt-Problemen, Information zu EU-Fördermöglichkeiten, Unterstützung beim internationalen Technologietransfer etc.

INFO
Aktueller Veranstaltungskalender der Wirtschaftskammer Österreich zu aktuellen EU-Themen und Infos zur „Aktion Europaschirm“ im Internet unter:
<http://wko.at/eu>

Nähere Informationen zum „Enterprise Europe Network“ sowie den Netzwerkpartner in Ihrer Nähe finden Sie unter:
www.enterpriseeuropenetwork.at



Österreichischer
Städtebund

Stadtdialog

Schriftenreihe des
Österreichischen Städtebundes
Mai 2010

**Kommunalpolitik
ist Europapolitik**
Städte im Dialog mit Europa

Paul Schmidt

15 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs – Eine Bilanz

Paul Schmidt

Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Seit nunmehr 15 Jahren ist Österreich Mitglied der Europäischen Union. Am 12. Juni 1994 hatten sich 66,6 % der ÖsterreicherInnen in einer Volksabstimmung für den Beitritt entschieden, am 1. Jänner 1995 wurde unser Land gemeinsam mit Finnland und Schweden in die EU aufgenommen. Wie beurteilen nun die ÖsterreicherInnen die EU-Mitgliedschaft im Rückblick?

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, hat die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) im März 2010 eine Umfrage bei der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) in Auftrag gegeben, wobei 752 Personen in ganz Österreich befragt wurden.

Hohe Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die aktuelle Umfrage zeigt eine hohe Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise. 73 % der befragten ÖsterreicherInnen sind der Meinung, dass unser Land EU-Mitglied bleiben soll. 21 % sprechen sich für einen Austritt aus der EU aus. 65 % der Befragten halten die Beitrittsentscheidung aus heutiger Sicht für richtig, 30 % halten sie für falsch. Ein Blick auf die Umfragewerte der vergangenen 15 Jahre lässt erkennen, dass der Trend von EU-Befürwortung und EU-Skepsis – trotz mancher punktueller Abweichungen – im Großen und Ganzen erstaunlich konstant ist und den Werten der aktuellen Umfrage in hohem Maße entspricht.

Besonders Junge bis 25 Jahre („bleiben“: 82 %) sowie Befragte mit Matura oder Universitätsabschluss (79 % bzw. 90 %) sind EU-Fans. Kritisch wird die Mitgliedschaft hingegen von Personen ab 66 Jahre (für EU-Austritt: 27 %), von Befragten mit Berufs-, Handels- und Pflichtschulabschluss (für EU-Austritt: 34 %) sowie sozial Schwachen betrachtet.

58 % der ÖsterreicherInnen sind der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft mehr Vorteile für unser Land mit sich gebracht hat. Für knapp ein Viertel (24 %) überwiegen hingegen die Nachteile. 47 % der Befragten meinen, dass die EU-Mitgliedschaft für sie persönlich mehr Vorteile gebracht hat. Insgesamt 21 % haben mehr persönliche Nachteile durch die EU-Mitgliedschaft erfahren.

Befürchtungen, dass die österreichische Identität durch die EU-Mitgliedschaft verloren gehen würde, haben sich nur für 12 % der Befragten völlig bestätigt. Fast die Hälfte meint hingegen, dass sich derartige Ängste als grundlos erwiesen hätten.

Wirtschaftswachstum und Frieden

Die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Friedenssicherung in Europa sind jene Bereiche, die von den ÖsterreicherInnen der EU gutgeschrieben werden. Ein gemischtes Zeugnis stellen die Befragten der EU hingegen für die Verbesserung des Konsumentenschutzes, die Bekämpfung der Kriminalität sowie die Stabilität der Preise aus. Negativ beurteilt wird der Beitrag der EU zur Reduzierung des Transits sowie zur Hebung der AKW-Sicherheit bei unseren Nachbarn.

Vertrauen in den Euro seit 2004 gewachsen

Insgesamt 70 % der Befragten haben großes Vertrauen in den Euro. Im Jahr 2004 lag der entsprechende Wert bei 50 %. Geringes Vertrauen haben 29 % der ÖsterreicherInnen (2004: 48 %).

EU-Erweiterung

Die ÖsterreicherInnen bewerten den EU-Beitritt unserer Nachbarn Slowenien, Ungarn, Tschechien und der Slowakei rückblickend mehrheitlich positiv. 56 % empfinden die Aufnahme unserer Nachbarn als „gute Entscheidung“, 19 % sind gegenteiliger Ansicht.

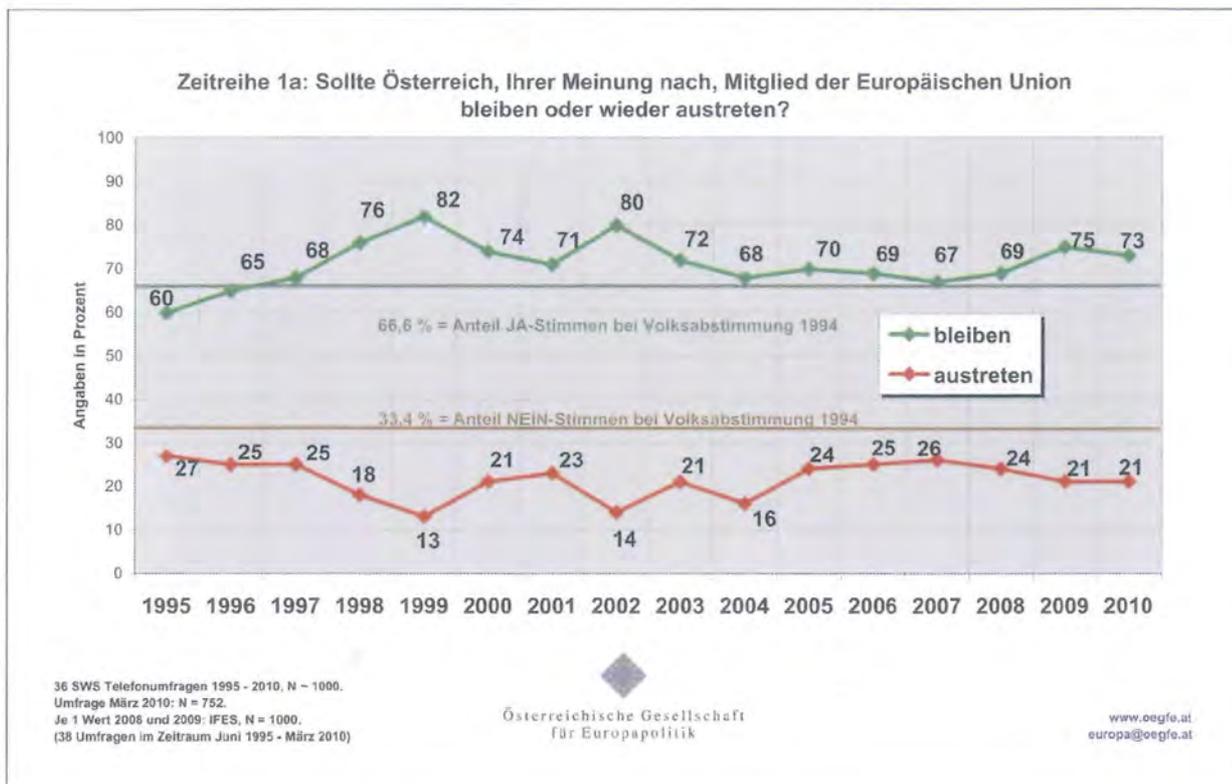
Neuen Erweiterungsschritten in Südosteuropa wird dagegen eher mit Skepsis begegnet. Einzig ein kroatischer EU-Beitritt würde mehrheitlich begrüßt werden („begrüßen“: 52 %/„ablehnen“: 21 %). Eine EU-Mitgliedschaft der anderen Länder des früheren Jugoslawien sowie von Albanien wird hingegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgelehnt.

Schengen: Ein positiver Schritt, aber die Ängste überwiegen

62 % der Befragten sehen den Abbau der Grenzen in Folge des Schengener Abkommens als Schritt in Richtung eines



15 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs – Eine Bilanz



zusammenwachsenden Europas. Und auch die Vorteile, dass die Wartezeiten an den Grenzen entfallen, werden von einer überwiegenden Mehrheit wahrgenommen (83 %).

Allerdings herrschen bei einer großen Mehrheit der Befragten Sorgen bezüglich zunehmender Kriminalität und Verkehrsbelastung. 75 % fürchten, dass die Kriminalität durch die offenen Grenzen ansteigt, 67 % meinen, dass die Verkehrsbelastung zunimmt.

Öffnung der Arbeitsmärkte 2011 – Zuzug von Arbeitskräften erwartet

76 % der Befragten rechnen damit, dass die Öffnung der Arbeitsmärkte für Arbeitnehmer aus jenen Ländern, die im Jahr 2004 der EU beigetreten sind, Auswirkungen auf Österreich haben wird. 62 % erwarten einen verstärkten Zuzug von Arbeitnehmern. 64 % fürchten, dass einzelne Branchen in Österreich gefährdet sein könnten.

Mehrheitlich (53 %) wird allerdings auch angenommen, dass durch die Öffnung des Arbeitsmarkts die Nachfrage

nach qualifizierten Fachkräften in manchen Branchen befriedigt werden könnte. Nur eine Minderheit (24 %) rechnet jedoch damit, dass hierdurch auch das Problem der illegalen Beschäftigung gelöst wird.

Bilanz

Die Bilanz nach 15 Jahren EU-Mitgliedschaft fällt somit ambivalent aus: Zwar ist die Zugehörigkeit zur EU unbestritten und viele ÖsterreicherInnen verbinden damit auch persönliche Vorteile. Doch herrschen ebenso Sorgen bezüglich Kriminalität, Verkehrsbelastung und der Sicherheit von Arbeitsplätzen.

Die Politik und die Interessenvertretungen sind weiterhin gefordert, in einen offenen Dialog mit den Menschen zu treten und auch manche Themen stärker öffentlich zu kommunizieren.

Der Wunsch nach Information wäre in jedem Fall vorhanden – so meinen 91 %, dass der ORF häufiger darstellen soll, wie sich EU-Entscheidungen auf Österreich auswirken.

Griechenland-Paket / EURO-Schutzschirm Häufig gestellte Fragen

1) Warum wurde Griechenland in die Länder der Euro-Gruppe aufgenommen, wenn man wusste, dass die Budgetzahlen des Landes nicht stimmen?

Die Entscheidung zur Aufnahme Griechenlands vom Juni 2000 wurde auf Grundlage der damals vorliegenden Zahlen gefällt. Zu diesem Zeitpunkt erfüllte Griechenland die Konvergenzkriterien zur EURO-Einführung.

Die aktuelle Situation zeigt aber, dass es nicht um das kurzfristige Erfüllen von Konvergenzkriterien geht, sondern um Nachhaltigkeit der Wirtschaftsdaten und deren genaue Überprüfung.

Daher arbeiten die EU-Staaten derzeit auch mit Hochdruck an einer deutlichen Verschärfung der Finanzkontrollen. Ziel ist es, zu mehr Transparenz und Kontrolle, konkret bei den relevanten Wirtschafts- und Budgetdaten der EU-Staaten zu kommen. Dazu soll die europäische Statistikbehörde EUROSTAT entsprechende Kontroll- und Durchgriffsrechte erhalten, um Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und ein Gegensteuern zu ermöglichen.

2) Wie viel zahlt Österreich an Griechenland und über welchen Zeitraum?

Griechenland wurde insgesamt ein Darlehensrahmen von 110 Mrd. € (80 Mrd. € durch bilaterale Kredite der EURO-Staaten; 30 Mrd. € durch den Internationalen Währungsfonds/IWF) für die nächsten 3 Jahre gewährt.

Der Beitrag Österreichs beträgt 2,3 Mrd. € und ist nicht „geschenkt“, sondern ein Kredit, der bei einer Laufzeit von drei Jahren mit 4,5% verzinst ist. Gesetzliche Grundlage für die Auszahlung des Geldes durch Österreich ist das Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz, die Zustimmung des Nationalrates zum Paket erfolgte am 20. Mai.

Das Darlehen wird - je nach Fortschritt der Umsetzung der Sparmaßnahmen und Reformen in Griechenland - in Tranchen über die nächsten drei Jahre ausbezahlt. Die Bereitstellung der Kredithilfen ist an strikte Bedingungen geknüpft, Rückzahlung und Verzinsung müssen unter Einhaltung harter Auflagen gewährleistet werden. Die Umsetzung des griechischen Sparprogramms wird vierteljährlich von EU und IWF überprüft.

3) Wie wahrscheinlich ist es, dass Griechenland das Geld nicht zurückzahlen kann?

Ziel des griechischen Spar- und Restrukturierungsprogramms ist die nachhaltige haushaltspolitische Konsolidierung des Landes sowie die Wiederherstellung des Vertrauens an den Finanzmärkten.

Österreich geht - so wie die anderen Darlehensgeber in der EU - davon aus, dass die Kredite zurückgezahlt werden können.

Dafür spricht auch, dass dem IWF, der am Griechenland-Rettungspaket maßgeblich beteiligt ist, bisher bei jedem seiner Hilfsprogramme, die von ihm vergebenen Kredite auch zurückgezahlt wurden.

Je rascher die jetzt beschlossenen Reformen in Griechenland und in anderen europäischen Staaten greifen, desto schneller wird sich die gesamteuropäische Wirtschaft stabilisieren, und das Vertrauen der Märkte zurückkehren, um den notwendigen Aufschwung - auch in Griechenland - zu bringen, sodass die Kredite erfolgreich bedient werden können.

4) Warum wurde Griechenland nicht einfach in den Staatsbankrott geschickt?

Ein Bankrott Griechenlands (ungeachtet der damit im Land einhergehenden „sozialen Kosten“ wie explodierende Arbeitslosigkeit, stark sinkende Löhne, Zusammenbruch der öffentlichen Dienstleistungen, soziale Unruhen etc.) oder eines anderen Mitgliedes der Währungsunion würde unmittelbar zu hohen Verlusten von Banken und Versicherungen und damit zu einer neuen Banken-/Finanzkrise führen - mit den damit verbundenen Folgekosten und nachteiligen Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Österreich und ganz Europa.

Ein Staatsbankrott eines Mitgliedslandes würde damit den gesamten Währungsraum massiv unter Druck setzen und die Ansteckungsgefahr für andere EURO-Länder mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten erhöhen. Es galt mit dem Hilfspaket also auch, einen „Dominoeffekt“ in Richtung anderer Länder (Spanien, Portugal etc.) zu verhindern, von denen letztlich auch Österreich betroffen sein könnte.

Das Hilfspaket war aber auch ein Signal, dass man sich in der EU im Notfall aufeinander verlassen kann. Auch Österreich war - vor dem Hintergrund seines wirtschaftlichen Engagements in den nach Ausbruch der Finanzkrise krisengeschüttelten EU-Ländern Ungarn und Rumänien - eine Zeitlang unter Druck geraten. Unsere EU-/EURO-Mitgliedschaft hat sich als Stabilitätsfaktor erwiesen, insbesondere deshalb, weil EU und IWF - auch auf Drängen Österreichs - Ungarn und Rumänien rasch Zahlungsbilanzhilfe gewährten, und dadurch eine heikle finanzpolitische Situation stabilisiert werden konnte.

Ziel der Griechenland-Hilfe war/ist es, einerseits mit den Darlehen Griechenlands Schuldendienst und staatliche Handlungsfähigkeit sicherzustellen, andererseits aber auch einen Hebel zu haben, um notwendige Sparmaßnahmen und Strukturreformen durchzuführen.

5) Ist das „Griechenland-Paket“ und auch der „EURO-Schutzschirm“ nicht ein reines Bankenrettungspaket?

Nein, weil

- nicht nur Banken griechische Staatsanleihen halten, sondern z.B. auch Pensionsversicherungen. In Staatsanleihen zu investieren kann grundsätzlich nicht als spekulatives Investment bezeichnet werden.
- nicht nur die Banken, sondern die Wirtschaft und der Wohlstand insgesamt auf dem Spiel standen, und es darum ging, eine „Kettenreaktion“ zu vermeiden: hohe Ausfälle wichtiger Banken führen zu einer neuen Finanz-/Wirtschaftskrise, mit den damit verbundenen Folgekosten für Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Österreich und ganz Europa.

Österreichische Banken haben in Griechenland Außenstände von ca. 4,5 Mrd. € (deutlich weniger als Institute anderer Länder). Banken sind ein wesentlicher Bestandteil einer funktionierenden Marktwirtschaft. Ein Staatsbankrott in Griechenland hätte nicht nur Auswirkungen auf die heimischen Banken, sondern auf die gesamte Volkswirtschaft mit geschätzten Folgekosten von bis zu 20 Mrd. €.

Für den österreichischen Anteil am EURO-Stabilisierungs-Paket (15 Mrd. €) muss kein zusätzliches Geld in die Hand genommen werden, weil die Haftungen aus dem seinerzeitigen (österreichischen) Bankenpaket nicht ausgeschöpft wurden bzw. reduziert werden.

Gleichzeitig werden derzeit entsprechende Maßnahmen für eine effizientere Kontrolle des europäischen Bankensektors diskutiert. Mit den geplanten Maßnahmen sollte sich auch das

Risiko verringern, dass die öffentliche Hand in Zukunft Aktionen zur Rettung gescheiterter Banken unternehmen muss.

6) Wird der Euro stabil bleiben oder ist eine Abwertung zu erwarten? Was passiert, wenn in der Euro-Zone eine heftige Inflation einsetzt?

Der gesunkene Wechselkurs gegenüber dem Dollar hat auch Vorteile, er hilft z.B. der für die österreichische Volkswirtschaft so wichtigen Exportwirtschaft.

Der gegenwärtige Wechselkurs zum EURO entspricht in etwa dem Durchschnitt der vergangenen 10 Jahre, und wird als „Gleichgewichtskurs“ zwischen EURO und Dollar gesehen.

Das primäre Ziel der Europäischen Zentralbank ist es, die Stabilität von Preisen zu gewährleisten (die mit nahe bei 2% Inflation definiert wird). Entscheidend ist, dass die Kaufkraft des EURO erhalten bleibt - und diese ist derzeit nicht gefährdet! Preisstabilität wurde im EURO-Raum elf Jahre lang erfolgreich gewährleistet, für eine „übermäßige“ Inflation gibt es zurzeit keine Anzeichen.

7) Kann Österreich aus der Euro-Gruppe austreten und den Schilling wieder einführen?

Ein Austritt aus der Eurozone ist im EU-Vertrag nicht vorgesehen, außerdem wäre er mit hohen wirtschaftspolitischen Kosten und einer Abkoppelung vom europäischen Binnenmarkt verbunden. Das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung in den EURO ist hoch und liegt bei etwa 61 % (ÖGfE-Umfrage, Mai 2010).

Einer WIFO-Studie von Februar 2010 zufolge brachte Österreichs EU-Beitritt einen Integrationsbonus von + 0,9% des BIP sowie +19.000 Arbeitsplätze pro Jahr. Die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Einführung der gemeinsamen Währung verstärkten diese Effekte noch.

8) Besteht die Gefahr, dass andere Staaten ähnliche Rettungspakete wie Griechenland beantragen?

Um das zu vermeiden bzw. im Notfall rasch und wirksam helfen zu können, ist der „EURO-Schutzschild“ in der Höhe von 750 Mrd. € ins Leben gerufen worden. Wenn andere EU-Länder, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, die Reformanstrengungen und deren Umsetzung weiter erhöhen, dann wird auch die Ansteckungsgefahr verringert.

Derzeit ist daher nicht davon auszugehen, dass weitere Staaten vergleichbare Rettungspakete wie Griechenland beantragen, obgleich die Stabilitätsrisiken einiger Länder des Euroraumes - insbesondere Spanien, Portugal, aber auch Irland und Italien - seit Ausbruch der Griechenland-Krise gestiegen sind. Griechenland bleibt jedoch aufgrund des Vertrauensbruches nach Statistikmanipulationen und der Dimension seiner Risiken ein „Sonderfall“.

Noch im Mai haben auch Spanien und Portugal, die aufgrund ihrer hohen Budgetdefizite, fehlender privater Ersparnisse, hoher Arbeitslosigkeit sowie struktureller Schwächen ebenfalls überdurchschnittlich unter Druck sind, strenge Spar- und Konsolidierungsprogramme beschlossen. Weiters haben zuletzt Irland, Italien und Großbritannien umfassende Sparpakete mit z.T. drastischen Maßnahmen zum Abbau ihrer hohen Schulden geschnürt. Dies sollte zur mittelfristigen Entspannung der Finanzmärkte beitragen.

9) Welche Schritte werden von Mitgliedstaaten gesetzt, um den EURO künftig stabil zu halten?

Die Stabilisierung des Euro ist vordringliches Anliegen der Staats- und Regierungschefs der Eurozone und ihrer Finanzminister: Bei den Gipfeln am 7. und 9. Mai wurde auf Basis von Artikel 122(2) des EU-Vertrages ein „Stabilisierungsmechanismus“ mit einem Gesamtvolumen von bis zu 500 Mrd. € beschlossen, der vom IWF um weitere 250 Mrd. € aufgestockt wird:

EU-Stabilitätsmechanismus (in Form von Darlehen)	Euro	60	Mrd.
Bilaterale Garantien	Euro	440	Mrd.
	EU/Euro	500	Mrd.
IWF-Programme	Euro	250	Mrd.
EU/IWF-„Rettungsschirm“	GESAMT	750	Mrd.

Der österreichische Beitrag für den gesamten Rettungsschirm würde bei 12 bis 15 Mrd. € liegen. Der Großteil des Geldes wird jedoch in Form einer Garantie zur Verfügung gestellt, die aller Wahrscheinlichkeit nach nicht schlagend wird. Das Rettungspaket dient vor allem dazu, die Märkte zu beruhigen und Spekulationen auf den Staatsbankrott in EU-Mitgliedsländern entgegenzusteuern.

10) Welche Reformen müssen EU-weit vorangetrieben werden, damit sich unsere Wirtschaft und Währung nachhaltig stabilisiert?

Parallel zu den finanziellen Hilfsmaßnahmen sowie Konsolidierungsanstrengungen müssen wirksame Schritte gesetzt werden, die auf eine nachhaltige und langfristige Stabilisierung der europäischen Wirtschaft und Währung abzielen. Auf EU-Ebene wird daher mit Hochdruck an einem entsprechenden Maßnahmenpaket gearbeitet, wobei derzeit u.a. diskutiert wird über: wirksamere Kontrollen der Finanzmärkte inkl. Hedge Fonds, Verbesserung der EU-Finanzmarktaufsicht, strengere Kontrollen der Ratingagenturen, bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik (ex ante-Koordinierung nationaler Budgets), strengere Überwachung der Budgetdisziplin (schärfere Sanktionen im Rahmen des Stabilitätspaktes), Ausarbeitung von konkreten Krisenmechanismen (praktische Umsetzung des EURO-Rettungsschirms), neue Eigenkapitalvorschriften für Banken, Bankenabgabe/-fonds, Finanztransaktionssteuer.

Dieses Argumentarium wurde erstellt von:

BM für europäische und internationale Angelegenheiten
 Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
 Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

Wien, 2. Juni 2010

Die Presse

24.06.2010

Europäische Union

Seite 4

JAHRESTAG

15 Jahre lang eine ambivalente Beziehung

*Von den drei EU-Beitrittsländer
von 1995 ist die Skepsis in
Österreich heute am größten.*

WIEN (wb). 1994 war Österreich das Land mit der höchsten Zustimmung der Bevölkerung zum Beitritt. 66,6 Prozent stimmten am 17. Juni dafür. Am 24. Juni, also vor exakt 16 Jahren, konnte die Regierung in Korfu den Beitrittsvertrag unterzeichnen. In Finnland und Schweden, die im gleichen Jahr Referenden abhielten, lag die Befürwortung des Beitritts nur bei 56,9 und 52,3 Prozent.

Doch seit damals hat sich die Stimmung gewandelt, wie die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGFE) in einer Analyse der Eurobarometer-Umfragen belegt. Österreich ist der skeptischste Staat der drei Beitrittsländer geworden. Lediglich 42 Prozent der Bevölkerung halten laut der jüngsten Eurobarometer-Umfrage die Mitgliedschaft für eine „gute Sache“. In Finnland sind es 51 Prozent, in Schweden 57 Prozent.

„Die Österreicher haben eine ambivalente Haltung zur EU entwickelt“, sagt ÖGFE-Generalsekretär Paul Schmidt. „Die Menschen schätzen die Möglichkeit, die die EU bietet und anerkennen ihr wirtschaftliches Potenzial.“ So wird der Euro als Vorteil empfunden, andererseits wird kritisiert, dass sich die Union in eine falsche Richtung entwickelt und unserem Land mehr Nachteile bringt.

„Verglichen mit Schweden und Finnland wird die EU in Österreich viel öfter mit Negativthemen wie mehr Kriminalität, mangelhaften Grenzkontrollen, Verlust kultureller Identität und Arbeitslosigkeit in Verbindung gebracht.“

Schmidt macht dafür Medien und Politiker verantwortlich, die Europa nicht ausreichend erklären, ihre Informationspflicht vernachlässigen. „Zu gering ist die Information darüber, dass die EU kein abstraktes Bürokratenparadies ist, sondern unser Leben in den verschiedensten Bereichen – von Telefongebühren über Flugpassagiersicherheit bis zu Banküberweisungen auch positiv beeinflusst.“

Angst vor Globalisierung

Kurios ist, dass die internationale Zusammenarbeit in Europa und die Öffnung der Grenzen nicht zu einer Änderung des Bewusstseins geführt haben. Denken die Österreicher an „Globalisierung“, so verbinden sie damit überwiegend negative Aspekte, heißt es in der ÖGFE-Analyse. Für Finnen und Schweden ist der Begriff „Globalisierung“ hingegen positiv besetzt.

Europass

Österreich

Newsletter

Nr. 2 / Juni 2010

Editorial

Europass 5 Jahre

Einen Rückblick auf die Veranstaltung „Was bringt Lernen und Arbeiten im europäischen Ausland?“ finden Sie auf www.europass.at/rueckblick

Hier finden Sie Beiträge zu folgenden Themen:

- Die „EU und DU“ - die informative Wanderausstellung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik erscheint im neuen Gewand und kann gebucht werden.
- ECDL – was verbirgt sich alles hinter diesen Buchstaben? Ein europäisches Zertifikat setzt Standards.
- Das Diploma Supplement Label in Österreich

Einen erholsamen Sommer wünschen
Europass Österreich
Magdalena Burtscher und Lydia Rössler

„Die EU und DU – Eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft“

Wanderausstellung für Schüler/innen wieder auf Tour durch Österreich



Bild aus dem BG Blumenstraße in Bregenz

Seit März 2010 ist die Wanderausstellung „Die EU und DU – eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft“ in einer Neuauflage wieder auf Tour an Schulen in ganz Österreich.

Die Wanderausstellung wurde von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) gemeinsam mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich speziell für junge Menschen entwickelt. Sie informiert in anschaulicher und doch umfassender Weise über Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Europäischen Union.

- Was bringt die EU den Österreicherinnen und Österreichern?
- Welche Weiterbildungsmöglichkeiten und Vorteile bietet die EU jungen Menschen?
- Wo liegen die Grenzen der Europäischen Union?
- Wie schaut die Zukunft Europas aus?

Diese und andere Fragen werden mit anschaulichen Beispielen illustriert. Neben so manchem Denkanstoß finden sich auch nützliche Kontakte und Verweise auf weiterführende Informationen im Internet. Die Wanderausstellung "Die EU und DU - eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft" tourt schon seit Jänner 2008 durch ganz Österreich. Seither hat die Ausstellung rund 100 Schulen besucht. In begleitenden Diskussionsveranstaltungen konnten bisher rund 14.000 Schüler/innen mit Expertinnen und Experten über die EU diskutieren.

Gemeinsam mit Grafik-Design Student/innen der FH Salzburg wurde nun eine aktualisierte, neu gestaltete Auflage der Wanderausstellung produziert. Die offizielle Präsentation der Neuauflage fand im Beisein von Außenminister Michael Spindelegger am 7. Mai 2010, anlässlich des Europatags, statt.

Seit Mitte März 2010 kann die Neuauflage der Wanderausstellung und der ebenfalls neu aufgelegte Begleitfolder von Schulen kostenlos angefordert werden. Zugleich besteht die Möglichkeit, über die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik eine begleitende Diskussionsveranstaltung an der jeweiligen Schule zu organisieren.

Nähere Infos und Bestellmöglichkeit:
E-Mail: wanderausstellung@oegfe.at
Telefon: 01-533 49 99-17
Internet: www.die-eu-und-du.at

Europass

Österreich

Newsletter

Österreichs Plattform für Europa



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) wurde im Jahr 1991 gegründet. Als parteipolitisch unabhängiger und auf sozialpartnerschaftlicher Basis organisierter Verein ist es ihr Ziel, die Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses zu fördern und zur Verminderung von Informationsdefiziten betreffend die Europäische Union in Österreich beizutragen. Zu den Haupttätigkeitsbereichen der ÖGfE zählen die Organisation von Vortragsveranstaltungen, Informationsarbeit für Schulen, Betriebe, Senioren und andere Zielgruppen, Meinungsforschung sowie die Erstellung von europaspezifischen Informationsmaterialien.

Weitere Schwerpunkte bilden die Veranstaltungsserie Europa Club Wien, in Kooperation mit dem KURIER, in deren Rahmen zurzeit die Mitglieder der Bundesregierung über ihre europäischen Zuständigkeitsbereiche referieren, Hintergrundgespräche für Journalisten, EU-Fortbildungsseminare (u.a. für Lehrer/innen) und Multiplikatorenbriefings, Debriefings zum Europäischen Rat für österreichische EU-Informationsstellen, die vom Bundeskanzleramt auf ÖGfE-Initiative organisiert werden sowie das „EU-Netzwerk Österreich“, ein Ideen-Think Tank für Österreicher/innen, die einmal an einem EU-Standort tätig waren. Nähere Infos: www.oegfe.at

ECDL – Europäischer Computer Führerschein Europäisches Zertifikat mit weltweiter Bedeutung

Computerkenntnisse werden heute in fast jedem Beruf vorausgesetzt. Das eigene Computer Know-how testen und mittels Zertifikat nachweisen spielt daher in der persönlichen Aus- und Weiterbildung eine immer größere Rolle. Ein ECDL Zertifikat in Ihren Händen dient damit als Sicherstellung, dass Sie über das notwendige Computer Know-how verfügen und die Herausforderun-

gen im Beruf mit Office-Anwendungen und Internet routiniert und effizient bewältigen können.

Der globale Standard

Der ECDL ist unter der Bezeichnung ICDL (International Computer Driving Licence) auch über die Grenzen Europas hinaus von Bedeutung. Heute kann in mehr als 140 Staaten der Welt und in 38 Sprachen der ECDL/ICDL gemacht werden. Der ECDL/ICDL setzt damit den globalen Standard für Computeranwender. Bislang letzter Höhepunkt war die symbolische Überreichung der 9-millionsten Teilnehmerkarte (Skills Card) an EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso.

In Österreich organisiert die Österreichische Computer Gesellschaft (OCG), eine unabhängige Non-Profit Organisation, die Initiative Europäischer Computer Führerschein und ergänzt sie mit eignen Zertifikaten, die im DACH-Raum Verbreitung finden.

Diese Zertifikate stehen zur Auswahl:

Basis Know-how

- Europäischer Computer Führerschein (ECDL Core) – der Standard für Computeruser
- ECDL WebStarter – einfache Websites erstellen
- ECDL ImageMaker – digitale Bilder bearbeiten
- ECDL CAD – 2D Computer Aided Design
- OCG Typing Certificate – 10-Finger-Schreiben
- OCG IT-Sicherheit – Computer sicherheitsbewusst anwenden

Profi Know-how

- OCG WebPublisher – professionelle und barrierefreie Websites entwickeln
- OCG Administration von Web-Sites
- OCG Gestaltung von Webinhalten (HTML&CSS)
- ECDL ImageMaker
- OCG ClientSide Scripting (JavaScript)
- OCG Rich Media (Flash)
- OCG Web Accessibility
- ECDL Advanced – Office-Programme vollständig anwenden
- Textverarbeitung Advanced
- Tabellenkalkulation Advanced
- Datenbank Advanced
- Präsentation Advanced



Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

15 Jahre EU-Mitgliedschaft: Österreichische Ambivalenz - skandinavischer Optimismus?

Am 24. Juni 1994 unterzeichneten Österreich, Finnland und Schweden ihre EU-Beitrittsverträge. Seit 1. Jänner 1995 sind sie Teil der Europäischen Union. 66,6 % der Österreicher, 56,9 % der Finnen und 52,3 % der Schweden hatten für die EU-Mitgliedschaft ihres Landes gestimmt. Heute - 15 Jahre nach dem EU-Beitritt - steht in allen drei Ländern weiterhin die Mehrheit der Bevölkerung dem europäischen Integrationsprozess zustimmend gegenüber. Skandinavier äußern sich allerdings in vielen Bereichen positiver als Österreicher und sind auch, was die Zukunft der Union sowie weltweite Herausforderungen betrifft, eher optimistisch.

Österreicher betrachten hingegen Entwicklungen in der EU häufig mit Unsicherheit und Skepsis. Allerdings vermitteln hierzulande Teile der Medien und der Politik auch regelmäßig ein negatives Bild der EU und verstärken so die Sorgen vieler Bürger. Ein offenes Bekenntnis zur Europäischen Integration sowie verstärkter Dialog mit den Menschen in Österreich würde helfen.

Was juckt mich eigentlich die EU?

Glaubt man den Eurobarometer Umfragen¹, so halten derzeit 42 % der Österreicher, 51 % der Finnen und 57 % der Schweden die Mitgliedschaft für eine „gute Sache“. Die Zahl der EU-Gegner hält sich die Waage: Nur etwa ein Fünftel der Befragten hat ein negatives Bild der EU. Im Vergleich zu Skandinaviern sind jedoch überdurchschnittlich viele Österreicher unentschlossen und halten die Mitgliedschaft weder für „gut“ noch für „schlecht“. Zu gering scheint die Information darüber, dass die EU kein abstraktes Bürokratenparadies ist, sondern unser Leben in den verschiedensten Bereichen - von Telefongebühren, zum Radweg und Park bis zur Flugpassagiersicherheit, dem Arztbesuch im Urlaub, der Banküberweisung und der Müsliverpackung - auch positiv beeinflusst.

Bringt´s Europa ?

Die Menschen schätzen die Möglichkeiten, die die EU bietet und anerkennen ihr wirtschaftliches Potential. Die Freiheit, innerhalb der Union reisen, studieren und arbeiten zu können sind Pluspunkte. Und auch „Frieden“ und „Euro“ (in Finnland und Österreich) sind positive Elemente der Europäischen Integration.

Allerdings ruft die EU auch negative Assoziationen wie „Bürokratie“ und „Geldverschwendung“ hervor. Gerade Österreicher kritisieren, dass sich die EU in die „falsche“ Richtung entwickelt und dass unserem Land mehr Nachteile durch die Mitgliedschaft entstehen. Verglichen mit Skandinaviern wird die EU viel öfter mit Negativthemen („mehr Kriminalität“, „mangelhafte Grenzkontrollen“, „Verlust unserer kulturellen Identität“, „Arbeitslosigkeit“) in Verbindung gebracht. erinnert uns das aber nicht auch an manche Schlagzeile?

Information könnte helfen, Ängste abzubauen, wichtig ist jedoch, in welcher Weise sie geliefert wird. In der Schaltung von Anzeigen und dem Druck von Broschüren ist wohl nicht die Lösung zu finden. Vielmehr muss das direkte Gespräch gesucht, müssen genau jene

Sorgen thematisiert werden, die die Menschen bewegen. Und Sorgen gibt es genug: In allen drei Ländern ist es die „Arbeitslosigkeit“, die als größte Herausforderung gilt. Österreicher sorgen sich zudem besonders um „steigende Preise“ bzw. die „Inflation“, in Skandinavien ist das „Gesundheitssystem“ das beherrschende Thema.

Skeptische Gesellschaft

Sieht man sich das Meinungsbild der Österreicher zu vielen Themen an, so drängt sich der Verdacht auf, dass das Bild Österreichs als „Insel der Seligen“ weiterhin vielfach verbreitet ist. Gilt die Botschaft, „Gemeinsam statt einsam“, die 1994 mit zum positiven Ausgang der EU-Volksabstimmung beigetragen hat, also noch für die Menschen? Und wie sieht sich Österreich eigentlich in einer globalisierten Welt, was werden die Themen der Zukunft sein?

Geht man nach den Österreichern und Finnen, so ist die „Wirtschaftspolitik“ das Zukunftsthema, dem sich die EU widmen soll. Gleichbedeutend ist für Befragte in Österreich aber auch der „Kampf gegen die Kriminalität“. In Schweden steht wiederum das Thema „Umwelt“ an erster Stelle.

Denken die Österreicher an die „Globalisierung“, so verbinden sie damit häufig negative Aspekte. Ganz anders die Skandinavier, für die dieser Begriff grundsätzlich positiv besetzt ist. Finnen und Schweden glauben häufiger, dass Globalisierung Chancen für wirtschaftliches Wachstum mit sich bringt und einen Beitrag zum Frieden in der Welt leistet. In allen drei Ländern meinen die Befragten mehrheitlich, dass wir alle durch die EU stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung profitieren. Dass die EU auch vor deren negativen Auswirkungen Schutz gewährt, wird allerdings seltener angenommen.

In einem zentralen Punkt schließlich sind sich alle Befragten einig, was vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise, positiv stimmt: Die zukünftige Rolle des Euro wird in Österreich und Finnland, und sogar in Schweden - das nach wie vor seine Krone hat, optimistisch gesehen.

Direkter Draht zu den Menschen

Welcher Schluss kann nun also 15 Jahre nach dem EU-Beitritt gezogen werden? Wohl jener, dass es gilt, durch offenen Dialog das Vertrauen in politische Entscheidungsabläufe auf nationaler und EU-Ebene zu stärken. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss es gelingen, den Mehrwert des Europäischen Integrationsprozesses zu vermitteln. Insbesondere Politik und Medien sind gefordert, europäische Entscheidungen, bei denen das offizielle Österreich stets mit am Tisch sitzt, fair zu bewerten und zu erklären. Die Vorteile für den Einzelnen darzustellen und manche „EU-Mythen“ zu widerlegen, aber auch auf berechtigte Sorgen einzugehen und sich kritisch mit einzelnen Entwicklungen auseinanderzusetzen. Eine vertiefte Europäische Integration ohne die Bürger dabei mitzunehmen wird es kaum geben. Ein direkter Draht zu den Menschen würde uns der EU jedenfalls wieder ein Stück „näher bringen“.

Mag. Paul Schmidt
Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Wien, 23. Juni 2010

DER STANDARD

7./8. August 2010

Inland

Seite 13

Zehn EU-Staaten machen Kindern Einbürgerung leicht

Wien - Angesichts des grünen Ansinnens, Kindern von Ausländern, die hierzulande geboren werden, unter bestimmten Bedingungen die österreichische Staatsbürgerschaft zu verleihen, hat sich die Gesellschaft für Europapolitik die Mühe gemacht, entsprechendes Recht in anderen EU-Staaten aufzulisten (siehe Grafik).

Hintergrund: Der Vorstoß für den Nachwuchs von Eltern, die seit fünf Jahren hier leben beziehungsweise eine unbefristete Niederlassungsbewilligung haben, hat den Grünen viel Empörung von ÖVP, FPÖ und BZÖ eingetragen („linke Träumereien“, „Gedankenexperimente“). Doch der Blick in die Mitgliedsländer der Union zeigt, dass bereits zehn der 27 Staaten - freilich unter bestimmten Auflagen - Kindern die Staatsbürgerschaft verleihen, wenn diese auf Staatsgebiet geboren sind. In sieben Ländern davon gilt auch das doppelte „ius soli“ (Recht des Bodens, also Territorialprinzip): Als Staatsbürger gelten Kinder, wenn zumindest ein Elternteil im Land geboren ist.

Nach dem sogenannten „ius sanguinis“, dem strengen Abstammungsprinzip, gehen bei der Einbürgerung neben Österreich, Italien, Schweden und Finnland nach wie vor sämtliche neue EU-Mitgliedsstaaten vor. (nw)

Kommentar Seite 48

EINBÜRGERUNGSSTREIT

Blut statt Boden

Nina Weissensteiner

Blut ist dicker als Wasser: Woran man sich hierzulande gern bei Scheidungsdramen und Erbstreits hält, das gilt auch für die Verleihung der Staatsbürgerschaft. Eisern hält die Republik, seit den Sechzigerjahren de facto Einwanderungsland für halb Südosteuropa, am alten „ius sanguinis“, dem Abstammungsgesetz, fest.

Über die Grünen, die laut über ein modernes „ius soli“, ein Recht auf den heimischen Pass für jene, die hier geboren sind und auf österreichischem Boden leben, nachgedacht haben, fielen prompt Bürgerliche, Freiheitliche wie Zukunftsbündler her. Dass zehn EU-Staaten eine solche Regelung mit diversen Auflagen längst praktizieren, interessiert die drei rot-weiß-roten Parteien, die sich speziell bei Ausländern oft für Kleinkariertes starkmachen, nicht.

Was sie noch vom Tisch wischen: Allein im Vorjahr hätten so rund 11.000 Kinder von sogenannten „Zuagroasten“, die sich nicht nur jetzt, sondern auch für die künftigen Jahre legal im Land befinden, Einheimische werden können. Nicht nur am Papier täten sich damit für den Nachwuchs weniger Integrationsprobleme auf. Auch im „real life“ hätten es die Migrantenkids leichter, sich weniger fremd zu fühlen, in der Schule, am Arbeitsplatz, vor den Behörden.

Stattdessen wachsen viele mit Angst vor Abschiebung auf, die schon bei Jobverlust der Eltern droht. So züchtet man sich keine selbstbewussten neuen Staatsbürger - sondern Menschen, die sich nur schwer einleben können.

Staatsbürgerschaft nach Geburtsprinzip

**Ius soli
bei der Geburt**
(an Bedingungen
gekoppelt)

Belgien
Deutschland
Griechenland
Großbritannien
Irland
Portugal

**Doppeltes ius soli
bei der Geburt**

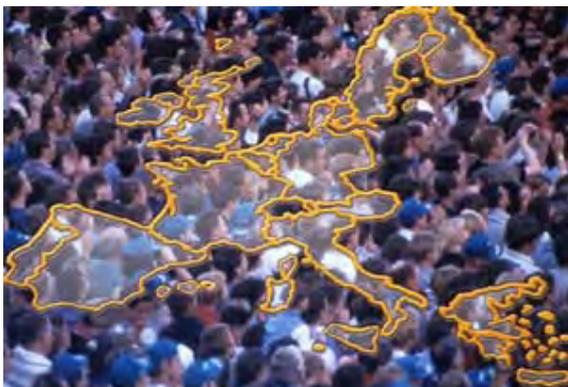
Belgien
Frankreich
Griechenland
Luxemburg
Niederlande
Portugal
Spanien

**Kein ius soli
bei der Geburt**

Österreich
Bulgarien
Tschechien
Ungarn
Italien
Rumänien
Slowenien
Dänemark
Zypern
Malta
Polen
Slowakei
Schweden
Finnland
Estland
Lettland
Litauen

Staatsbürgerschaft in Europa

Die Verleihung der Staatsbürgerschaft wird in den EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich gehandhabt. Hier ein Überblick.



Die Eu hat derzeit rund 500 Millionen Einwohner. (© European Commission)

Wie geht Europa mit der Verleihung von Staatsbürgerschaften um? Die **Österreichische Gesellschaft für Europapolitik** hat einen Überblick erstellt, welche rechtlichen Grundlagen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten bestehen. Grundsätzlich existieren zwei unterschiedliche Denkschulen:

- "Geburtsortsprinzip" (ius soli): Ein Staat verleiht seine Staatsbürgerschaft an alle Kinder, die auf seinem Staatsgebiet geboren werden. In den EU-Ländern, die das "ius soli" anwenden – derzeit sind das zehn Staaten in Europa - ist es stets auch an zusätzliche Bedingungen geknüpft. In einigen Ländern gilt auch das doppelte ius soli: Ein Staat verleiht seine Staatsbürgerschaft an jene Kinder, wenn zumindest ein Elternteil bereits im Land geboren ist.
- Davon zu unterscheiden ist das "Abstammungsprinzip" (ius sanguinis), das an die Staatsbürgerschaft der Eltern geknüpft ist.

Bei Neugeborenen wird das Anrecht auf Verleihung der Staatsbürgerschaft in den EU-Staaten folgendermaßen geregelt:

- ius soli bei der Geburt (an Bedingungen gebunden):
Belgien, Deutschland, Griechenland, Irland, Portugal, Vereinigtes Königreich
- Doppeltes ius soli bei der Geburt:
Belgien, Frankreich, Griechenland, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien

- ius sanguinis (Abstammungsprinzip):
Österreich, Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Italien, Rumänien, Slowenien, Dänemark,
Zypern, Malta, Polen, Slowakei, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen

Webtipps:

[Übersicht über den Erwerb der Staatsbürgerschaft in Europa, erstellt von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik \(ÖGfE\)](#)

[Ausführliche Informationen auf der Website des European Union Democracy Observatory on Citizenship](#)

Quelle: http://www.bka.gv.at/site/cob_40354/currentpage_0/6687/default.aspx

M6 Zehn EU-Staaten machen Kindern Einbürgerung leicht

Wien – Angesichts des grünen Ansinnens, Kindern von Ausländern, die hierzulande geboren werden, unter bestimmten Bedingungen die österreichische Staatsbürgerschaft zu verleihen, hat sich die Gesellschaft für Europapolitik die Mühe gemacht, entsprechendes Recht in anderen EU-Staaten aufzulisten (siehe Grafik).

Hintergrund: Der Vorstoß für den Nachwuchs von Eltern, die seit fünf Jahren hier leben beziehungsweise eine unbefristete Niederlassungsbewilligung haben, hat den Grünen viel Empörung von ÖVP, FPÖ und BZÖ eingetragen („linke Träumereien“, „Gedankenexperimente“). Doch der Blick in die Mitgliedsländer der Union zeigt, dass bereits zehn der 27 Staaten – freilich unter bestimmten Auflagen – Kindern die Staatsbürgerschaft verleihen, wenn diese auf Staatsgebiet geboren sind. In sieben Ländern davon gilt auch das doppelte „ius soli“ (Recht des Bodens, also Territorialprinzip): Als Staatsbürger gelten Kinder, wenn zumindest ein Elternteil im Land geboren ist.

Nach dem sogenannten „ius sanguinis“, dem strengen Abstammungsprinzip, gehen bei der Einbürgerung neben Österreich, Italien, Schweden und Finnland nach wie vor sämtliche neue EU-Mitgliedsstaaten vor.

(Quelle: Der Standard, Printausgabe, 7./8. August 2010, AutorIn: nw)

Staatsbürgerschaft nach Geburtsprinzip	
Ius soli bei der Geburt <small>(an Bedingungen geknüpft)</small>	Kein ius soli bei der Geburt
Belgien	Österreich
Deutschland	Bulgarien
Griechenland	Tschechien
Großbritannien	Ungarn
Irland	Italien
Portugal	Rumänien
	Slowenien
	Dänemark
	Zypern
	Malta
Doppeltes ius soli bei der Geburt	Polen
Belgien	Slowakei
Frankreich	Schweden
Griechenland	Finnland
Luxemburg	Estland
Niederlande	Lettland
Portugal	Litauen
Spanien	

Quelle: Gesellschaft für Europapolitik | www.gesellschaft-fuer-europapolitik.at | DER STANDARD

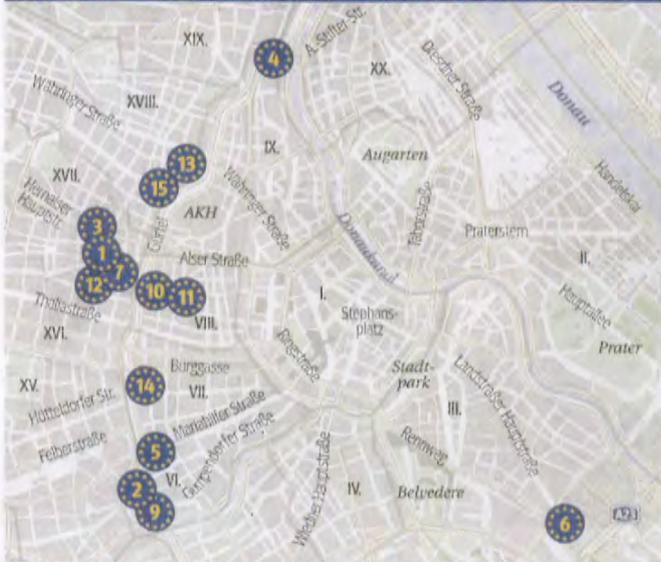
(Quelle: <http://derstandard.at/1280984186367/Zehn-EU-Staaten-machen-Kindern-Einbuengerung-leicht>, letzter Zugriff 27.8.2010)

► **Stadtentwicklung:** Auch die Bundeshauptstadt nascht an den Fördertöpfen der EU mit

Geldregen aus Brüssel



EU-Förderungen für Wiener Projekte (Auswahl)



1	St.-Bartholomäus-Platz (Umgestaltung)	1.008.700 €
2	Radweg Gumpendorfer Gürtel	918.450 €
3	Elterleinplatz (Neugestaltung)	777.054 €
4	Stadtbahnbogen/Fußgängerbrücke	757.950 €
5	Mariahilfer Platz/Kinderspielplatz	478.819 €
6	Robert-Hochner-Park (Parklandschaft)	347.698 €
7	Yppenplatz (Umgestaltung)	325.000 €
8	Aspern (Infopoint Seestadt)	316.450 €
9	Fritz-Imhoff-Park und Garten	282.500 €
10	Uhlplatz (Neugestaltung)	195.000 €
11	Bennoplatz (Umgestaltung)	127.500 €
12	Leon-Askin-Park (Sitzmöbel)	115.000 €
13	Kutschkermarkt (Stromversorgung)	104.715 €
14	Urban-Loritz-Platz (Umgestaltung)	42.000 €
15	Anton-Baumann-Park (Spielplatz)	40.644 €



VON BERNHARD GAUL
Wien ist nicht nur im internationalen, sondern auch im EU-Vergleich eine reiche Stadt. Dennoch sichert sich die Stadtverwaltung einen Anteil an den europäischen Fördertöpfen aus Brüssel. „Einige Vorteile der EU-Mitgliedschaft liegen direkt

vor unserer Haustüre, aber häufig ist uns gar nicht bewusst, welche Projekte von der EU gefördert werden“, sagt Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik. Das offene Geheimnis ist bald keines mehr: Wien wird die EU-Unterstützung der städtischen Projekte ab Herbst groß ausschütten.

Das EU-Förderprogramm unterstützt einerseits die regionale Wettbewerbsfähigkeit, andererseits Entwicklungsprogramme zur Steigerung der Lebensqualität. In der laufenden siebenjährigen Finanzperiode der EU von 2007 bis Ende 2013 werden in Wien Projekte mit einem Gesamtwert von 25 Millionen Euro unterstützt. Dabei verhandelt Brüssel eine Ko-

finanzierung, soll heißen: Jeder Cent aus Brüssel muss durch einen Cent aus Wien verdoppelt werden. Die Gelder aus Brüssel konnten im Vergleich zur vorhergehenden Finanzperiode gestelgt werden, von 1999 bis 2006 konnte sich Wien nur 18,5 Millionen Euro sichern. In der kommenden Finanzperiode (2014-2020) wird der österreichische EU-Kommissar Johannes Hahn, der ist für Regionalpolitik zuständig, über die Verteilung

der Gelder des Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wachen. Hahn hat angekündigt, die Entwicklung der Städte zu einem Schwerpunkt machen zu wollen. Mit fast 650.000 Euro finanziert die EU etwa das Projekt „Mingo“, bei dem unternehmerisches Know-how sowie Beratungs- und Dienstleistungen für Wiener Klein(st)unternehmen vermittelt wird. Oder das Uni-Gründerservice „INITS“ für Unternehmensgründungen

aus dem akademischen Bereich, das aus Brüssel insgesamt mit rund 1,2 Millionen Euro unterstützt wird. Mehr Qualität Der Großteil der Förderungen fließt in die städtebauliche Entwicklung: Radwege, Parks, Spielplätze und dergleichen. „Im Grunde geht es um Projekte, mit denen die Lebensqualität erhöht wird“, erklärt der Leiter des Dezernats Urbanistik von der MA 27, Heinrich Weber. „Die Förderungen ermöglichen uns aber auch, eine bessere und damit etwas kostspieligere Qualität der Projekte zu gewährleisten.“

Gebietsbetreuung Stadterneuerung – ganz schön viel los!
Stadtauf, stadtab.

Wohnrechtsberatung am „Mariahilfer Platz“, Kunst und Kino im Dritten, ein Spaziergang durch Penzing, Rap auf dem Herners Dornersplatz, Schanigarten-Feeling am Volkertplatz, Tango in der Sechshäuser Straße. Eine Tour zu den „Hotspots“ der Stadtentwicklung in Favoriten, Brigittenau „vorgestern, gestern und heute“, Stadterneuerung im Fünften, Führungen durch Ottakring, eine Podiumsdiskussion im Stuwertviertel oder Grätzeltips aus Meidling ... das und mehr wartet am 16. September 2010 beim GB* Aktionstag auf Sie!

Alle WienerInnen und Wiener sind herzlich eingeladen, die Arbeit der Gebietsbetreuung Stadterneuerung „hautnah“ zu erleben und den international renommierten Weg Wiens der „Sanften Stadterneuerung“ kennen zu lernen. Unter dem Motto „Stadtauf, Stadtab.“ öffnen die GB* Lokale von 13 bis 22 Uhr ihre Pforten und präsentieren sich an prominenten Standorten in den Bezirken.

„Die Gebietsbetreuung Stadterneuerung ist seit ihrer Gründung im Jahr 1974 als kostenlose Serviceeinrichtung der Stadt Wien aktiv und trägt als Partnerin der Stadterneuerung maßgeblich zur ausgezeichneten Wohnqualität in den Grätzeln Wiens bei“, so Wohnbaudirektor Vizebürgermeister Dr. Michael Ludwig.

Das bunte Aktionsprogramm lädt zum Mitreden, Mitgestalten und Mitmachen ein.

Das Programm und ein Online-Gewinnspiel finden Sie auf www.gbster.at. Bei Fragen rufen Sie 01/4000 25000 (0 bis 14 Uhr).

Ein Initiative von Wohnbaudirektor Vizebürgermeister Dr. Ludwig

Stadtauf, Stadtab.
Gebietsbetreuung Stadterneuerung
16. September 2010

KURIER tipp
AUSSTELLUNG AUF SCHLOSS HALBTURN
(R)EVOLUTION DER MODE
VOM MAMMUTFELL ZUM MINIROCK
bis 26. Oktober 2010
Dienstag – Sonntag und Feiertag | 10 – 18 Uhr
INFOS UNTER: www.schlosshalbturn.com

INTERNET
eu.wien.at
www.youtube.com/user/euwienat
www.mlingo.at

ABENDNA-E1/018

Europa Erhören – Die neue Hörbuchedition – 1. Staffel

Eine literarische und musikalische Entdeckungsreise quer durch Europa



Zahlreiche europäische Geschichten sind außerhalb ihrer Herkunftsgebiete kaum bekannt. Es sind Geschichten, die sich nicht in den Geschichtsbüchern finden, obwohl sie uns differenziert und eindrücklich von den mannigfaltigen Völkern und Gegenden berichten. Sie zu hören, bedeutet auf Reisen und zugleich auch zu Hause zu sein.

Neben heimischen Autorinnen und Autoren berichten auch solche auf der Durchreise, kurz Verweilende oder Zugezogene von bezaubernden, bewegenden, berührenden oder verstörenden Eindrücken und Erlebnissen. Zu jeder Stadt und jeder Region wurde ein bestimmter dort beheimateter Musikstil ausgewählt – manches hinsichtlich seiner Herkunft sofort erkennbar, manches vielleicht überraschend und unbekannt.



Europa mit all seinen Sprachen, Klängen und Gestalten – erhörbar gemacht durch die Stimmen seiner Erzählerinnen und Erzähler.



ATHEN: Sie hören Adele Neuhauser und Mercedes Echerer – Musik: Manos Hadjidakis und Eleni Karaindrou



BUDAPEST: Sie hören Cornelius Obonya und Mercedes Echerer – Musik: Jazz Duo Csepregi & Rátonyi, Billie Holiday, Bela Koreny und Mercedes Simone



BUKAREST: Sie hören Tania Golden, Erwin Steinhauer und Mercedes Echerer – Musik: Georges Boulanger, Ioana Radu und Maria Tanase



DALMATIEN: Sie hören Florentin Groll und Mercedes Echerer – Musik: Die Wiener Tschuschenkapelle



LINZ: Sie hören Wolfgang Böck und Mercedes Echerer – Musik: Harry Ahamer, Andy Baum und Willi Warma



MÄHREN: Sie hören Viktor Gernot, Andreas Vitásek und Mercedes Echerer – Musik: Ludwig van Beethoven, Antonín Dvořák, Leoš Janáček, Erich Wolfgang Korngold, Gustav Mahler und Josef Suk

STEIERMARK: Sie hören Gerti Drassl, Robert Palfrader und Mercedes Echerer – Musik: Ossy Pardeller



SÜDTIROL: Sie hören Wolfram Berger und Mercedes Echerer – Musik: Folksmilch



WIEN: Sie hören alle bisher genannten Schauspieler, plus Julia Cencig, Rupert Henning, Sonja MacDonald und Florian Scheuba – Musik: Biz-Grinberg-Laszakovits Trio, Europa Erhören Klassik Ensemble, Hallucination Company, MASQ, Alfred Polansky, Ruzsa Lakatos, Velve Elevator, Wiener Art Schrammeln und die Wiener Tschuschenkapelle



EUROPA-SPECIAL-EDITION: Sie hören alle genannten Schauspieler – Musik: Folksmilch, Leoš Janáček, Ossy Pardeller, Rezső Seress, Maria Tanase, Velvet Elevator, Willi Warma und die Wiener Tschuschenkapelle



**Einzel-Hörbuch 15€
Doppel-Hörbuch 21€
(Wien, Europa-Special-Edition)
Gesamte Staffel 145€**

SONDERBEILAGE

Entgeltliche Sonderproduktion in Kooperation mit Europa Erhören (Verein Die2)



LIEBLINGE MIT BEZIEHUNG

Mercedes Echerer (Bild) versammelte für die Hörbücher Publikums Lieblinge mit Beziehung zu jenen Regionen, deren Geschichten sie erzählen.

NÄCHSTE STAFFEL: DIE ZUKUNFT LIEGT AN DER DONAU

Aus den Hörbüchern ist ein Kulturprojekt geworden, das fortgesetzt wird: KURIER-Interview mit den Herausgebern.

SEITE 4



KURIER

DIENSTAG, 14. DEZEMBER 2010

THEMA EUROPA ERHÖREN

Hörbuch-Edition

Ein Schatz bringt alle zusammen

Europa kann man „erlesen“ – und „erhören“. Damit es uns nicht fremd ist, sondern neugierig macht.

Wie klingt Linz? Seltenerweise klingt die Stadt nach dem typischen Wiener Fernseh-kleber Wolfgang Böck („Trautmann“). Denn in Linz wuchs Böck auf.

Bukarest klingt nach Erwin Steinbauer – in dieser Stadt hat der Schauspieler seine Wurzeln –, Budapest nach Cornelius Obonya, Athen nach Adele Neuhäuser ... In „Kaiser“ Robert Palfrader steckt Südtirol. Er hat sich bei den Aufnahmen selbst gewundert, wie gut das Ladinische zu ihm passt.

Schuhlöffel Das ist der eine Weg, der zur CD-Edition „Europa Erhören“ führt: über die heimischen Publikums Lieblinge, die uns auf bisher zehn CDs vorlesen. Herausgeberin Mercedes Echerer hat im KURIER-Gespräch gesagt: Die Interpreten seien gleichsam „emotionale Schuhlöffel“, durch sie wird die Neugierde geweckt.

Der andere Weg führt über die Geschichten, die sie erzählen. Die Verdrängtes ins Bewusstsein holen. Die Toleranz lehren. Die das Gemeinsame betonen. Oder einfach bloß unterhalten.

So gesehen, klingt Linz nach der legendären Punk-Band Willi Warma, denn es ist auch viel Musik vertreten. Und Mähren klingt nach Hrabal (aber auch nach Mahler und Dvořák), Budapest nach „Trauriger Sonntag“, Wien nach Henisch und Jandl, aber auch nach Hallucination Company und Velvet Elevator mit ihrer Wien-Hymne.

Neue Bilder Die Vielfalt ist ein unglaublicher Schatz. Man hat das vielleicht schon bei der Buch-Edition aus Lojze Wiesers Verlag gemerkt. Die heißt „Europa Erlesen“ und



FOTOLIA/BRIDMONTAG/CHRISTINE KANIER

hat es bereits auf gut 10.000 Texte von mehr als 3500 Autorinnen und Autoren gebracht. Das sind 160 Bände. „Europa Erlesen“ wurde als „Europa Erhören“ umgesetzt, weil durchs Interpretieren neue Bilder in den Köpfen entstehen; außer-

dem gibt es Lesemuffel, die allerdings sehr wohl für Literatur ein Ohr haben.

Ob Buch oder Hörbuch: Wird es das Herz erwärmen? Werden Hunger und Durst durch die Melodien gelöst? Wird den Menschen Trost gespendet und ihnen

Hoffnung gemacht? Wird der Mut gestärkt?

Nimmt es die Sprachlosigkeit von den Lippen?

Das sind Fragen, die sich Mercedes Echerer und Lojze Wieser oft stellen; und immer zu der Antwort kommen: Ja, ja, ja. Deshalb ha-

ben sie dafür gesorgt, dass man Europa „erlesen“ und „erhören“ kann, und vielleicht hören wir dann auch die Zukunft.

Lojze Wieser zitiert in diesem Zusammenhang gern den albanischen Dichter Fatos Arapi (geboren 1930):

„Jeder Mensch hat in der Brust ein Stück Himmel, und darin fliegt die Schwalbe.“

Auf den folgenden Seiten finden Sie alle Informationen über die Hörbücher, und die Publikums Lieblinge, die vorlesen, haben einiges zu erzählen ...

Nächste Staffel

Den Pinsel in die Donau tauchen



„Hauptschlagader Europas“: Verleger Lojze Wieser

Das war erst der Anfang: „Europa Erhören“ wird fortgesetzt. Mit der Donau. KURIER-Gespräch mit den beiden Herausgebern.

VON PETER PISA

Lojze Wieser weiß nicht nur, wie man Kalbsherz ohne Schnickschnack zubereitet (jede Seite zehn Minuten anbraten, in Folie wickeln, rasten lassen, fein aufschneiden, mit Sojasauce beträufeln) – er ist jener Klagenfurter Verleger, der bisher in der Reihe „Europa Erlesen“ 160 Bücher herausgegeben hat.

Die Schauspielerin und Ex-EU-Parlamentarierin Mercedes Echerer hatte die Idee, Teile dieses Schatzes hörbar zu machen. Das Projekt ist nicht beendet – es geht weiter.

KURIER: Kommt nächstes Jahr Island zum Hören? Die haben so schöne vergessene Sagen. Und Björk haben sie für die musikalische Untermalung der CD.

Lojze Wieser: Island ist in der Krise. Björk ist gut, aber noch nicht in der nächsten Hörbuch-Staffel. Es sei denn, sie fährt auf der Donau den Fluss hinab.

Mercedes Echerer: Am liebsten möchten wir ja alle Regionen, die in der Reihe „Europa Erlesen“ in Buchform erschienen sind, auch als „Europa Erhören“-Hörbuch präsentieren. Denn jede hat etwas wunderbar Verborgenes. Da weiß man gar nicht, welche Schätze man zuerst heben soll.

Aber die Donau hat Vorrang?
Mercedes Echerer: Aufgrund der historischen und geografischen Gegebenheiten bietet sie sich besonders als Leitmotiv für die nächste Staffel an. Hier erarbeiten wir gerade ein Kon-

zept, das wiederum Literatur aus und über die jeweilige Region sowie typische, aber nicht unbedingt folkloristische Musiken beinhaltet.

Lojze Wieser: Die Donau ist Hauptschlagader Europas. Der Fluss, der den Westen mit dem Osten verbindet und nicht nur Nahrung und Fisch und Leben auf den Schiffen bringt, sondern auch Dreck und Müll.

Und Hochwasser.
Lojze Wieser: Und Naturkatastrophen, die die Anwohner durch Begräbigung und durch Regulierung und Kraftwerksbau zu erleiden haben. Sie sind gezwungen, ihr Leben danach zu richten. Und mit den Hochwässern müssen sie fertig werden, die durch den zu schnellen Flusslauf entstehen. Und die Donau ist ein Fluss, von dem Pavao Pavličić sagt: „Dort erscheinen auch Maler, welche die beiden Ufer zu malen versuchen, das grüne und das gelbe. Aber kaum einem gelingt es, die zwei Ufer zu malen, deren Farbe zu treffen. Gewisse Chancen hat nur, wer auf die Idee kommt, seinen Pinsel nicht in die Farbe auf der Palette, sondern direkt in die Donau zu tauchen.“

Das trifft nicht nur auf Maler zu.
Lojze Wieser: Sondern gilt auch für Musiker und für Interpreten.

Noch ein Wunsch?
Mercedes Echerer: Ja, diese zweite Staffel mehrsprachig zu gestalten. Das würde dem Anspruch eines Kulturprojekts – Europa Erhören ist ja letztendlich nicht nur eine Hörbuchedition – mehr als gerecht werden.

Ein umfangreiches Unterfangen.
Mercedes Echerer: Ohne Unterstützung und starke Partner wird das kaum gelingen. Deshalb bemühen wir uns jetzt schon, mögliche Mitstreiter, auch aus den jeweiligen relevanten Regionen, ins Boot zu holen.



„Wunderbar Verborgenes“: Mercedes Echerer

Theaterabende begleiten das Projekt

Walfischgasse – Budapest, Athen, Linz, Steiermark, Bukarest sind die nächsten Gäste



Cornelius Obonya trifft Budapester Ton



Adele Neuhauser bringt Athen näher



Wolfgang Böck ist geborener Linzer



Wolfram Berger ist geborener Grazer



Erwin Steinhauer liest Rumänisches



Tania Golden holt Bukarest nach Wien

Es ist freilich gemein, eine Veranstaltung zu erwählen, die bereits gestern, Montag, im Stadttheater Walfischgasse stattgefunden hat und in dieser Art nicht nachzuholen ist.

Es war der „Europa Erhören“-Liveabend zum Hörbuch Südtirol mit Geschichten über Riesen und Zwerge, über Heimat und Wiederkehr. Gitarrist und Komponist Ossy Pardeller hatte dazu betörende Musik komponiert und sie vorgespielt.

Aber es geht ja weiter. Jetzt die gute Nachricht:

Es gibt noch mehrere Abende, an denen das „Europa Erhören“-Projekt auf die Bühne gebracht wird. Das Theater ist Begleiter der Hörbuch-Edition.

Der nächste Termin ist am **14. Jänner 2011**. Budapest steht im Mittelpunkt. Am Klavier: Bela Koreny – man darf davon ausgehen, dass er den „Traurigen Sonntag“ spielen wird ... und Cornelius Obonya wird vorlesen.

Obonyas Großvater, Attila Hörbiger, hatte Ungarisch als Muttersprache, bei seinem Vater war dann nur

nach der Nachname ungarisch. Cornelius Obonya findet es schade, dass in seiner Generation fast nichts übrig geblieben ist.

Am **1. Februar 2011** ist Athen an der Reihe. Auf der Bühne: Adele Neuhauser.

Am **18. März 2011** folgt die Stadt Linz, dann hat der „typische Wiener“ Wolfgang Böck, der ein Linzer ist, seinen Auftritt. „Special guest“ ist Gerhard Haderer. Für die Musik sorgt Andy Baum.

Am **6. April 2011** steht der Abend im Zeichen der Steiermark. Der Grazer Schau-

spieler Wolfram Berger trägt Texte vor, das Steirer-Quartett Folksmilch spielt auf.

Am **5. Mai 2011** – so weit steht das Programm fest – ist Bukarest zu Gast; mit Erwin Steinhauer, Tania Golden und Roman Grinberg.

Ort der Veranstaltungen ist immer das Stadttheater Walfischgasse, Walfischgasse 4, Wien-Innere Stadt.

Die Kartenpreise liegen zwischen 23 bis 38 Euro. Vorverkauf: (01) 512 4200.

INTERNET
www.stadtheater.org

CDs und Bücher: Es darf kombiniert werden

Die Edition – Es wird Zeit für einige allgemeine Hinweise, die Hörbuch-Edition betreffend.

Acht der zehn CDs sind Einzel-CDs – nämlich Athen, Linz, Budapest, Bukarest, Steiermark, Südtirol, Dalmatien und Mähren. Jede Einzel-CD kostet 15 Euro.

In dieser ersten Staffel gibt es zwei Doppel-CDs, nämlich über Wien sowie gewissermaßen ein „Euro-

pa-Special“, das von jedem Hörbuch Lesungen und ein bisschen Musik bringt. Jede Doppel-CD kostet 21 Euro. Die komplette Staffel mit zehn CDs kostet 145 Euro. Eine Einzel-CD mit dem betreffenden Buch aus dem Wieser Verlag kostet 25 Euro, eine Doppel-CD mit Buch 30 Euro. Die 10er-Staffel mit zehn Büchern gibt es um 250 Euro. Erhältlich im guten Fachhandel und bei Amazon.

KURIER

Herausgeber und Medieninhaber:

KURIER Zeitungsverlag und Druckerei Ges.m.b.H., Lindengasse 52, 1072 Wien

Chefredakteur:

Dr. Helmut Brandstätter

Konzept & Redaktion:

Peter Pisa

Layout: Nadiana Lupton

Geschäftsführer:

Mag. Thomas Kralinger

Kooperation:

Mag. Michaela Zichtl

Verleger:

Mediaprint Zeitungs- und Zeitschriftenverlag GesmbH & Co. KG, Muthgasse 2, 1190 Wien

Hersteller:

Mediaprint
Zeitschriften- und
Druckerei, 1230 Wien.

Entgeltliche Sonderbeilage



Unser Dank gilt allen, die dieses Projekt mit uns realisieren und unterstützen. Und all den Partnern, die uns unterstützen. Wir sind stolz auf die Zusammenarbeit mit dem Stadttheater Walfischgasse, die den Start des Projekts ermöglicht haben.

Einen ganz besonderen Dank an alle Autoren und die Teams von Stadttheater Walfischgasse, die die Zusammenarbeit mit viel Engagement und Herzlichkeit mit uns gestalten. Somit wünschen wir allen Lesern viel Spaß und Freude bei der Lektüre der Hörbücher und Bücher.

Erste EBI frühestens im Jänner 2011

Die Regeln für eine Europäische Eürgerinitiative (EBI) wurden am Mittwoch im Europäischen Parlament endgültig beschlossen. Nach der formellen Zustimmung des EU-Rats nächste Woche und der Veröffentlichung der EBI im EU-Amtsblatt haben die Mitgliedsländer zwölf Monate Zeit, um innerstaatliche Anpassungen vorzunehmen.

Ab Jänner 2012 können EU-Bürger voraussichtlich ihre erste Initiative anmelden. In Österreich werde es sehr wahrscheinlich eine eigene „Andockstelle für die EBI“ geben, sagte Robert Stein, Leiter der Abteilung für Wahlanglegenheiten im Innenministerium, gegenüber ORF.at. Es sei aber noch nicht entschieden, welche Behörde für die Einbringung oder die Verifizierung verantwortlich sein werde, sehr wahrscheinlich werde das jedoch das Ministerium sein.

Eine wesentliche Aufgabe werde die Verifizierung der Unterstützungserklärungen sein, um Missbrauch vorzubeugen. „Die Verifizierung erfolgt sicher über das Identitätsdokumentenregister (IDR) und das zentrale Melderegister (ZMR)“, so Stein. Ein weiterer wichtiger Punkt sei, eine technische Schnittstelle zu definieren, über welche die gesammelten Unterstützungen der Organisatoren an die österreichischen Behörden weitergeleitet würden. Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik hat die häufigsten Fragen zur EBI zusammengefasst:

Was ist eine Europäische Bürgerinitiative?

Die EBI ist eine Art EU-Volksbegehren. Erstmals können EU-Bürger die Europäische Kommission direkt ersuchen, neue Gesetzesinitiativen einzubringen.

Wie starte ich eine Bürgerinitiative?

Zuerst muss ein Bürgerkomitee mit mindestens sieben Mitgliedern aus sieben unterschiedlichen EU-Ländern gegründet werden. Dieses Bürgerkomitee registriert die Initiative bei der Kommission. Diese hat danach zwei Monate Zeit, um zu prüfen, ob für die EBI alle geforderten Bedingungen eingehalten wurden. Anzugeben sind unter anderem der Titel der Initiative, Inhalt und Zielsetzung, Kontaktdaten der Komiteemitglieder und alle Finanzierungsquellen.

Kann jedes Thema vorgeschlagen werden?

Nein, die Initiative muss folgenden Anforderungen entsprechen:

- Sie muss einen Politikbereich betreffen, in dem die Kommission Handlungsbefugnis hat.
- Sie darf nicht offensichtlich missbraucht und unseriös verwendet werden.
- Sie darf den Werten der EU gemäß den Verträgen nicht widersprechen.

Eine EBI zur Abschaffung der EU oder einem EU-Austritt Österreichs ist somit nicht möglich, da diese Entscheidung nicht in die Handlungsbefugnis der Kommission fällt.

Wie viele Unterschriften müssen gesammelt werden?

Mindestens eine Million Stimmen müssen innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Registrierung gesammelt werden. Die Unterschriften können entweder auf Papier oder online gesammelt werden. Für die Onlinesammlung stellt die Kommission eine Software frei zur Verfügung.

Kann die geforderte Million an Unterstützungen in einem einzigen Land gesammelt werden?

Nein, die Stimmen müssen momentan aus mindestens sieben EU-Ländern (einem Viertel der EU-Mitgliedsstaaten) kommen. Pro Land ist eine Mindestanzahl an Unterschriften nötig. Diese Zahl errechnet sich durch die Zahl der Abgeordneten des jeweiligen Landes im EU-Parlament multipliziert mit 750. In Österreich ergibt sich somit derzeit eine Mindestzahl von 12.750 Stimmen.

Wer darf eine Initiative unterschreiben?

Alle EU-Bürger, die das Mindestalter für eine Teilnahme an der Wahl des Parlaments erreicht haben, dürfen sich beteiligen. Österreich ist das einzige Land, in bereits ab 16 Jahren gewählt werden darf. Für die Unterstützung einer EBI sind Name, Adresse, Geburtsdatum und eine Ausweisnummer (Reisepass, Personalausweis oder Bürgerkarte) notwendig, eine Unterschrift ist nicht erforderlich.

Eine Unterstützungserklärung kann ein EU-Bürger in jedem EU-Mitgliedsland abgeben, also auch außerhalb jenes Landes, wo die Person ihren Wohnsitz hat. Nachdem in Österreich auch 16-Jährige zugelassen sind, könnte es für diese Altersgruppe im EU-Ausland zu Problemen kommen, meint Stein.

Wo und wie kann ich abstimmen?

Generell kann auf dem Papier wie auch elektronisch eine Unterstützungserklärung abgegeben werden. Für das Auflegen von Listen in Papierform sind die Organisatoren zuständig. Für eine Onlineabstimmung ist nach Eintragen der notwendigen persönlichen Informationen eine Bürgerkarte zur digitalen Signierung notwendig, aber auch die alleinige Angabe von Reisepass- oder Personalausweisnummer genügt.

Was passiert nach der einen Million Unterstützungen?

Zuerst müssen die Unterstützungserklärungen den zuständigen Stellen in den einzelnen EU-Ländern übermittelt werden, die die Identitäten der Personen innerhalb von drei Monaten überprüfen und den Organisatoren dann ein Zertifikat über die Echtheit ausstellen. In Österreich wird das laut Stein aller Voraussicht nach das Ministerium sein.

Mit dem Zertifikat kann die Bürgerinitiative an die Kommission übergeben werden. Danach soll eine Einladung der EU an das Komitee erfolgen. Das Komitee erhält die Möglichkeit, der Kommission das Anliegen umfassend zu erklären und die Initiative in einem öffentlichen Hearing im Parlament zu präsentieren. Innerhalb von drei Monaten muss die Kommission ihre Schlussfolgerungen zur Initiative und die von ihr beabsichtigten Maßnahmen öffentlich darlegen. Bindend ist eine Initiative jedoch nicht für die Brüsseler Behörde.

Was passiert mit den Unterschriften danach?

Der Initiator der EBI ist dafür verantwortlich, die personenbezogenen Daten der Befürworter innerhalb eines Monats nach Übergabe an die Kommission oder innerhalb von 18 Monaten nach der Registrierung der Initiative vollständig zu vernichten. Dasselbe gilt für die EU-Mitgliedsländer innerhalb eines Monats nach der Ausstellung des Gültigkeitszertifikats.

Links:

- [Österreichische Gesellschaft für Europapolitik](#)
- [Informationen zur EBI](#) (Europaparlament)
- [Informationen zur EBI](#) (EU-Kommission)

Europäische Bürgerinitiative



Künftig können die Bürgerinnen und Bürger direkt an der Weiterentwicklung Europas mitwirken.
(© Europäische Kommission)

Der Vertrag von Lissabon macht es möglich: Eine Million Unionsbürgerinnen und –bürger können künftig neue Regeln für europaweite Themen einfordern. Wie initiiere ich eine Europäische Bürgerinitiative?

15.12.2010

Bundespressedienst/ÖGfE

Das Europäische Parlament (EP) hat heute endgültig die Regeln für die neue Europäische Bürgerinitiative abgesegnet. Hier die Antworten auf die 10 wichtigsten Fragen, wie sich die Europäerinnen und Europäer künftig mehr Gehör verschaffen können.

- **1. Was ist eine Europäische Bürgerinitiative?**
Die Europäische Bürgerinitiative ist eine Art "EU-Volksbegehren". Erstmals können EU-Bürgerinnen und Bürger die Europäische Kommission (EK) direkt ersuchen, neue Gesetzesinitiativen einzubringen.
- **2. Wie starte ich eine Bürgerinitiative?**
Sie gründen ein Komitee mit mindestens sieben Mitgliedern aus sieben unterschiedlichen EU-Ländern und registrieren Ihre Initiative bei der EK (anzugeben sind unter anderem: Titel der Initiative, Inhalt und Zielsetzung, Kontaktdaten der Komitee-Mitglieder, alle Finanzierungsquellen).
- **3. Kann ich jedes Thema für eine Bürgerinitiative vorschlagen?**
Nein, die Initiative muss folgenden Anforderungen entsprechen:
 - Sie muss einen Politikbereich betreffen, in dem die EK Handlungsbefugnis hat
 - Sie darf nicht offensichtlich missbraucht und unseriös verwendet werden
 - Sie darf den Werten der EU gemäß den Verträgen nicht widersprechen

Nach Ihrer Registrierung wird die EK innerhalb von zwei Monaten mitteilen, ob die Initiative den geforderten Bedingungen entspricht.

- **4. Wie viele Unterschriften müssen gesammelt werden?**
Mindestens eine Million innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Registrierung.

Sie können die Unterschriften entweder auf Papier oder Online sammeln. Für die Online-Sammlung stellt die EK eine Software frei zur Verfügung.

- **5. Kann ich die geforderte Million an Unterstützungserklärungen in einem einzigen Land sammeln?**
Nein, die Unterschriften müssen momentan aus mindestens sieben EU-Ländern (einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten) kommen. Pro Land ist eine Mindestanzahl an Unterschriften nötig. Diese Zahl errechnet sich durch die Zahl der Abgeordneten des jeweiligen Landes im Europäischen Parlament multipliziert mit 750. (Österreich: 12.750)
- **6. Wer kann eine Initiative unterschreiben?**
Alle EU-Bürgerinnen und Bürger, die das Mindestalter für eine Teilnahme an der Wahl des EP erreicht haben (in Österreich: 16 Jahre). Welche Daten Sie dafür preisgeben müssen, hängt von den Vorgaben der Länder ab. (In den meisten Ländern erforderlich: Name, Hauptwohnsitz, Geburtsdatum, Geburtsort, Nationalität, Ausweisnummer, Unterschrift mit Datum)
- **7. Was passiert, wenn ich eine Million Unterschriften gesammelt habe?**
Zuerst müssen Sie Ihre Unterstützungserklärungen den zuständigen Stellen in den einzelnen EU-Ländern übermitteln, welche die Gültigkeit der Unterschriften innerhalb von drei Monaten überprüfen und Ihnen dann ein Zertifikat ausstellen. Mit dem Zertifikat können Sie nun die Bürgerinitiative an die EK übergeben. Dann werden Sie eine Einladung erhalten, der EK Ihr Anliegen umfassend zu erklären und Ihre Initiative in einem öffentlichen Hearing im EP zu präsentieren. Innerhalb von drei Monaten muss die EK ihre Schlussfolgerungen zur Initiative und die von ihr beabsichtigten Maßnahmen öffentlich darlegen.
- **8. Was passiert mit den Unterschriften danach?**
Sie als Initiator sind dafür verantwortlich, die personenbezogenen Daten der Unterstützerinnen und Unterstützer Ihrer Initiative innerhalb eines Monats nach Übergabe an die EK oder innerhalb 18 Monate nach der Registrierung Ihrer Initiative vollständig zu vernichten. Dasselbe gilt für die EU-Mitgliedsländer innerhalb eines Monats nach der Ausstellung des Gültigkeits-Zertifikats.
- **9. Wann kann ich mit meinem Engagement beginnen?**
Die EU-Mitgliedsländer haben nach der Veröffentlichung der Bürgerinitiative im Amtsblatt der EU noch zwölf Monate Zeit, um die von der EK, dem EP und dem Rat beschlossenen Regeln in ihre Gesetzbücher zu übernehmen. Voraussichtlich ab Jänner 2012 können Sie dann starten!
- **10. Wo erhalte ich weitere Informationen?**
Die EK wird in den nächsten Monaten eine Anlaufstelle für Ihre Fragen zur Bürgerinitiative einrichten. Weiters werden Ihnen die "Europe Direct"-Informationsbüros als Ansprechpartner in den Bundesländern zur Verfügung stehen.

Information: Die Fragen und Antworten wurden von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik zusammengestellt.

Quelle: http://www.zukunfteuropa.at/site/cob_41856/currentpage_0/6797/default.aspx



16.12.2010

Europäische Institutionen, Konsumentenschutz, Nachhaltigkeit und Ressourcen

EU-Kommission und Rat einigen sich über neue Verordnung zur Europäischen Bürgerinitiative

EU-BürgerInnen dürfen jetzt direkt EU-Gesetze initiieren.

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union einigten sich gestern, Mittwoch, auf eine Verordnung zur Europäischen Bürgerinitiative.

Die Europäische Bürgerinitiative ist eine Art EU-Volksbegehren. Erstmals können EU-BürgerInnen die Kommission so direkt ersuchen, neue Gesetzesinitiativen einzubringen.

Für eine Bürgerinitiative sind mindestens 1 Million Unterschriften von EU-BürgerInnen aus zumindest einem Viertel der Mitgliedstaaten notwendig, die innerhalb eines Jahres gesammelt werden müssen. Europäische Bürgerinitiativen müssen einen Politikbereich betreffen, in dem die Kommission Handlungsbefugnis hat und dürfen den Werten der EU gemäß den bestehenden Verträgen nicht widersprechen.

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der **Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik** sowie auf der Themenseite „Die Europäische Bürgerinitiative“ der EU-Kommission.

- ▶ [Österreichische Gesellschaft für Europapolitik](#)
- ▶ [Pressemitteilung EU-Kommission](#)
- ▶ [Die Europäische Bürgerinitiative](#)

Quelle: <http://www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/neu/cont.pl?contentart=themen&topnavid=36>



Dezember 2010

Wie initiiere ich eine Europäische Bürgerinitiative?

Link zu ÖGfE-Analyse:

http://www.europabuero.at/xbcr/SID-E815812F-29CF3F92/Europaeische_Buergerinitiative.pdf

Europa-Büro des Landes Oberösterreich



Ich lade Sie sehr herzlich ein, sich im virtuellen Europa-Büro umzusehen und sich über all jene Themen zu informieren, die Sie als Europäerinnen und Europäer interessieren und wissen sollten. Das Team des Europa-Büros in der Altstadt 30 in Linz bemüht sich sehr gerne um Ihre Anliegen.

KommR Viktor Sigl



Europa-Büro des Landes Oö., Altstadt 30, 4021 Linz
Tel: 0732 7720 - 14020 Fax: 0732 7720 - 21 40 22
E-Mail: europabuero@ooe.gv.at

Quelle: www.europabuero.at



EU-Wissen-Aktuell

Europa-Büro des Landes Oberösterreich • Altstadt 30 • 4021 Linz • Tel. 0732/7720-14020
E-Mail: europabuero@ooe.gv.at • www.europabuero.at



Mit „EU-Wissen-Aktuell“ bieten wir kurz gefasste, leicht verständliche und sachliche Informationen zu einzelnen aktuellen EU-Themen an. Wir hoffen, dass diese Ausgabe Ihre Fragen zum Thema beantwortet. Für weitergehende Informationen stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Europa-Büros des Landes Oberösterreich gerne zur Verfügung.

Landeshauptmann
Dr. Josef Pühringer

Wirtschafts- und
Europa-Landesrat
Viktor Sigl

Nr. 26, Dezember 2010

Ein Jahr Vertrag von Lissabon

Am 1. Dezember 2009 trat der Vertrag von Lissabon in Kraft

Für eine umfassende Bewertung der neuen „Spielregeln der EU“ ist es noch zu früh. Der Vertrag gibt den gesetzlichen Rahmen vor, die politischen Akteure füllen ihn zunehmend mit Leben. Die Möglichkeiten des Vertrags zur Gänze zu nützen, würde die Europäische Union stärken. Einige Bereiche des Vertrages von Lissabon wurden mit seinem Inkrafttreten bereits umgesetzt, andere warten nach wie vor auf ihren Praxistest.

Zum ersten Jahrestag des Vertrags von Lissabon finden sich nachstehend die wichtigsten Punkte des Vertrages und der Stand ihrer Umsetzung und wir stellen Ihnen das derzeitige Führungstrio der EU vor:

Kernpunkte des Vertrags von Lissabon (bereits umgesetzt):

Stärkung demokratischer Elemente der EU

- Stärkung des EP durch seine Aufwertung im Gesetzgebungsprozess sowie verbesserte Mitsprache beim EU-Haushalt. Das Mitentscheidungsverfahren wird zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren[1]; EP und Rat der EU sind gleichberechtigt
- Europäische Bürgerinitiative: EU-Bürger/innen können die Europäische Kommission (EK) zu einem Gesetzesvorschlag auffordern
- Stärkung der EU-Mitgliedstaaten und der nationalen Parlamente durch die Einklagbarkeit des Subsidiaritätsprinzips
- Umfassende Informationsrechte für nationale Parlamente zu EU-Vorhaben
- Verankerung und Einklagbarkeit der Grundrechtscharta

Einheitlicheres Auftreten der EU nach außen

- Die EU erhält eigene Rechtspersönlichkeit und kann somit u.a. internationale Übereinkommen unterzeichnen, wie etwa die Europäische Menschenrechtskonvention
- Das Amt der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik wurde geschaffen (Catherine Ashton ist zugleich die EK-Vize-Präsidentin)
- Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Geleitet von der Hohen Vertreterin soll er zur Entwicklung der EU-Außenpolitik beitragen

Effizientere Arbeitsweise / Institutionelle Änderungen

- Der Europäische Rat erhält sowohl den Status als offizielles Organ als auch einen ständigen Präsidenten (Herman Van Rompuy wurde auf 2 ½ Jahre ernannt)
- Schnellere Entscheidungsfindungen im Rat der EU, aufgrund der häufigeren Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit[2]
- Weiterhin je ein/e Kommissar/in pro Mitgliedstaat in der EK
- Der/die Kommissionspräsident/in wird zukünftig vom EP gewählt
- Aufgabe der Drei-Säulen-Struktur und damit der Europäischen Gemeinschaft; Novellierung des EG-Vertrages und Umbenennung in AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der EU)

Offene Punkte des Vertrags von Lissabon (noch nicht umgesetzt):

- Finanzierung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) für 2011
- Details der Europäischen Bürgerinitiative
- Aufstockung des Europäischen Parlaments (EP); mit J. Weidenholzer (SPÖ) und E. Stadler (BZÖ) wird Österreich über 19 anstatt 17 Abgeordnete verfügen
- Teile des erweiterten Informationsrechts der nationalen Parlamente zu EU-Vorhaben

[1] Ausgenommen sind die GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) und PJZS (Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen)

[2] Wichtige Bereiche wie Steuer- oder Verteidigungspolitik benötigen weiterhin Einstimmigkeit

Vergleich: Väterkarenz in Europa

Finanzielle Anreize zur Wahrnehmung der Karent zählen. Skandinavien gilt als Vorreiter bei der Beteiligung der Väter an „Karenzzeiten“. In Österreich sind es gerade einmal fünf Prozent der Väter.

In Österreich sind es gerade einmal fünf Prozent der Väter, die in Karenz gehen. Ab 1. Jänner 2011 neu ist der „Papamonat“ im öffentlichen Dienst (siehe oben). In anderen EU-Ländern ist das Bild insgesamt ausgeglichener. Wobei der Anteil der Männer, die Vaterschafts- oder Elternurlaub nehmen, vor allem dort wächst, wo Anreize wie ein „Vaterschaftsgeld“ geboten werden. Als Vorreiter gelten skandinavische Länder, in denen bereits mehr als 70 Prozent Vaterschaftsurlaub machen. Zwar nützen auch dort Mütter den Großteil der Karenzzeiten, die Beteiligung der Männer wächst aber: In Schweden konsumierten Väter 2009 bereits 23,1 Prozent der „Karenzzeit“-Tage.

In Deutschland wuchs der Anteil der Väter in Elternzeit nach Einführung des neuen Elterngeldes 2007 sogar von 3,5 auf 18,6 Prozent 2009. Auch in Estland erhöhte sich der Anteil mit Einführung eines bezahlten Vaterschaftsurlaubs 2008 auf rund 50 Prozent. red./pö

Mutterschafts-, Vaterschafts- und Elternurlaub im EU-Vergleich

Ein Vaterschaftsurlaub ist üblicherweise eine bezahlte Freistellung. In Ergänzung oder anstelle des Vaterschaftsurlaubs ist in vielen Staaten eine Elternzeit (Eltern- bzw. Erziehungsurlaub) vorgesehen.

	Anspruch auf Schwangerschafts- bzw. Mutterschaftsurlaub	Anspruch auf Vaterschaftsurlaub*	Anspruch auf Elternurlaub/Erziehungsurlaub
ÖSTERREICH	16 Wochen	Kein gesetzlicher Anspruch Ab 1. Jänner 2011: Papamonat im öffentlichen Dienst = Rechtsanspruch auf mind. 1 Woche und max. 1 Monat innerhalb der ersten 2 Monate nach Geburt (unbezahlt)	Mütter und Väter haben Anspruch auf Karenz (= Freistellung von der Arbeitsleistung gegen Entfall des Arbeitsentgelts) bis zum Ablauf des maximal 2. Lebensjahres des Kindes, wenn sie mit dem Kind im gemeinsamen Haushalt leben. Mindestdauer der Karenz = 2 Monate. Kinderbetreuungsgeld (5 Modelle).
BELGIEN	15 Wochen	10 Tage	3 Monate und aufsteigend bis 15 Monate (je nach Umfang der Teilzeitarbeit)
BULGARIEN	15 Wochen	1) 15 Tage 2) Ab dem vollendeten 6. Lebensm. des Kindes kann der Vater den Rest des Mutterschaftsurlaubs in Anspruch nehmen.	1) Bis zum Alter von 2 Jahren (Mindestlohn) 2) Weitere 6 Monate unbezahlt
DEUTSCHLAND	14 Wochen	Kein gesetzlicher Anspruch	Bis zu 3 Jahre (Elterngeld)
DÄNEMARK	18 Wochen	2 Wochen	52 Wochen Elternurlaub für jeden Elternteil (Elterngeld)
ESTLAND	140 Tage	10 Tage	Bis zum vollendeten 3. Lebensjahr des Kindes (Elterngeld)
FINNLAND	15 Wochen	18 Tage	Insgesamt 263 Tage. Nach dem Mutterschaftsurlaub kann entschieden werden, welcher Elternteil den verbleibenden Erziehungsurlaub in Anspruch nimmt (Elterngeld).
FRANKREICH	16 Wochen	11 + 3 Tage	Kann bis maximal 3 Jahre angesucht werden (Erziehungsgeld).
GRIECHENLAND	17 Wochen (privater Sektor) 5 Monate (öffentl. Sektor)	2 Tage (privater Sektor)	Unterschiedliche Regelungen im privaten und öffentlichen Sektor
IRLAND	26 Wochen	Kein gesetzlicher Anspruch	Bis zu 14 Wochen (unbezahlt) für beide Elternteile
ITALIEN	5 Monate (20 Wochen)	Mutterschaftsurlaub kann unter bestimmten Bedingungen auf den Vater übertragen werden.	Bis zu 10 Monate. Wenn der Vater mindestens 3 Monate des Urlaubs beantragt, wird ein weiterer Monat gewährt (6 Monate Elterngeld).
LETTLAND	112 Tage	10 Tage	Maximal 1 1/2 Jahre (Erziehungsgeld)
LITAUEN	126 Tage	1 Monat	Bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres des Kindes (im 1. Jahr voll bezahlt = Elterngeld)
LUXEMBURG	16 Wochen	2 Tage	6 Monate Vollzeitbasis oder 12 Monate Teilzeitbasis (Elterngeld)
MALTA	14 Wochen	Kein gesetzlicher Anspruch	1) Privater Sektor: 3 Monate (unbezahlt) 2) Öffentlicher Dienst: Bis zu 1 Jahr unbezahlt pro Kind sowie einmalig 5 Jahre unbezahlter Urlaub
NIEDERLANDE	16 Wochen	2 Tage	26 Wochen (unbezahlt)
POLEN	20 Wochen	1) 1 Woche 2) Die letzten 6 Wochen des Mutterschaftsurlaubs können an den Vater abgetreten werden.	3 Jahre (Familienzulage)
PORTUGAL	120 Tage (+ 30 Tage)	110 Tage (+ 10 Tage optional)	1) 3 Monate (teilweise bezahlt) 2) Bis zu 2 Jahre (unbezahlt)
RUMÄNIEN	18 Wochen	5 Tage (+ 10 Tage optional)	Bis zu 2 Jahre (Erziehungsgeld)
SCHWEDEN	14 Wochen	10 Tage	Bis zu 16 Monate, wobei der Vater mindestens 2 Monate davon übernehmen muss (Elterngeld)
SLOWAKEI	28 Wochen	28 Wochen	3 Jahre (Elterngeld)
SLOWENIEN	15 Wochen	90 Tage (davon 15 bezahlt)	Bis zu 260 Tage (Erziehungsgeld)
SPANIEN	16 Wochen	13 Tage	Bis zum Alter von 3 Jahren (unbezahlt)
TSCHECHIEN	28 Wochen	Kein gesetzlicher Anspruch	Bis zum Alter von 3 Jahren (Elterngeld) + 1 Jahr optional
UNGARN	24 Wochen	5 Tage	Bis zum Alter von 2 Jahren (Elterngeld)
GROSSBRITANNIEN	26 Wochen (+ 26 unbezahlt)	2 Wochen	13 Wochen (unbezahlt)
ZYPERN	18 Wochen	Kein gesetzlicher Anspruch	13 Wochen (unbezahlt)

* Sofern nicht anders angegeben, ist der Vaterschaftsurlaub stets mit dem Anspruch auf Vaterschaftsgeld verbunden

QUELLE: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

GRAFIK: „Die Presse“/LWJ

Quelle: http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/621277/Vergleich_Vaeterkarenz-in-Europa?from=suche.intern.portal

Die Presse

27.12.2010

Inland

Seite 5

Väterkarenz in Europa

Vergleich. Finanzielle Anreize zählen: Skandinavien gilt als Vorreiter bei der Beteiligung der Väter an „Karenzzeiten“.

In Österreich sind es gerade einmal fünf Prozent der Väter, die in Karenz gehen. Ab 1. Jänner 2011 neu ist der „Papamonat“ im öffentlichen Dienst (siehe oben). In anderen EU-Ländern ist das Bild insgesamt ausgeglichener. Wobei der Anteil der Männer, die Vaterschafts- oder Elternurlaub nehmen, vor allem dort wächst, wo Anreize wie ein „Vaterschaftsgeld“ geboten werden. Als Vorreiter gelten skandinavische Länder, in denen bereits

mehr als 70 Prozent Vaterschaftsurlaub machen. Zwar nützen auch dort Mütter den Großteil der Karenzzeiten, die Beteiligung der Männer wächst aber: In Schweden konsumierten Väter 2009 bereits 23,1 Prozent der „Karenzzeit“-Tage.

In Deutschland wuchs der Anteil der Väter in Elternzeit nach Einführung des neuen Elterngeldes 2007 sogar von 3,5 auf 18,6 Prozent 2009. Auch in Estland erhöhte sich der Anteil mit Einführung eines bezahlten Vaterschaftsurlaubs 2008 auf rund 50 Prozent. *red./pö*

Mutterschafts-, Vaterschafts- und Elternurlaub im EU-Vergleich

Ein Vaterschaftsurlaub ist üblicherweise eine bezahlte Freistellung. In Ergänzung oder anstelle des Vaterschaftsurlaubs ist in vielen Staaten eine Elternzeit (Eltern- bzw. Erziehungsurlaub) vorgesehen.

	Anspruch auf Schwangerschafts- bzw. Mutterschaftsurlaub	Anspruch auf Vaterschaftsurlaub*	Anspruch auf Elternurlaub/Erziehungsurlaub
ÖSTERREICH	16 Wochen	Kein gesetzlicher Anspruch Ab 1. Jänner 2011: Papamonat im öffentlichen Dienst = Rechtsanspruch auf mind. 1 Woche und max. 1 Monat innerhalb der ersten 2 Monate nach Geburt (unbezahlt)	Mütter und Väter haben Anspruch auf Karenz (= Freistellung von der Arbeitsleistung gegen Entfall des Arbeitsentgelts) bis zum Ablauf des maximal 2. Lebensjahres des Kindes, wenn sie mit dem Kind im gemeinsamen Haushalt leben. Mindestdauer der Karenz = 2 Monate. Kinderbetreuungsgeld (5 Modelle).
BELGIEN	15 Wochen	10 Tage	3 Monate und aufsteigend bis 15 Monate (je nach Umfang der Teilzeitarbeit)
BULGARIEN	15 Wochen	1) 15 Tage 2) Ab dem vollendeten 6. Lebensm. des Kindes kann der Vater den Rest des Mutterschaftsurlaubs in Anspruch nehmen.	1) Bis zum Alter von 2 Jahren (Mindestlohn) 2) Weitere 6 Monate unbezahlt
DEUTSCHLAND	14 Wochen	Kein gesetzlicher Anspruch	Bis zu 3 Jahre (Elterngeld)
DÄNEMARK	18 Wochen	2 Wochen	32 Wochen Elternurlaub für jeden Elternteil (Elterngeld)
ESTLAND	140 Tage	10 Tage	Bis zum vollendeten 3. Lebensjahr des Kindes (Elterngeld)
FINNLAND	15 Wochen	18 Tage	Insgesamt 263 Tage. Nach dem Mutterschaftsurlaub kann entschieden werden, welcher Elternteil den verbleibenden Erziehungsurlaub in Anspruch nimmt (Elterngeld).
FRANKREICH	16 Wochen	11 + 3 Tage	Kann bis maximal 3 Jahre angesucht werden (Erziehungsgeld).
GRIECHENLAND	17 Wochen (privater Sektor) 5 Monate (öffentl. Sektor)	2 Tage (privater Sektor)	Unterschiedliche Regelungen im privaten und öffentlichen Sektor
IRLAND	26 Wochen	Kein gesetzlicher Anspruch	Bis zu 14 Wochen (unbezahlt) für beide Elternteile
ITALIEN	5 Monate (20 Wochen)	Mutterschaftsurlaub kann unter bestimmten Bedingungen auf den Vater übertragen werden.	Bis zu 10 Monate. Wenn der Vater mindestens 3 Monate des Urlaubs beantragt, wird ein weiterer Monat gewährt (6 Monate Elterngeld).
LETTLAND	112 Tage	10 Tage	Maximal 1 1/2 Jahre (Erziehungsgeld)
LITAUEN	126 Tage	1 Monat	Bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres des Kindes (im 1. Jahr voll bezahlt – Elterngeld)
LUXEMBURG	16 Wochen	2 Tage	6 Monate Vollzeitbasis oder 12 Monate Teilzeitbasis (Elterngeld)
MALTA	14 Wochen	Kein gesetzlicher Anspruch	1) Privater Sektor: 3 Monate (unbezahlt) 2) Öffentlicher Dienst: Bis zu 1 Jahr unbezahlt pro Kind sowie einmalig 5 Jahre unbezahlter Urlaub
NIEDERLANDE	16 Wochen	2 Tage	26 Wochen (unbezahlt)
POLEN	20 Wochen	1) 1 Woche 2) Die letzten 6 Wochen des Mutterschaftsurlaubs können an den Vater abgetreten werden.	3 Jahre (Familienzulage)
PORTUGAL	120 Tage (+ 30 Tage)	110 Tage (+ 10 Tage optional)	1) 3 Monate (teilweise bezahlt) 2) Bis zu 2 Jahre (unbezahlt)
RUMÄNIEN	18 Wochen	5 Tage (+ 10 Tage optional)	Bis zu 2 Jahre (Erziehungsgeld)
SCHWEDEN	14 Wochen	10 Tage	Bis zu 16 Monate, wobei der Vater mindestens 2 Monate davon übernehmen muss (Elterngeld)
SLOWAKEI	28 Wochen	28 Wochen	3 Jahre (Elterngeld)
SLOWENIEN	15 Wochen	90 Tage (davon 15 bezahlt)	Bis zu 260 Tage (Erziehungsgeld)
SPANIEN	16 Wochen	15 Tage	Bis zum Alter von 3 Jahren (unbezahlt)
TSCHECHIEN	28 Wochen	Kein gesetzlicher Anspruch	Bis zum Alter von 3 Jahren (Elterngeld) + 1 Jahr optional
UNGARN	24 Wochen	5 Tage	Bis zum Alter von 2 Jahren (Elterngeld)
GROSSBRITANNIEN	26 Wochen (+ 26 unbezahlt)	2 Wochen	13 Wochen (unbezahlt)
ZYPERN	18 Wochen	Kein gesetzlicher Anspruch	13 Wochen (unbezahlt)

* Sofern nicht anders angegeben, ist der Vaterschaftsurlaub stets mit dem Anspruch auf Vaterschaftsgeld verbunden



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Interviews



28.03.2010

ORF Hohes Haus

Mag. Schmidt zur EU-Stimmung in Österreich

Moderation:

Bei der Volksabstimmung im Jahr 1994 haben sich 67% für einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft ausgesprochen. Damals war der Jubel groß. Im Jänner 1995 ist Österreich Mitglied der Union geworden. Seit dieser Zeit erhebt die Gesellschaft für Europapolitik die Stimmung im Land zu verschiedenen EU-Themen. Derzeit werden gerade wieder 1000 Österreicher telefonisch befragt. Auch wenn die Studie erst im April veröffentlicht wird, erste Trends sind erkennbar. Das Vorurteil – die Österreicher stünden der EU inzwischen sehr skeptisch gegenüber – wird zum Beispiel nicht bestätigt.

Paul Schmidt:

Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise sieht man ganz deutlich, dass eigentlich die Zustimmung zu einer österreichischen EU-Mitgliedschaft gestiegen ist. Wir sehen einen Anstieg von etwa 10 Prozentpunkten und knapp 80% der Österreicher wollen eigentlich bei der EU Mitglied bleiben. Knapp 70% der Österreicher sind der Meinung, dass es eine gute Sache ist, dass wir 1995 der EU beigetreten sind.

Moderation:

2004 und 2007 sind der EU neue, vor allem osteuropäische Staaten beigetreten. Die Bilanz zu diesen Erweiterungen fällt gemischt aus. Nach Einschätzung der Österreicher halten sich hier Vor- und Nachteile die Waage. Und auch bei einer neuen Erweiterungsrunde mit Ländern des Balkans sind die Befragten geteilter Meinung.

Paul Schmidt:

Hier gibt's einen Unterschied zwischen Kroatien und den anderen Ländern des westlichen Balkans. Kroatien wird sehr positiv gesehen. Über 50% würden einen Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union begrüßen. Die anderen Länder, bei denen der Beitritt noch nicht so aktuell und akut ist, haben hier ein leicht negatives Image. Kroatien hat aber ein sehr gutes Image in Österreich.



28.03.2010

Moderation:

Die Österreicher erhoffen sich von der Europäischen Gemeinschaft eine Förderung des Wirtschaftswachstums. Gleichzeitig haben sehr viele von ihnen Sorgen, ob ihr Arbeitsplatz erhalten bleiben wird, wenn nächstes Jahr der europäische Arbeitsmarkt weiter geöffnet wird.

Paul Schmidt:

70% der bisher Befragten sind der Meinung, dass es große Auswirkungen geben könnte – für ihre persönliche Situation und für den österreichischen Arbeitsmarkt. Und 60% gehen davon aus, dass es einen starken Zuzug von Arbeitnehmern geben wird.



18.05.2010

Krone Hit Radio - Interview mit Mag. Paul Schmidt

Thema: Europäisches Bürgerbegehren

Moderation:

Immer mehr Details werden zu dem EU-weiten Bürgerbegehren bekannt, das die SPÖ und die deutsche SPD gemeinsam starten wollen, um den Druck für eine Finanztransaktionssteuer zu erhöhen. So ein EU-Volksbegehren hat es noch nie gegeben, die Sozialdemokraten müssen eine ordentliche Hürde überwinden, es müssen zumindest eine Million Unterschriften gesammelt werden und zwar aus mindestens einem Drittel der EU-Länder. Paul Schmidt von der Gesellschaft für Europapolitik:

Paul Schmidt:

„Es ist quasi das erste EU-weite Instrument zur direkten Demokratie und gibt erstmals den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, hier Europa direkt mitgestalten zu können.“

Moderation:

Unterdessen beschließt das Parlament heute die österreichische Beteiligung am Schutzschirm für den Euro. Das Parlament beschließt heute Österreichs Beteiligung am Euro-Hilfspaket. Unser Land sagt damit Haftungen von bis zu 13 Milliarden Euro zu. Auch die Hilfe für Griechenland wird beschlossen. Unterdessen sorgt der SPÖ-Vorstoß für ein EU-Bürgerbegehren in Sachen Finanztransaktionssteuer weiter für Aufsehen. Den Sozialdemokraten könnte es durchaus etwas bringen, sagt Paul Schmidt von der Gesellschaft für Europapolitik.

Paul Schmidt:

„Ich glaub, das ist ganz spannend, weil klar ist: Der, der die erste Initiative setzt, hat am meisten Werbung, am meisten Medien-Coverage und hat natürlich dadurch auch die größten Chancen, erfolgreich zu sein.“

Moderation:

Das Rettungspaket für den Euro und die Hilfe für Griechenland sind heute Themen im Parlament. Österreichs Beteiligung daran wird beschlossen, davor geben Kanzler und Vize-Kanzler Erklärungen ab. Unterdessen erhält die Debatte um eine europaweite Steuer auf Börsengeschäfte neuen Schwung. Die SPÖ macht sich ja mit der deutschen SPD für ein EU-



18.05.2010

Bürgerbegehren in dieser Sache stark. Es wäre die erste derartige Initiative. Paul Schmidt von der Gesellschaft für Europapolitik:

Paul Schmidt:

„Eine Million Unterstützungsstimmen ist sicher keine Kleinigkeit und diese Stimmen müssen zumindest aus einem Drittel der Mitgliedstaaten kommen. Derzeit haben wir 27 Mitgliedstaaten, das heißt, mindestens aus 9 Mitgliedstaaten müssten die Unterschriften kommen. Also das ist eine ganz schöne Herausforderung.“

Budget cuts steal the limelight

by **Cristina Barbetta** - published on 17 Giugno 2010 at 23:57

Public spending will face a 1.7 billion euros cut in 2011 leaving civil society stranded.

Paul Schmidt, 34, is Secretary General of the Austrian Society for European Politics, Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, an organization founded in 1991 with the aim of informing the public about the European integration process. As the Austrian government announces cuts in public spending of 1.7 billion euros next year, Schmidt explains what is in store for civil society.

What effect will government spending cuts have on Austria's non profit sector?

A negative effect as a lot of small non profit organisations rely on public funding. Our organization has been lucky so far. However, public authorities that use public money in the field of European information policy are having their budgets cut which, of course, affects us. Our organization cooperates a lot with other institutions, including the public administration. If ministries cut their budgets it will be less likely that we can carry on co-operating the same way as when we do we also co-fund the projects we work on. I don't know what will happen next year, I know it will be harder as funding for information is always the first thing to be cut.

Is the sector preparing itself for the effects of the cuts in any way?

Not yet. I know that some offices are preparing themselves for more difficult times and they might be confronted with firing people, but on the lobbying side I haven't heard very much about it.

What challenges will the non profit sector face over the next five years?

I think that the role of civil society will lose some of its weight. The government is so focused on budget cuts that all the other issues are no longer in the spotlight. One challenge will be for civil society to make itself heard even with less resources at hand. The role the internet and the media play will therefore increase even further. The second challenge is the survival of small organizations. If there is no money, if you can't employ anyone, how can you keep on working? There are project based offices and those projects are usually financed by the government, but also by private donors. If government cuts affect private wealth, private sector funding will also decrease. The non profit sector has to increase its level of creativity and efficiency in order to survive.

Will anything positive come from the economic crisis?

If you were idealistic, you could say that there is a chance that there might be a reform of the public administration and that this will mean more efficiency in the public sector, but I don't know if that will actually take place. I think that there will be budget cuts across the board. Maybe in the best cases a reduced budget helps to really refocus on one's strengths, like in Germany where e.g. research and development will be exempt from budget cuts. It implies that Germany chooses to focus on the sectors of public spending which are really important. But it remains to be seen whether this will really be an advantage.

Article source: VITA Europe

Page address: <http://www.vita.it/news/view/104721>



01.07.2010

Krone Hit Radio – Interview mit Mag. Paul Schmidt

Thema: Die belgische EU-Ratspräsidentschaft

Moderation:

Belgien löst heute Spanien ab und übernimmt für ein halbes Jahr den EU-Vorsitz. Die neue Ratspräsidentschaft wird sich mit alten Themen herumschlagen müssen. Allen voran mit der Finanz- und Währungskrise. Daneben will Belgien aber auch EU-Themen anderer Art vorantreiben, sagt Paul Schmidt von der Gesellschaft für Europapolitik.

Paul Schmidt:

Zum Beispiel Themen wie die Ausgestaltung des zukünftigen EU-Budgets, die Frage möglicher weiterer Erweiterungsschritte, den Klimaschutz, gemeinsame Asylpolitik. Und es geht um das Thema der gemeinsamen Funktionsweise der Europäischen Union, weil die Umsetzung des Vertrages von Lissabon noch nicht abgeschlossen ist.

Moderation:

Neuer EU-Vorsitz mit alten Themen. Auch die Ratspräsidentschaft Belgiens, das heute Spanien ablöst, wird von der Finanzkrise überschattet sein. So stehen auch Themen wie Asylpolitik und EU-Erweiterung auf der Agenda, doch die Wirtschaftsthemen werden dominieren. Von Vorteil ist, dass mit Belgien ein erfahrenes Land den Vorsitz hat, sagt Paul Schmidt von der Gesellschaft für Europapolitik.

Paul Schmidt:

Gerade zur Zeit einer Wirtschafts- und Finanzkrise ist es besonders wichtig, einzelne Maßnahmen aufeinander abzustimmen, damit nicht ein Land das eine tut und ein anderes Land das andere und sich hier negative Effekte von einem Land auf das andere übertragen.

O-TON.AT - Ihre Brücke in die Medien

7. Oktober 2010

09.11.2010: 68% für Kroatien, 69% gegen die Türkei: Gemischte Stimmung gegenüber EU-Beitrittskandidaten

Mit Kroatien, der Türkei, Island und Mazedonien sind derzeit vier Beitrittskandidaten im Gespräch mit der EU. Dabei stehen die Österreicher den Kandidaten geteilt gegenüber, wie eine aktuelle Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) vom September zeigt. Während die Mehrheit Kroatien oder Island in der EU begrüßen würde, ist ein großer Anteil der Bevölkerung gegen den Beitritt der Türkei. Unsicher ist man sich bei Mazedonien. Paul Schmidt, Generalsekretär der ÖGfE, zu den aktuellen Umfragewerten zu Kroatien:

“68 % der Österreicher würden einen EU-Beitritt Kroatiens begrüßen. Das ist ein sehr hoher Zustimmungswert – es ist der höchste Zustimmungswert, den es in den letzten Jahren für Kroatien gegeben hat. Der Zustimmungswert ist höher als etwa bei früheren Beitrittsländern wie zum Beispiel Tschechien, der Slowakei. Es scheint, dass je näher Kroatien an die Europäische Union heranrückt, desto positiver wird auch das Land von den Österreicherinnen und Österreichern gesehen. Das positive Image hängt sicher auch damit zusammen, dass Kroatien ein beliebtes Urlaubsland ist, dass es keine größeren bilateralen Probleme mit Österreich gibt und dass die österreichische Regierung stets aktiv Kroatien und Kroatiens Weg in die Europäische Union unterstützt hat.”

62% der Befragten sprechen sich für eine Mitgliedschaft Islands aus. Paul Schmidt zur Stimmungslage:

“Island ist ein sehr junger Beitrittskandidat. Island hat den Antrag auf EU-Beitritt erst im Juli 2009 gestellt. Island wird in Österreich sehr positiv gesehen, hat ein sehr positives Image. 62 % der Österreicherinnen und Österreicher stehen einem Beitritt Islands zur Europäischen Union positiv gegenüber, 21 % der Österreicherinnen und Österreicher sind dagegen. Grund für dieses positive Stimmungsbild in Österreich gegenüber Island ist sicher, dass Island als reiches Land gesehen wird, als ein Land mit hohen sozialen Standards. Island ist ein sehr kleines Bewerberland mit rund 300.000 Einwohnern. Und Island ist zur Zeit Mitglied der Europäischen Freihandelszone, ist Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und Mitglied des Schengen- Abkommens. Das heißt, Island ist schon sehr stark in Europa integriert. Abgesehen davon erwartet man sich von Island, dass es EU-Nettozahler sein wird.”

Im Gegensatz dazu lehnt eine Mehrheit der Befragten den EU-Beitritt der Türkei ab. Paul Schmidt:

“Derzeit sind rund 69% der Österreicher gegen einen türkischen EU-Beitritt, 17% würden ihn begrüßen. Die Ablehnung ist etwas geringer bei den jüngeren Befragten, je älter die Befragten, desto höher die Ablehnung. [...] Einerseits wird die Türkei medial anders behandelt als Kroatien, es ist ein wesentlich stärker polarisierendes Thema. Andererseits muss man auch sagen, die Türkei ist von ihrer Größe her, von ihrer geographischen Lage, aus geostrategischer Sichtweise, auch von ihrer wirtschaftlichen Entwicklung her ganz anders zu sehen als Island oder Kroatien.”

Unsicher sieht man in Österreich Mazedonien, das schon seit 2005 Beitrittskandidat für die EU ist. 39% sagen ja, 37% nein zu einem Beitritt. Paul Schmidt:

“Mazedonien ist in Österreich ein ein bißchen unbekanntes Land. Es kommt selten in den Medien vor, die Beitrittsverhandlungen haben noch nicht begonnen, es ist nicht wirklich Thema. Daher dieses geteilte Meinungsbild in der Bevölkerung.”

(Hintergrund: Am Dienstag, dem 9. November, präsentiert die EU-Kommission den neuen Fortschrittsbericht über die Beitrittsländer. Interessierte können die Präsentation auch live auf der Homepage der Kommission mitverfolgen. Ebendort kann der ganze Bericht später auch eingesehen werden: <http://ec.europa.eu/>).

Hinweis:

Aufzeichnung des Interviews: 7. Oktober 2010

Veröffentlichung des Interviews: 9. November 2010



28.10.2010

Krone Hit Radio – Interview mit Mag. Paul Schmidt

Thema: „EU-Gipfel“

Moderation:

Harte Kontroversen werden am 17 Uhr in Brüssel erwartet. Die Staats- und Regierungschefs der EU kommen zu einem zweitägigen Gipfel zusammen. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie man die Europäische Gemeinschaftswährung besser absichern kann. Besonders umstrittene Vorschläge zur Euro-Stabilisierung wird Deutschland vorlegen, sagt Paul Schmidt von der Gesellschaft für Europapolitik.

Paul Schmidt:

„Deutschland möchte eine Vertragsänderung, um ein Insolvenzrecht für EU-Mitgliedstaaten einzuführen und Deutschland hätte gerne, dass ein Mitgliedsland, das dauerhaft gegen Defizitregeln verstößt, im Extremfall sein Stimmrecht in EU-Gremien verliert.“

Moderation:

Frankreich unterstützt diese Pläne. Mehrere andere EU-Länder wehren sich strikt dagegen. Der Schock der von Griechenland ausgelösten Eurokrise sitzt den EU-Politikern noch tief in den Knochen. Wie man die Stabilität der Gemeinschaftswährung verbessern kann - darüber beraten jetzt die Staats- und Regierungschefs der Union bei einem Gipfel in Brüssel. Und dabei legt Deutschland recht umstrittene Vorschläge auf den Tisch. Berlin will für eine Reform sogar den EU-Vertrag von Lissabon ändern. Paris unterstützt das, viele andere Länder sind dagegen. Auch Paul Schmidt von der Gesellschaft für Europapolitik ist skeptisch.

Paul Schmidt:

„Geht es dann wirklich nur um ein sogenanntes Insolvenzrecht oder probieren dann verschiedenste Länder, zusätzliche Inhalte in eine Vertragsänderung hineinzupacken? Wir sollten uns eigentlich um wirtschafts- und gesellschaftspolitische Impulse kümmern und nicht so sehr um eine Selbstbeschäftigung mit rechtlichen Rahmenbedingungen. Also da sehe ich die Gefahr einer Lähmung.“

Moderation:

Wie kann der Euro besser abgesichert werden? Bei einem Gipfel in Brüssel berät die EU seit einer Stunde über eine Verschärfung des Euro-Stabilitätspaktes. Es werden harte Kontroversen erwartet, denn die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat umstrittene Vorschläge im Gepäck. Nur ein Jahr nach seiner Besiegelung will sie den EU-Vertrag von Lissabon schon wieder ändern. Und: Hartnäckige Defizitsünder sollen künftig sogar mit



28.10.2010

einem Stimmrechtsentzug bestraft werden. Eine Sanktion, die bisher nur bei schweren Menschenrechtsverstößen verhängt wird, sagt Paul Schmidt von der Gesellschaft für Europapolitik.

Paul Schmidt:

„Ich glaube, dass ein Verstoß gegen Menschenrechte nicht damit vergleichbar ist, wenn ein Land seine Schulden nicht mehr zahlen kann. Ich glaube nicht, dass der Stimmrechtsentzug ein wirklich gangbarer Weg ist. Natürlich besteht auch das Risiko, dass so ein Stimmrechtsentzug bei kleineren Staaten leichter umzusetzen ist als bei größeren Staaten. Also das sollte nicht passieren.“



8.11.2010

ATV Aktuell

„Wackeliger EU-Beitritt“

Moderation:

Es ist kalt geworden am Wiener Brunnenmarkt. Österreicher und Türken verkaufen – Stand an Stand – Gemüse und Käse, doch die Stimmung bei Thema Nummer 1 bleibt unterkühlt. Egal ob Türken oder Österreicher, kaum jemand will die Türkei als EU-Mitglied.

Passant:

Asien gehört zu Asien – Europa für Europa.

Passant:

Beide Seiten wollen einander nicht.

Moderation:

Eine neue Umfrage bestätigt diesen Trend: 68% sind für einen Beitritt der Kroaten zur Union, 62% für eine Beitritt der Isländer und immer noch 39% wollen Mazedonien in der EU. Bei der Türkei sind ganze 69% gegen eine Mitgliedschaft.

Paul Schmidt:

Ich bin natürlich auch der Meinung, dass man sich die Frage stellen sollte – nicht nur: ist die Türkei bereit der EU beizutreten, sondern natürlich auch: ist die EU bereit, einen türkischen Beitritt wirklich zu verkraften?

Moderation:

Deshalb sind auch die Türken skeptisch: nur noch 40% wollen der EU beitreten. Die Stimmung am Brunnenmarkt dürfte als noch länger nicht auftauen.



16.11.2010

Krone Hit Radio – Interview mit Mag. Paul Schmidt

Thema: „Überlebenskrise Euro/EU“

Moderation:

„Die Europäische Union befindet sich in einer Überlebenskrise“ – mit diesem dramatischen Appell sorgt EU-Ratspräsident Herman van Rompuy für Aufsehen. Außerdem warnt er die Mitgliedstaaten vor einem Auseinanderbrechen der Eurozone. Der Ratspräsident spricht damit die Schuldenkrise von Ländern wie Griechenland, Portugal und Irland an. Experten beruhigen aber, es gäbe keinen Grund für übertriebene Panik, so Paul Schmidt von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik:

Paul Schmidt:

Ich glaube, was der EU-Ratspräsident sagt, ist, dass es eine Europäische Union ohne den Euro nicht geben kann - heutzutage. Ich würde aber hier nicht dramatisieren wollen. Also Irland hat Probleme, keine Frage, aber die Europäische Union ist gut genug vorbereitet, um darauf zu reagieren.

10.12.2010



**Krone Hit Radio – Kommentar von
Botschafter i.R. Dr. Albert Rohan
Thema: Balkan Konferenz**

Moderation:

Die österreichische Botschaft in Berlin ist heute und morgen Schauplatz einer hochrangig besetzten Balkan-Konferenz. Vertreter der Politik und Wirtschaft aus Deutschland, Österreich und den West-Balkanstaaten, wie Albanien, Bosnien, Kroatien und Serbien, setzen sich zusammen, um den Weg dieser Staaten in die EU zu besprechen. Politisch geht es um die Aussöhnung der Staaten - auch Außenminister Spindelegger ist vor Ort. Wirtschaftlich gesehen geht es um gemeinsame Investitionen, Export und Zusammenarbeit. Auch Spitzendiplomat Albert Rohan von der Gesellschaft für Europapolitik nimmt teil.

Rohan:

Das ist einfach unsere Nachbarschaft. Und für uns ist es wichtig, dass dort stabile Verhältnisse bestehen, dass ein gewisser Wohlstand dort Platz greift - für uns ist es schädlich, wenn südlich unserer Grenze ein Chaos herrscht.



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Hintergrundgespräche

APA0604 5 AA 0356 AI

Di, 23.Mär 2010

Österreich/Bulgarien/USA/EU/Korruption/Justiz

Bulgarien bereit für Verhandlungen mit USA über Raketenabwehrsystem

Utl.: "Fortschritte bei Korruptionsbekämpfung in Bulgarien" -
Dimitrow beklagt Dominanz alter EU-Staaten bei geplantem EAD =

Wien (APA) - Bulgarien wäre nach Angaben seines Vize-Außenministers Konstantin Dimitrow bereit, mit den USA über ein NATO-Raketenabwehrsystem für Europa zu verhandeln. "Wenn sie uns Verhandlungen anbieten, würden wir mit Verhandlungen beginnen", sagte Dimitrow am Dienstag bei einem von der österreichischen Sektion der "Vereinigung europäischer Journalisten (AEJ)" organisierten Pressegespräch in der bulgarischen Botschaft in Wien. Das Ergebnis der Gespräche müsse aber offen sein.

Nach Angaben Dimitrows wäre eine Platzierung solcher Systeme in Südosteuropa angesichts einer möglichen Bedrohung aus dem Mittleren Osten schon rein nach geografischen Gesichtspunkten logisch. "Langstreckenraketen aus dieser Region würden zuerst auf oder über unser Gebiet fliegen."

Die von der EU geforderte Korruptionsbekämpfung sieht Dimitrow in Bulgarien auf einem guten Weg. Die neue Regierung unter Premier Bojko Borissow von der konservativen GERB sei erst ein halbes Jahr in Amt und es gebe sichtbare Fortschritte. Auch hohe Amtsträger könnten sich nicht sicher fühlen, es gebe Ermittlungen gegen Minister, Abgeordnete und Behördenchefs, sagte Dimitrow, der Mitglied der christdemokratischen DSB ist, die die GERB-Minderheitsregierung mitträgt.

Dimitrow ortet im Bezug auf Korruption und Kriminalität einen Stimmungswechsel in Bulgarien, ein "Erwachen der Zivilgesellschaft". Der Druck der Bevölkerung steige. Unter Innenminister Zwetan Zwetanow (GERB) sei der Mut gewachsen, die Korruption zu bekämpfen und Verantwortliche zu verhaften. Außerdem habe es seit dem Amtsantritt der neuen Regierung "erst einen Mord im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität gegeben".

Die Zähigkeit des als korrupt geltenden Justizsystems stoße auf zunehmende Intoleranz, so Dimitrow. Auch die EU fordert von Bulgarien schnellere und effizientere Gerichtsverfahren. Laut Dimitrow läuft derzeit eine Debatte, wie man das Justizsystem besser kontrollieren könnte. Für eine entsprechende Verfassungsänderung wäre eine Zweidrittelmehrheit im Parlament notwendig.

Wie etwa Österreich, Tschechien und andere kleinere Länder der EU, sorgt sich auch Bulgarien um schwindenden außenpolitischen Einfluss im geplanten Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). Dimitrow sieht Bulgarien "nicht genug involviert" in die Konzeption der neuen EU-Behörde. Bulgarien kämpfe darum, nicht an den Rand gedrängt zu werden. Er fordert "volle Transparenz" und "geografische Balance". Die alten EU-Mitglieder seien in der Entscheidungsfindung überrepräsentiert. (Schluss) **bb**/hf

Bulgarien: „Justizreform ist der größte Brocken“

24.03.2010 | 18:19 | (Die Presse)

Vize-Außenminister Konstantin Dimitrow über Bulgariens EU-Fortschritt. Die größten Probleme sind nach wie vor: das politisierte Justizsystem, Korruption und organisierte Kriminalität.

Wien/Sofia(som). Der bulgarische Premier Bojko Borissow ist wahrlich ein Meister der Hermeneutik. Gebeten um einen Kommentar zur – im besten Falle mittelmäßigen – Beurteilung Bulgariens im aktuellen Fortschrittsbericht der EU-Kommission, stellte der Premier Bulgarien sogleich ein Vorzugszeugnis aus.

In dem Papier habe die EU die Arbeit der Regierung mit einer glatten Sechs belohnt, so der Premier selbstbewusst. Eine Sechs – das ist die beste Note im bulgarischen Schulsystem, also eine Eins.

Zu einer solchen Interpretation wagt sich Konstantin Dimitrow nicht vor. Doch auch der stellvertretende Außenminister, verantwortlich für EU-Agenden, beeilte sich gestern in Wien, den im Bericht positiv erwähnten „politischen Willen“ der neuen Regierung Borissow hervorzuheben. Diese Anmerkung ist tatsächlich neu, die Liste an Vorwürfen hingegen begleitet Bulgarien seit seinem EU-Beitritt 2007: das politisierte Justizsystem, Korruption und organisierte Kriminalität. Von diesen Punkten bezeichnet Dimitrow die Justizreform als den größten Brocken – und als die Herausforderung für den nächsten Fortschrittsbericht im Juli 2010.

Prozesse werden verschoben

Dass – wie auch im aktuellen Papier wieder bemängelt – Verurteilungen in wichtigen Kriminal- oder Korruptionsfällen ausstehen, sieht Dimitrow in erster Linie als Schuld der Justiz. „Da haben wir als Exekutive keinen Einfluss.“ Öffentlicher Druck und eine Reform der Strafprozessordnung seien allerdings notwendig, damit Verhandlungen nicht wie bisher immer wieder mit fadenscheinigen Begründungen vertagt würden: „Jetzt kann man nichts dagegen tun, denn das ist legal.“ Einen anderen Missstand – die Veruntreuung bzw. das Missmanagement von EU-Geldern – will man mit einer Neubestellung beheben: Kürzlich wurde der 36-jährige Tomislaw Donschew zum Minister für die Verwaltung der EU-Gelder ernannt. Der frühere Bürgermeister der herausgeputzten Kleinstadt Gabrowo soll die Hilfen, die zentral im Finanzministerium zusammenlaufen, verwalten – allerdings ohne eigenes Ministerium, nur mit einem kleinen Mitarbeiterstab ausgestattet.

Bulgariens problematische Finanzgebarung von EU-Geld bringt nun auch ein Prestigeprojekt in Verzug: die zweite Donaubrücke zwischen Vidin und dem rumänischen Calafat. Die Brücke ist noch nicht fertig, doch die EU-Hilfen laufen aus. Premier Borissow setzt sich bei der Kommission für eine längere Laufzeit ein. „Wir hoffen auf eine Antwort in der ersten Jahreshälfte“, so Dimitrow. Die bulgarischen Prioritäten für die EU-Donauraumstrategie lassen sich von der Nachdrücklichkeit des Wunsches ableiten: Man hätte gern noch mehr Donaubrücken.

© DiePresse.com

<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/548524/print.do>

www.diepresse.com

Seite 1 von 1

APA0424

*Finanzen/Budget/Konjunktur/Griechenland/EU/Euro***Spitzenbeamter Wieser gegen Ausschlussandrohungen aus Euro-Zone**

Utl.: EU-Finanzausschuss-Vorsitzender: Lohnpolitik an Wettbewerbsfähigkeit orientieren =

Wien (APA) - Der österreichische Spitzenbeamte Thomas Wieser, Vorsitzender des Wirtschafts- und Finanzausschusses (WFA) der Europäischen Union, sieht bei der aktuellen Griechenland-Krise eine verfehlte Wirtschaftspolitik des Landes in der Verantwortung. Jetzt nur über die Fiskalpolitik zu diskutieren hieße, die ursächlichen Probleme gar nicht anzugehen. Künftig sollte sich die Lohn- und Preispolitik in Griechenland als "kooperativer Prozess" an der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft orientieren, fordert der Sektionschef im Finanzministerium.

Die EU sollte ihre Lehren aus der Krise ziehen. Von der Androhung härterer Strafen bis zum Ausschluss aus der Euro-Zone hält Wieser nichts, stattdessen sollte die Fiskal- und Wirtschaftspolitik innerhalb Europas besser koordiniert werden.

In der Vergangenheit sei die Lohn- und Preispolitik in Griechenland so gestaltet worden, "als hätte man noch eine abwertbare Drachme", kritisierte Wieser heute Montag vor Journalisten in Wien in der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik. Zu hohe Lohnabschlüsse hätten zum derzeitigen Zustand entscheidend beigetragen. So seien die Gehälter im öffentlichen Sektor Griechenlands innerhalb von nur einem Jahrzehnt um rund 120 Prozent gestiegen, im privaten Sektor liege die Lohnsteigerung nur knapp darunter.

Vier Lehren sollten aus der Griechenland-Krise für die EU gezogen werden, meint Wieser: Europa brauche stärkere Maßnahmen für eine fiskalpolitische Koordination, und zwar sollten die Partner "ex ante" noch vor der Budgeterstellung miteinbezogen werden. Weiters sei auch eine verstärkte wirtschaftspolitische Koordination notwendig, um massive Ungleichgewichte zu vermeiden. "Wir brauchen mehr Überwachung der Finanzmärkte", so der Spitzenbeamte, sowohl mikro- als auch makroökonomisch. Und schließlich sei eine Verbesserung der Auffangmechanismen innerhalb der Euro-Zone notwendig.

Eine koordiniertere Steuerpolitik in Europa kann sich Wieser bei direkten Steuern schwer vorstellen, dies sei derzeit nicht durchsetzbar. Bei wesentlichen Verbrauchssteuern gebe es zwar Mindeststeuersätze (etwa bei Tabak und Mineralölsteuer), bei der Körperschaftssteuer gebe es noch immer eine Diskussion über die gemeinsame Bemessungsgrundlage. In der Währungsunion sei das "Drehen am KöSt-Satz" quasi der Ersatz für den Wechselkurs, das Herunterfahren entspreche einer Abwertung der nationalen Währung.

(Schluss) gru/mer

APA0424 2010-03-29/16:25



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Europa Club Wien

Nowotny: Verstaatlichung wäre Angleichung an die Realität

19.01.2010 | 08:41 | (wirtschaftsblatt.at)

"Die Vollverstaatlichung der OeNB wäre eine Angleichung an die europäische Realität", sagte Notenbankchef Ewald Nowotny am Rande einer Veranstaltung gegenüber der APA. "Die Mehrzahl der europäischen Notenbanken sind im Staatsbesitz", so der OeNB-Gouverneur. Näher kommentieren wollte Nowotny die politische Diskussion rund um die Nationalbank mit Hinweis auf seine Unabhängigkeit aber nicht.

Auf Einladung des Europa Club Wien referierte Nowotny Montagabend in Wien zum Thema "Finanzkrise - Reaktionen und Langfristperspektiven". Nowotny sprach von einer mittel- bis langfristigen Machtverschiebung von Europa und den USA nach Asien. Die derzeitige Wirtschaftskrise sei die erste Krise nach der Weltwirtschaftskrise, die von den Industrieländern ausgegangen sei.

Globale Ungleichheiten im Bereich der Leistungsbilanzen wurden in der Krise abgebaut, werden aber mittelfristig wieder zunehmen, so Nowotny. "Der dauernde Leistungsbilanzüberschuss von China ist nicht haltbar", sagte Nowotny. Die asiatischen Länder seien aber nicht zur Aufwertung ihrer Währungen bereit, gleichzeitig habe die USA ein sehr hohes Leistungsbilanzdefizit. Laut Nowotny wollen die asiatischen Länder hohe Leistungsbilanzüberschüsse deshalb erzielen, um nicht wie in der Asienkrise vom Internationalen Währungsfonds (IWF) abhängig zu sein.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Euro-Raum für die Jahre 2010 und 2011 beurteilt der Notenbank-Chef leicht pessimistisch: "Die Wachstumsdynamik wird im internationalen Vergleich deutlich zurückbleiben", so Nowotny. Die größte Herausforderung für die EU sei es, Wirtschaftswachstum zu generieren, damit es nicht zu einer "lost-decade" wie in Japan komme. Das Hauptproblem für Österreich und die EU sei derzeit zu wenig Wachstum. Eine gute Nachricht hatte Nowotny dann aber doch: "Inflation und Deflation ist im Euroraum kein Problem".

Für Österreich erwartet Nowotny eine Konsolidierung des Staatshaushaltes ab dem Jahr 2011. Eine Konsolidierung sei absolut notwendig um die Budgetdefizite zurückzuführen und die Funktionsfähigkeit des Budgets zu erhalten. Jede erfolgreiche Budgetkonsolidierung in der Vergangenheit sei ausgaben- und einnahmenseitig erfolgt. Mindestens drei Jahren werde es dauern, bis das Wohlstandsniveau von vor der Krise wieder erreicht werde, rechnet Nowotny.

Leitl macht Ausstieg von Mitwirkungsrechten abhängig

Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl macht den Verkauf der Wirtschaftskammer-Anteile an Nationalbank davon abhängig, ob die Kammer auch in Zukunft Zugang zu OeNB-Gremien haben wird, wo die wirtschafts- und währungspolitischen Entwicklungen diskutiert werden. "Wenn das der Fall ist und die Rahmenbedingungen stimmen, dann kann man mit

uns reden", sagte Leitl am Montagabend bei einer Veranstaltung in Wien auf eine Journalistenfrage. Die Wirtschaftskammer ist mit 8,33 Prozent drittgrößte Aktionärin der OeNB.

"Die Nationalbank ist ein Trust von Experten, die eine große Verantwortung auch für Österreich haben, ihre Prognosen sind geschätzt und ihre Strategien machen sie zu einem guten Partner für uns", sagte Leitl. Einen guten Partner lasse man nicht "Knall auf Fall" fallen.

Die Überlegungen von Finanzminister Josef Pröll (V) bezüglich Unvereinbarkeit bei der Bankenprüfung könne er nachvollziehen. Warum aber eine Wirtschaftskammer (WKÖ) oder Industriellenvereinigung (IV) nicht dabei sein sollten, könne er derzeit nicht nachvollziehen.

Pröll soll ihm ein Angebot machen, wenn er 100 Prozent haben will, so Leitl. Die Interessen der Wirtschaftskammer seien aber nicht rein monetär. Jetzt gelte es in Verhandlungen einzusteigen, um zu sehen, ob auch die Mitwirkungsvorstellungen der Wirtschaftskammer in der Nationalbank in Zukunft ausreichend gesichert seien.

(APA)

KURIER

17.02.2010

Politik

Seite 4

„Die Habsburger-Gesetze sind obsolet“

EU-Richterin Maria Berger nimmt zu aktuellen strittigen Rechtsproblemen in Österreich Stellung.



Vorratsdatenspeicherung: Ein Mitgliedsstaat kann die Richtlinie beim EuGH auf Nichtigkeit klagen

abschlägigen Bescheid gibt, kann dieser Bescheid nach Erschöpfung des innerösterreichischen Instanzenzuges beim Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg angeklagt werden.

Die Koalition streitet über die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung. Kann Österreich die Richtlinie kippen?

Die Mitgliedsländer haben die Verpflichtung, die Richtlinie umzusetzen, so lange sie nicht formell zurückgezogen wird. Die Gesetzgeber, das EU-Parlament und der Ministerrat, können sich darauf einigen, die Richtlinie zurückzuziehen oder zu ändern. Ein Mitgliedsstaat kann die Richtlinie beim EuGH auf Nichtigkeit klagen.

Die Grundrechte-Charta der EU ist individuell nicht direkt einklagbar. Warum?

Der generelle Akt ist nicht einklagbar. Zum Beispiel können Frauen aber gegen den Pensionsbescheid wegen der Ungleichheit des Pensionsantrittsalters klagen.

Kann der EuGH bezüglich eines gemeinsamen Asylrechts etwas unternehmen?

Es gibt EU-Asylrecht. Der EuGH kann dann etwas machen, wenn ein Vertragsverletzungsverfahren gegen ein EU-Land eingeleitet wird.

Maria Berger: Höchste EU-Funktion

Geboren 1956 in Perg, Oö.
berufung 1996-2007 EU-Abgeordneter
Karriere EU-Abteilungsleiterin im Kanzleramt, EFTA-Direktorin, Oktober 2009 EU-Richterin

Sind die Habsburger-Gesetze ein Fall für den EuGH?

Es gibt keine Chance, dass ein nationales Gesetz beim EuGH landet. Wenn es von einer Wahlbehörde einen

Was ich sage, sage ich jetzt nicht als Richterin, Persönlich bin ich der Meinung, dass die Habsburger-Gesetze obsolet sind und keine Wahlbehörde einen

Maria Berger: Ein nationales Gericht könnte zum EuGH gehen. Die Auslegungen des EuGH müssen dann von nationalen Gerichten aber berücksichtigt werden.

Was sagt der EuGH zum Doppelbestrafungsverbot?

Das Doppelbestrafungsverbot gilt in der EU. Wie es im konkreten Fall anzuwenden ist, ergibt sich dadurch noch nicht automatisch.

Wie stehen Sie zu den Habsburger-Gesetzen?

VON MARGARETHA KOPEINIG

Die österreichische Richterin am Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg muss sich auch mit skurrilen Fällen beschäftigen. Diese Akten liegen unter anderem auf dem Tisch von Maria Berger: Französische Leichenbestatter fordern für ihre Leistungen – so wie Friseur – einen günstigen Mehrwertsteuersatz. Auch belgische Besitzer von Sex-Shops klagen. Ihre Proppshows sind Kino, sagen sie, und Lichspiele unterliegen ebenfalls einer niedrigeren Mehrwertsteuer.

Am Rande eines Vortrages im Rahmen der **Osterrichtsichen Gesellschaft für Europapolitik** nahm Berger zu aktuellen Fragen Stellung.

KURIER: Frau Richterin, muss Österreich im Fall **Mensdorff-Pouilly ein Vorratsdatenspeichungsverfahren beim EuGH stellen, um weiteremitteln zu können?**

KURIER

11.04.2010

Politik

Seite 2

Interview

„Wir gelten als sehr streng“

In Österreich und in der EU setzt Innenministerin Maria Fekter bei Asyl und Zuwanderung auf einen harten Kurs.

VON MARGARETHA KOPEINIG

Dinge, wie Eberau, „die unbeliebt sind“, will Innenministerin Maria Fekter künftig „besser kommunizieren“.

KURIER: Die Asylwerber-Zahlen gehen zurück. Bleibt es dabei, dass kein drittes Aufnahmezentrum nötig ist?

Maria Fekter: Der Asyl-Missbrauch ist durch unsere Politik eingedämmt worden. Die Hauptherkunftsländer sind derzeit Afghanistan und Russland. Wir wissen nicht, ob nicht wieder Flüchtlingswellen kommen. Wenn die Zahl der Asylwerber dauerhaft niedrig bleibt, reicht die bestehende Infrastruktur.

Wie bewerten Sie im Nachhinein die Eberau-Aktion?

Wir hatten dieselbe Strategie in Vordernberg und Eberau. Die Steiermark hat es gefördert, Burgenland wollte es nicht. Künftig würde ich Dinge, die ausgesprochen unbeliebt sind, wo man keine Lorbeeren ernten kann, und die man nur aus staatspolitischer Verantwortung macht, besser kommunizieren.

Der Assistenz-Einsatz wird scharf kritisiert. Sind Sie für eine weitere Verlängerung?

Die Bevölkerung will ihn, die Landeshauptleute von Burgenland und Niederösterreich wollen ihn, der Kanzler und der Verteidigungsminister wollen ihn auch. Ich muss ihn ja nicht zahlen, warum soll ich dagegen sein? Alles, was die Arbeit der Polizei unterstützt, und der Assistenz-Einsatz macht das, wird von mir begrüßt.

Österreich gilt in der EU als Hardliner, was Zuwanderung und Asyl angeht. Stimmt das?



Der Eindruck ist richtig. Wir gelten als sehr streng, weil wir uns aktiv an der EU-Gesetzgebung beteiligen.

Die EU will Asylwerbern Zugang zu Jobs und zu Sozialleistungen geben.

Ich bin strikt gegen die volle Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber. Das würde die Arbeitslosigkeit enorm steigern. Es wäre unfair, wenn Asylwerber arbeiten können und andere, die sich um eine Ausländer-Arbeitsbewilligung legal bemühen, strenger behandelt werden. Ich lehne auch ab, dass Asylwerber die vollen Sozialleistungen, wie es sie bei uns gibt, beanspruchen können.

Spanien will die legale Einwanderung in die EU fördern. Sind Sie dafür?

Ich bin kategorisch dagegen, illegale Einwanderer

„Ich bin strikt gegen die volle Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber.“

durch Amnestie-Regelungen zu legalisieren. Das hat Spanien gemacht. Das wirkt wie ein Staubsauger – und zieht noch mehr Illegale an.

Ist Österreich ein Einwanderungsland?

Wir brauchen Ausländerbeschäftigung, damit unser Wohlstand erhalten bleibt. Wir haben eine gewisse Quote für Einwanderungen. Generell sehe ich Einwanderungen aus Drittstaaten aber sehr skeptisch.

Braucht es gemeinsame EU-Migrationsregelungen?

Ja. Es geht nicht nur um den Arbeitsmarkt. Man muss auch auf die Verträglichkeit für die Sozialsysteme, die Aufnahmefähigkeit der Gesellschaft und auf die Integrationsfähigkeit der schon hier Lebenden schauen.

TIPP: Diskussion des **Europa Club Wien** mit Innenministerin Fekter. Thema: „Migration nach Europa“. Montag, 12. April, 19 Uhr, Festsaal Bank Austria, 1010, Renngasse 2.

Fekter ist für den Assistenz-Einsatz, weil er Arbeit der Polizei unterstützt

KURIER

14.04.2010

Politik

Seite 4

EUROPA VON INNEN

Fekters Leitlinien für EU-Migrationspolitik



VON OTTO KLAMBAUER

Migration ist für Spanien, das derzeit den EU-Ratsvorsitz führt, ein Hauptthema, vor allem die Steuerung der legalen Migrationsströme in die EU. Auf einer Konferenz in Saragossa sollen am Donnerstag und Freitag Grundsätze der EU-Migrationspolitik festgelegt werden.

Österreichs Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) skizzierte Montagabend auf Einladung des Europa Club Wien unter dem Titel „Migration nach Europa“ die Herausforderungen der Initiative für Österreich. Fekters Leitlinien dafür:

Die EU müsse das Schlepperwesen bekämpfen: „Schlepperwesen ist Menschenhandel. Wenn wir zuschauen, machen wir uns mitschuldig.“

Bei legaler Zuwanderung müsse Integration stets mitgeplant werden. Nur so seien die Fehler der 1970er-Jahre zu vermeiden, als niemand an die Eingliederung

der Gastarbeiter dachte. Basis jeder Integration müsse das Bekenntnis zu Menschenrechten und Demokratie sein: „Gewalt (etwa in der Familie, Anm.) mit Traditionen zu begründen, darf kein Argument sein.“

Die Sprachkompetenz von Zuwanderern müsse massiv verstärkt werden. Fekter ist gegen rein türkischsprachigen Schulen in Österreich: Sie habe dem türkischen Botschafter erklärt, es sei „Aufgabe des Staates, die Staatssprache zu forcieren – das ist in Österreich eben Deutsch“.

Mit Nachdruck bekennt sie sich zum Aufbau eines „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“. Doch sie lehnt es ab, illegale Einwanderer per Amnestie zu integrieren (dies wirke für Schlepperbanden „wie ein Staubsauger“).

Fekter weiß, dass sie auf EU-Ebene als Hardlinerin gilt: „Ja, Österreich gilt in der EU mit seiner Migrationspolitik als sehr kritisch und restriktiv.“ Österreichs Sachbeiträge würden aber stets gerne akzeptiert.

Die Innenministerin kennt auch ihr Image im Inland – und nimmt dies mit Selbstironie: „Ich weiß, Härtegrade werden bereits in ‚Fekter‘ gemessen.“

otto.klambauer@kurier.at

KURRIER

03.05.2010

Wirtschaft

Seite 11



GERHARD DEUTSCH

Gesundheitsminister Alois Stöger: Mehr Sicherheit bei Lebensmitteln

EU-Ernährungspolitik

Stöger fordert bessere Regeln

Der Gesundheitsminister will die Rechte der Konsumenten bei Lebensmittelsicherheit und Kennzeichnung stärken.

is Stöger macht die bessere Kennzeichnung von Lebensmitteln zu einem Schwerpunkt Österreichs auf EU-Ebene. In einem Interview im Vorfeld einer Diskussion vor dem *Europa Club Wien* (siehe Infobox) befragt Stöger: „Die Lebensmittel-Industrie muss den Konsumenten sagen, was sie wie verarbeitet. Die Angaben müssen so gestaltet sein, dass sie jeder Konsument versteht.“ Ein Problem, dies in der EU durchzusetzen: Es handelt sich dabei um harmonisierte Rechtsbereiche. Auf nationaler Ebene dürfen nur Dinge geregelt werden, die über die Norm-Qualität hinausgehen.

VON OTTO KLAMBAUER

Noch im Mai soll das Europa-Parlament über eine bessere Form der Lebensmittel-Kennzeichnung abstimmen. Laut *Spiegel*-Bericht hält eine große Mehrheit der Konsumenten Angaben auf Lebensmittelpackungen für wichtig, nutzt sie aber kaum. Gesundheitsminister Alo-

zeichnung für gentechnisch veränderte Lebensmittel und eine Auszeichnung für Fleisch, das mit gentechnisch veränderten Futtermitteln erzeugt wurde“. Stöger: „Wir hätten auch in Österreich gerne ein Gütezeichen-Gesetz, um besondere

Güte auszuzeichnen.“ Das scheiterte derzeit am Widerstand des Landwirtschaftsministeriums, die Landwirte befürchten Konflikte mit dem AMA-Gütesiegel.

Gentechnik Stöger will auf EU-Ebene grundsätzlich Lebensmittelsicherheit thematisieren: Etwa, ob gentechnisch veränderte Lebensmittel auf den Markt kommen dürfen. „Jedes EU-Land soll entscheiden, ob hier solche Lebensmittel angebaut werden dürfen oder nicht.“

Der Markt an Lebensmitteln werde stark von internationalen Konzernen beeinflusst. Doch Stöger hält auch auf EU-Ebene „eine klare konsumentenorientierte Politik für durchaus möglich“.

KURIER tipp

DISKUSSION

„Europäische Lebensmittelkennzeichnung am Prüfstand“

Mit Bundesminister für Gesundheit

Alois Stöger

HEUTE, 3. | 18.00 Uhr | Festsaal Bank Austria | Rennasse 2 | Wien 1

www.oegfe.at/europaclub

EUROPA CLUB WIEN

KURIER

05.05.2010

Wirtschaft

Seite 10

„Ich würde keiner Werbung trauen“

Lebensmittelkennzeichnung – Stöger für „Gentechnikfrei“-Siegel

„Die österreichische Bevölkerung will wissen, was sie isst“, sagt Gesundheitsminister Alois Stöger. Dies sei aber aufgrund irreführender Kennzeichnung gar nicht so leicht erkennbar, wie das Beispiel von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln zeigt. So muss auf einer Fleischpackung nicht ausgewiesen werden, dass das Tier mit gentechnisch verändertem Futter gefüttert wurde. Stöger setzt sich für die Einführung eines staatlich anerkannten Gütezeichens „gentechnikfrei“ ein. Es soll Fleisch kennzeichnen, das nicht mit gentechnisch veränderten Futtermitteln erzeugt wurde. „So

könnten Konsumenten frei entscheiden, was auf ihren Teller kommt“, so Stöger am Montagabend bei einer Diskussion über „Europäische Lebensmittelkennzeichnung am Prüfstand“ im Europa Club Wien.

Werbung Ein weiteres Problem sei irreführende Werbung. „Ich würde keiner Werbung trauen“, ärgert sich Stöger über Lebensmittel, die als „gesunde Jause“ beworben werden, bei denen es sich aber eigentlich um eine Süßspeise handle. Solche

Werbeaussagen sind aber zulässig, da das Irreführungsverbot in Europa sehr schwammig formuliert ist und damit sehr unterschiedlich ausgelegt werden kann.

Hersteller, die ihre Produkte auch künftig mit einer gesundheitsfördernden Wirkung bewerben wollen, müssen die gesundheitsbezogene Angabe von der Europäischen Lebensmittelbehörde (EFSA) absegnen lassen. Derzeit stapeln sich bei der EU 4000 solcher Anträge.

– Simone Hoepke



Minister Stöger

OTS0087 5 II 0479 NSK0001
SPÖ/Stöger/Lebensmittelkennzeichnung

Di, 04. Mai 2010

Stöger: Versorgung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln sicherstellen

Utl.: Konsumenten haben ein Recht darauf, zu wissen, was sie kaufen =

Wien (OTS/SK) - "Es geht bei der Lebensmittelkennzeichnung darum, wie sichergestellt werden kann, dass qualitativ hochwertige Lebensmittel angeboten werden. Daher haben europäische Rahmenbedingungen und Regelungen in Fragen des Lebensmittelrechts eine besondere Bedeutung", sagte Gesundheitsminister Alois Stöger am Montagabend bei der Veranstaltung "Europäische Lebensmittelkennzeichnung am Prüfstand" im **Europa Club Wien**. Bei der Lebensmittelkennzeichnung stelle sich vor allem die Frage, wie die Interessen der Konsumenten - die öfters in Widerspruch mit anderen Interessen stünden - gelagert sind, so Stöger. Wichtig für die Konsumenten sei die Qualität von Lebensmitteln sowie deren Vergleichbarkeit. Dafür gebe es mehrere europäische Regelungen, unter anderen die Nährwertkennzeichnungs-Richtlinie sowie die Verbrauchereinführungsinformationen-Verordnung über die Herkunft von Lebensmitteln. "Die Menschen wollen wissen, was sie kaufen - und sie haben ein Recht darauf", betonte Stöger. ****

Der Gesundheitsminister nannte einige Probleme bei der derzeitigen europäischen Lebensmittelkennzeichnung. Ein zentrales Problem sei die irreführende Kennzeichnung: Wenn Produkte in der Werbung als gesundheitsförderlich, beispielsweise als "gesunde Jause für Kinder", beschrieben werden, glauben das viele Rezipienten - das entspreche aber häufig nicht der Wahrheit. Ein anderes Beispiel: Ein als "österreichisch" bezeichnetes Produkt kann sich z.B. nur auf die Herstellung in Österreich beziehen, ohne Berücksichtigung der Herkunft der Rohstoffe. Ein Irreführungsverbot sei im europäischen Regelwerk relativ offen formuliert und könne daher sehr unterschiedlich ausgelegt werden. Ein weiterer Knackpunkt seien gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel. Diese müssen laut Verordnung gekennzeichnet werden. Das Fleisch eines mit gentechnisch verändertem Futter gefütterten Tieres hingegen muss nicht ausgewiesen, der Konsument also nicht informiert werden. Daher setzt sich der Gesundheitsminister für die Einführung eines staatlich anerkannten Gütezeichens "gentechnikfrei" ein. "Dadurch könnten die Konsumentinnen und Konsumenten wirklich frei entscheiden, was auf ihren Teller kommt", betonte Stöger.

"Eine verständliche Lebensmittelkennzeichnung versetzt die Menschen in die Lage, Entscheidungen für ihre Gesundheit zu treffen. Den Konsumenten darf nichts vorgemacht werden", so der Gesundheitsminister, der weiter betonte: "Gute Lebensmittel müssen erzeugt werden, man kann sie nicht 'erprüfen'." Gelten in einem Land strengere Vorgaben als in der EU, so werde dies oft als "Handelshemmnis" betrachtet, so auch bei der Transfette-Verordnung des Gesundheitsministers, welche strengere Grenzwerte für Transfette in Lebensmitteln festlegt. Stöger setzt sich auch für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei unverarbeiteten Produkten oder nur leicht verarbeiteten Produkten (z.B. Schinken) ein, sowie für den Ausbau der Kennzeichnung von nicht verpackten Lebensmitteln wie etwa in Bäckereien oder Gaststätten. Dass gute Ernährung in Österreich vereinfacht wird und dass diese mehr Raum im alltäglichen Leben hat, ist dem Gesundheitsminister ein großes Anliegen. Dafür habe er auch den Nationalen Aktionsplan Ernährung NAP.e in Auftrag gegeben.

Die Grußworte der Veranstaltung sprach Nikolaus Pálffy von der UniCredit Bank Austria AG, moderiert hat sie der Botschafter i.R. Dr. Wolfgang Wolte von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik. Dem Vortrag des Gesundheitsministers folgte eine rege Diskussion des Themas aus den verschiedensten Perspektiven. (Schluss) bj

Rückfragehinweis: SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien Tel.: 01/53427-275 <http://www.spoe.at/impresum>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0087 2010-05-04/10:12

041012 Mai 10

Hundstorfer: "Wir brauchen Zuwanderung"

Als Maßnahme gegen die Überalterung der Gesellschaft befürwortet Sozialminister Hundstorfer im KURIER-Gespräch den Zuzug von Ausländern.



20.000 zusätzliche Arbeitskräfte aus Osteuropa erwartet Sozialminister Rudolf Hundstorfer im nächsten Jahr

der Mehrzahl Tagespendler, die aus Ungarn kommen.

Ab Mai 2011 dürfen Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedsländern Osteuropas frei in Österreich arbeiten. Die siebenjährige Übergangsfrist für den freien Personenverkehr läuft dann aus.

KURIER: Herr Bundesminister, erwarten Sie im nächsten Jahr einen Ansturm von Arbeitsmigranten aus Osteuropa?

Rudolf Hundstorfer: Nach allen Berechnungen erwarten wir nicht das Horrarszenario, das die FPÖ skizziert. Es könnten aber bis zu 20.000 Arbeitskräfte sein, die zu uns kommen. Wir gehen davon aus, dass wir die Zahl verkraften. Im Burgenland gibt es jetzt schon zehn Prozent Arbeitnehmer, in

Mit welchen Folgen?

Die Erfahrungen sind durchwegs positiv. In Eisenstadt gibt es ein prämiertes europäisches Vorzeigeprojekt von Gewerkschaften aus Österreich und Ungarn, die es mit zweisprachiger arbeits- und sozialrechtlicher Beratung geschafft haben, Lohn- und Sozialdumping zu verhindern.

Eine sozialpolitische Herausforderung für die Zukunft ist die Überalterung der Gesellschaft. Wie geht Österreich damit um?

Die bisherigen Maßnahmen, nämlich länger zu arbeiten, später in Pension zu gehen und die Frauenerwerbsarbeit zu fördern, werden nicht ausreichen. Wir brauchen eine geordnete Zuwanderung.

"Europa 2020" heißt die neue Wachstums- und Wettbewerbsstrategie der Europäischen Union. Was bedeutet diese Strategie für Österreich?

Zum Beispiel die Teilnahme an der Armutsbekämpfung. Wir wollen in den nächsten zehn Jahren in der EU 20 Millionen Menschen aus der Armutsgefährdung herausbringen. Die Steigerung der Beschäftigungsquote ist dabei der Schlüssel. Nicht alle werden Vollzeit-Jobs sein. Beschäftigung ist der vernünftigste Weg, aus der Armutsfalle herauszukommen.

Teil der EU-Agenda 2020 ist die Anhebung der Erwerbsquote, auch bei Frauen. Wie wollen Sie das in Österreich bewerkstelligen?

Wir haben aktuell eine steigende Frauenbeschäftigungsquote. 50 Prozent des AMS-Budgets gehen in Qualifikationsmaßnahmen für Frauen und ihre Integration am Arbeitsmarkt. Wir dürfen hier nicht nachlassen. Durch Maßnahmen wie Gratis-Kindergarten, das verpflichtende Kindergartenjahr und die Ganztagschule wollen wir Frauen noch mehr Möglichkeiten am Arbeitsmarkt bieten.

Viele Mitgliedsländer der EU schnüren Sparpakete. Fürchten Sie soziale Folgen der Sparprogramme, auch in Österreich?

Wir bemühen uns generell um eine soziale Ausgewogenheit - natürlich auch beim Sparprogramm.

Im deutschen Sparprogramm gibt es Einschnitte bei den Sozialleistungen. Welche Sparmaßnahmen haben Sie vor?

Für mich ist die soziale Balance wichtig. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich derzeit sehr positiv. Sinkende Arbeitslosen-Zahlen bedeuten weniger Ausgaben. Ein wichtiges Element für meine Partei ist, wie Vermögensbestandteile und Gewinne von Banken für das Sparen herangezogen werden können. Das ist Teil der sozialen Balance.

Macht die EU genug für Beschäftigung?

Die EU hat nur wenig finanzielle Instrumente, den Arbeitsmarkt zu beeinflussen: Das sind der Sozialfonds und der Globalisierungsfonds. Der Automobil-Cluster bei Graz hat vom Globalisierungsfonds profitiert, damit wurde eine Arbeitsstiftung eingerichtet. Ein zweiter Antrag läuft für den Raum Ober- und Niederösterreich.

Sind Sie für die Einführung eines europäischen Mindestlohnes?

Da würden wir uns überfordern. Lohnpolitik ist nationale Angelegenheit. Die Länder haben unterschiedliche Systeme. Ein Signal wäre aber festzulegen, dass ein bestimmter Prozentsatz des Median-Einkommens eines Landes als Mindesteinkommen empfohlen wird. Eine Einigung in der EU auf diese Formel wäre möglich.

Artikel vom 25.06.2010 16:48 | KURIER | Margaretha Kopeinig

KURIER

30.06.2010

► Arbeitsmarkt

Beschäftigung steigt wieder, Leiharbeit boomt

Der heimische Arbeitsmarkt bleibt zwar nach Ansicht vieler Experten noch bis Ende 2011 angespannt, jedoch steigt die Zahl der Beschäftigten wieder deutlich an.

AMS-Vorstand Johannes Kopf geht davon aus, dass der krisenbedingte Jobverlust bis Ende 2011 wieder kompensiert werden kann. Für heuer erwartet Kopf auf Grund des regen Stellenzugangs in den vergangenen Monaten 19.500 neue Jobs, 2011 dürften weitere 24.000 Beschäftigte dazukommen. Pferdefuß: Viele neue Jobs – vor allem in der Industrie – sind nur temporär. Den größten Zuwachs gegenüber 2009 gibt es derzeit bei den Leiharbeitern (+34 Prozent), gefolgt von der Gastronomie und dem Einzelhandel, wo vor allem die Teilzeit boomt.



Stelle noch frei? Unternehmen suchen wieder Arbeitskräfte

Der IWF fordert Österreich auf, angesichts der schrumpfenden Bevölkerung das Arbeitskräftepotenzial besser auszunutzen. Einerseits sollen Ältere durch Anhebung des Pensionsantrittsalter länger in Beschäftigung bleiben, andererseits aber auch Zuwanderer noch stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer griff auf einer Veranstaltung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik im Rahmen des Europa Club Wien die IWF-Forderungen auf: „Wir brauchen eine geordnete Zuwanderung, denn ohne diese könnte der Sozialstaat in dieser Form nicht finanziert werden“, so Hundstorfer. Die legale Migration umfasse rund 30.000 Einwanderer pro Jahr, davon 18.000 Deutsche: „Wir brauchen sie alle.“

APA / BARBARA GINDL

KURIER

10.09.2010 **Politik** Seite 5

Interview

„Europas Rechtssysteme sind viel zu verschieden“

Gegen ein vereinheitlichtes EU-Recht, aber für den Ausbau der gegenseitigen Rechtshilfe ist Justizministerin Bandion-Ortner.

VON OTTO KLAMBAUER

Justizministerin Claudia Bandion-Ortner hält am Montag auf Einladung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik ein Grundsatzreferat zur EU-Politik. Im KURIER skizziert sie Eckpfeiler der EU-Justizpolitik.

KURIER: Was sind Ihre Schwerpunkte der Justiz-Zusammenarbeit auf EU-Ebene?

Claudia Bandion-Ortner: Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung muss in Europa forciert werden. Derzeit wird intensiv am Ausbau der gegenseitigen Rechtshilfe gearbeitet, sodass grenzüberschreitende Ermittlungsverfahren schneller und unbürokratischer geführt werden können. Hinzu kommt der weitere Ausbau des eJustiz-Portals e-justice.europa, das jedem Bürger bei Rechtsfragen weiterhelfen kann. Angenommen, ich bin in Italien auf Urlaub und habe dort ein Rechtsproblem, so kann ich auf das Portal zugreifen. Dort wird mir verständlich erklärt, welches Gericht für mein Problem zuständig ist.

Hilft das auch den Justizbehörden?

Jeder Richter bekommt auf Knopfdruck Strafregister-Auskünfte von einem anderen Land, Firmenbuch-Auszüge, Grundbuchauszüge, Dolmetscher-Listen – oder er bucht Videokonferenzen. Da braucht man keinen Zeugen oder Beschuldigten aus dem Ausland vor-



Minister-Lob: „EU-Haftbefehl ist eine Erfolgsgeschichte“

laden, den kann ein Richter per Video direkt vernehmen. Das spart Geld und Zeit.

Wo gibt es Defizite in der EU-Kooperation?

Es gibt Bereiche wie im Familienrecht, wo schon die Regelung der Zuständigkeit ein Problem ist. In Malta gibt es keine Scheidung, in Schweden geht sie komplikationslos. Nun haben 14 EU-Länder verstärkte Zusammenarbeit bei Scheidungsfällen beschlossen. Zweitens wird die finanzielle Folgenabschätzung viel zu wenig beachtet. Trotz Zeiten knapper Budgets werden Richtlinien beschlossen, die erhebliche Mehrkosten bringen.

Soll das EU-Justizwesen harmonisiert oder sollen nationale Systeme bewahrt werden?

Es ist Idealismus zu sagen, Europas Rechtssysteme sollen harmonisiert werden. Dazu sind sie viel zu verschieden. Der Ausbau des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung ist wichtiger. Dass Entscheidungen von anderen Staaten anerkannt und vollzogen werden.

Und die Strafverfolgung?

Da sind wir auf einem sehr guten Weg. Der Europäische Haftbefehl ist eine EU-Erfolgsgeschichte. Früher war das sehr kompliziert. Wenn

man jemanden von einem anderen Land ausgeliefert haben wollte, war das mit furchtbarem Papierkrieg verbunden. Heute füllt man ein Internet-Formular aus. Dadurch wurden auch die Auslieferungs-Haftzeiten viel kürzer.

Es gibt Rufe, die EU-Asylgesetze zu vereinheitlichen. Österreich ändert sie fälschlich.

Ich kann mir vorstellen, dass die EU-Länder ihre eigenen Asyl-Systeme beibehalten wollen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man auf diesem sensiblen Gebiet ein einheitliches EU-Gesetz zusammenbringt.

Verstößt Frankreich mit den Abschiebungen von Roma gegen EU-Recht?

Dieses sehr sensible Thema ist jetzt endlich auf EU-Ebene angekommen. Ob das mit EU-Recht vereinbar ist, diese Beurteilung obliegt nicht mir. Beide Standpunkte sind irgendwo



Ministerin Claudia Bandion-Ortner skizziert die Leitlinien der österreichischen EU-Justizpolitik

nachvollziehbar. Zu Österreich sehe ich keinen aktuellen Bezug.

Wie steht es mit der Wirtschaftskriminalität?

Ein sehr aktuelles Thema! Die großen Fälle im Bereich der Wirtschaftskriminalität können ohne enge Kooperationen zwischen den Staaten gar nicht mehr gelöst werden. Die Verfahren würden viel länger dauern bzw. vieles würde gar nicht aufgedeckt. Gerade in der Causa Hypo gibt es eine gute Kooperation (et-

wa mit Deutschland) zwischen den Staatsanwaltschaften. Und Eurojust schaltet sich bei grenzüberschreitenden Großverfahren ein.

Was sind Ihre EU-Anliegen im Herbst?

Kinderpornografie wird wieder ein Thema auf EU-Ebene. Die meisten Staaten stimmen mir zu: Im Bereich Kinderpornografie darf es keine Denkverbote – sei es eine Internet-Sperre oder das Löschen solcher Inhalte – geben. Kinderpornografie darf man nicht tolerieren.

KURIER tipp

DISKUSSION

Moderne Justiz – Europäische Zusammenarbeit

Mit Bundesministerin für Justiz
Mag. Claudia Bandion-Ortner

Mo, 13.9.2010 | 18.00 Uhr | Kassensaal der Österr. Nationalbank | 1090 Wien | Otto-Wagner-Platz 3

KURIER

Europäische Bildungspolitik

„Brauchen eine Offensivstrategie“

Bildung entscheidet über die Zukunft unseres Landes und Europas, betont Ministerin Schmied. Sie fordert rasche Reformen.

VON OTTO KLAMBAUER

Unterrichtministerin Claudia Schmied hält am Montag auf Einladung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik ein Grundsatzreferat zur europäischen Bildungspolitik. Im KURIER skizziert sie Österreichs Eckpfeiler dafür.

KURIER: Bildungspolitik ist zum Großteil nationale Angelegenheit. Andererseits will die EU gemeinsame europäische Standards entwickeln. Widerspricht sich das nicht?
Claudia Schmied: Ich glaube daran, dass diese Kluft überbrückbar ist. Wenngleich ich aber sagen muss, dass ich innerhalb Österreichs jetzt die Gegen Tendenz wahrnehme: Dass im Bildungsbereich – siehe die aktuelle Lehrer-Diskussion – die Bundesländer versuchen, mehr Kompetenz zu bekommen. In diesem Sinne läuft die Diskussion in Österreich zumindest im Moment in die falsche Richtung.

Da hat sich also sogar schon auf österreichischer Ebene eine solche Kluft aufgetan?

Wir müssen die Bildungsreform vorantreiben, und diese braucht zu ihrer Umsetzung eindeutig die Kompetenz des Bundes. Würden wir Zuständigkeiten auf Länderebene verlagern, würde das erstens die Reform bremsen. Zweitens würde dies die Gefahr in sich bergen, dass wir im Bildungsbereich in neun „Kleinstaaten“ zerfallen. Das wäre kontraproduktiv.

Was sind im Bildungsbereich die größten Errungenschaften der EU?

Das Allerwichtigste ist der Fakten-bezogene Zugang zur Bildungspolitik. Diese Fakten-Orientierung in der Bildungspolitik ist ein essenzieller Beitrag, den die EU leistet.



Unterrichtministerin Claudia Schmied: Wohlstand wird im Klassenzimmer und an der Uni entschieden

Bei den Maßnahmen ist es vor allem der Bereich Mobilität: Austauschprogramme, wo sehr viele junge Leute die Möglichkeit haben, schon während ihrer Schul- oder Universitätslaufbahn Auslandssemester zu absolvieren. Der dritte wichtige Punkt ist der Qualifikationsrahmen: Dass wir uns jetzt innerhalb der EU bemühen, Anrechenbarkeit von Ausbildungen sicherzustellen und damit den Austausch zu erleichtern.

Kritiker sagen: Das EU-weite Bachelor-Studium hat bei Weitem nicht die erstrebte einheitliche Qualität von Studien in der EU gebracht.

Es ist, gerade was das Bachelor-Studium betrifft, immer auch eine Frage der Umsetzung. Mit Ministerin Karl arbeiten wir jetzt gerade an der neuen Lehrerbildung, wo wir auf das Bachelor-Studium auch zugreifen. Überall da, wo wir etwas neu konzipieren, tun wir uns ein Stück leichter als in den Bereichen, wo bestehende Stu-

dien in eine neue Form gebracht werden müssen.

Ein großes Problem ist das schlechte Abschneiden österreichischer, aber auch europäischer Universitäten in internationalen Rankings. Ist der Abwärtstrend zu stoppen?

Wir brauchen im Bereich der Schule wie der Universitäten eine ganz deutliche Offensivstrategie. Österreich ist nicht reich an Bodenschätzen, unsere Kraftquelle sind die Menschen, die bei uns leben. Der Wohlstand unseres Landes wird zu einem hohen Ausmaß im Klassenzimmer und an den Universitäten entschieden. Daher ist es so wichtig, dass wir die Bildungsreform vorantreiben. Am Politikfeld Bildung entscheidet sich die Zukunft unseres Landes und Europas.

Es gibt immer mehr Warnungen, dass Europa hinter die anderen großen Blöcke der Welt zurückfällt, wie China und Indien. Wie kann Europa da gegensteuern?

Ich war erst vor Kurzem in China – und es ist beeindruckend, diese Dynamik zu erleben und zu spüren. Das ist mit ein Grund, warum ich sage: Wir müssen in der Bildungspolitik vorankommen und die notwendigen Reformen setzen. Wir dürfen nicht länger warten. Ich bin überzeugt davon, dass wir jetzt rasch und entschlossen handeln müssen.

studiKURIER.at
 Die Plattform für Uni- und FH-Studenten, online unter
 studiKURIER.at

KURIER tipp
DISKUSSION
 „BILDUNG IM EUROPÄISCHEN KONTEXT“
 Mit BM für Unterricht, Kunst u. Kultur
 Dr. Claudia Schmied
 Mo. 4. 10. | 18.00 Uhr
 Altes Rathaus | Barocksaal
 Wipplingerstraße 8 | 1010 Wien
 www.oegfe.at/europaclub
EUROPA CLUB WIEN

KURIER

Interview

Alarm um Hochschul-Tourismus

Wissenschaftsministerin Karl fordert wegen des Andrangs deutscher Studenten an Österreichs Unis eine EU-Gesamtlösung.

VON OTTO KLAMBAUER

Auf Einladung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik hält Wissenschaftsministerin Beatrix Karl am Dienstag ein Grundsatzreferat zu Österreichs Bildungspolitik im EU-Rahmen. Im KURIER skizziert sie die Eckpfeiler.

KURIER: Was ist Ihr dringendstes Anliegen auf EU-Ebene?

Beatrix Karl: Wir müssen die Mobilität der Studierenden in Europa wieder viel stärker zum Thema machen. Die ist ja überaus positiv, aber es gibt auch negative Aspekte. Es stellt sich grundsätzlich das Problem, wie man mit dem „Hochschul-Tourismus“ – Stichwort „deutsche Numerus Clausus-Flüchtlinge“ – umgehen soll. Mir wäre am liebsten, wenn wir auf europäischer Ebene wieder das Herkunftslands-Prinzip verankern könnten.

Ist eine Vereinbarung mit Deutschland ein Ausweg?

Den Vorschlag, einen finanziellen Ausgleich mit Deutschland zu suchen, halte ich für nicht zielführend: Da müssten wir ja mit jedem einzelnen deutschen Bundesland einen bilateralen Vertrag abschließen, weil Universitäten in Deutschland ja Länder-Kompetenz sind.



2020-Ziele an Brüssel gemeldet



Fordert rasche EU-Lösung: Wissenschaftsministerin Beatrix Karl

Soll der Zugang zu überlaufenen Studienrichtungen zuerst eingeschränkt werden?

Wir brauchen in Massenfächern rasch Zugangsregeln, auch weil es in Deutschland ab nächstem Wintersemester doppelte Abiturienten-Jahrgänge gibt (Verkürzung des Gymnasiums von neun auf acht Jahre, Ann.). Dies erhöht den Druck auf Österreichs Universitäten enorm. Wir brauchen rasch eine Lösung.

Gibt es einen EU-Fahrplan dafür?

Ich möchte dieses Thema auf EU-Ebene mit meinen Ministerkollegen diskutieren. Eine Möglichkeit wäre während der ungarischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahre 2011. Denn nicht nur Österreich und Deutschland stehen vor dieser Herausforderung, sondern auch andere EU-Staaten wie Belgien und Frank-

reich oder auch die skandinavischen Länder.

Angesichts der Studenten-Proteste: Fühlen Sie sich in den Budgetplänen ausreichend unterstützt?

Das Universitäts-Budget ist bis 2012 gesichert, und ich könnte erreichen, dass die Hochschulen ab 2011 jährlich 80 Millionen Euro mehr bekommen. Aber es stellt sich die Frage, wie es ab 2013 weitergeht. Es braucht einen Mix aus öffentlichen und privaten Mitteln – und Geld allein reicht nicht aus. Wir brauchen auch bessere Rahmenbedingungen.

Welche sind das?

Wir brauchen unbedingt einen geregelten Hochschul-Zugang, weil sonst die Qualität in der Lehre und Forschung nicht sicherzustellen ist. Es gibt schon eine Vereinbarung mit der SPÖ, dass es eine „Studien-Eingangsphase neu“ geben wird – mit Aufnahme-Verfahren, um den Druck aus den Massenfächern zu nehmen.

Die EU hat bis 2020 auch besondere Bildungsziele formuliert. Hält sich Österreich daran?

Ich habe die nationalen Ziele Österreichs in Brüssel bekannt gegeben: Unser Ziel ist es, dass wir die Forschungsquote bis 2020 um einen Prozentpunkt von derzeit 2,76 auf 3,76 Prozent des BIP steigern wollen. Bei der Akademiker-Quote sollen bis 2020 in der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen insgesamt 38 Prozent einen Hochschul-Abschluss bzw. einem gleichwertigen Bildungsabschluss haben.

KURIER tipp

DISKUSSION

„WER WISSEN TEILT, VERMEHRT ES – FORSCHEN UND STUDIEREN IN EUROPA“

Mit BM für Wissenschaft u. Forschung

Dr. Beatrix Karl

Di, 2. 11. | 18.00 Uhr

Franziskanerplatz 3 | 1050 Wien

www.oegle.at/europaclub

EUROPA CLUB WIEN

Die Presse

04.11.2010

Inland

Seite 5

Unis: Beatrix Karl will deutsche Studenten mit EU-Hürde stoppen

Herkunftslandprinzip. Wissenschaftsministerin kämpft um Ausnahmeregel in den EU-Verträgen.

VON REGINA PÖLL

[WIEN] Deutsche, die in Österreich studieren wollen, sollen das künftig nur noch begrenzt tun dürfen. Nämlich dann, wenn sie auch in ihrer Heimat Anspruch auf einen Studienplatz haben. Numerus-clausus-Flüchtlinge hätten also keine Chance mehr. Auf dieses „Herkunftslandprinzip“ pocht nun vehement Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP). Im Zuge der jüngsten Uni-Debatte verschärft sie die Gangart und will auch die 26 EU-Partnerländer zu einer Maßnahme gegen den Ansturm von Ausländern drängen.

Schon bei den nächsten Treffen der EU-Bildungsminister in Brüssel will Karl eine EU-weite Lösung anstoßen, wie sie am Dienstagabend bei einer Veranstaltung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik in Wien betonte. Spätestens im ersten Halbjahr 2011 unter ungarischem EU-Vorsitz will sie Fortschritte in der Debatte erzielen.

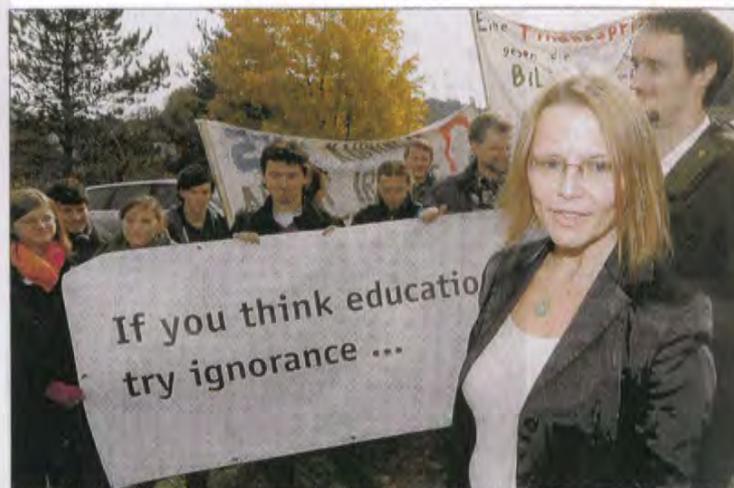
Würde sich die Ministerin mit dem „Herkunftslandprinzip“ durchsetzen, dann wäre dies eine Rückkehr zur Regelung, die in Österreich bereits vor 2005 – also vor der vorläufigen Inländerquote im Medizin-Studium – galt: Nur wer zu Hause die Voraussetzungen für ein Studium erfüllte, durfte in Österreich eine Universität besuchen. Deutsche mussten also den Numerus clausus erfüllen. 2005 urteilte allerdings der Europäische Gerichtshof, dass diese Einschränkung diskriminierend gegenüber EU-Ausländern sei; sie müssten zu gleichen Bedingungen wie Österreicher an den Unis zugelassen werden. Tausende Deutsche strömten daraufhin ins Land, vor allem für Studien wie Medizin und Psychologie. Die Regierung erlaubte in der Folge die Inländerquoten, die aber EU-rechtlich noch strittig sind.

„Grundfreiheit des Wissens“?

Wie die Ministerin jetzt gegenüber der „Presse“ präzisierte, kann sie sich aber vorstellen, dass das „Herkunftslandprinzip“ künftig EU-rechtlich gedeckt ist. Dann nämlich, wenn es als Ausnahme zu

einer fünften „Grundfreiheit“ in den EU-Verträgen festgelegt werden würde. Bisher gibt es vier Grundfreiheiten in der EU: jene für den Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen. Als fünfte Grundfreiheit will Karl eine Freiheit für Wissen verankern, die EU-Bildungsminister haben dies bereits überlegt. Inhalt könnte zum Beispiel der Transfer von Forschungsförderung von einem EU-Land in ein anderes sein.

Geht es nach Karl, dann bräuchten Österreich und andere Länder, die mit einem Ansturm ausländischer Studenten zu kämpfen haben, aber eine Ausnahme zur Freiheit des Wissens. Denn sonst müssten die Steuerzahler in Ländern wie Österreich oder Belgien besonders viel für die Unis zahlen, Nutznießer wären aber zu einem Gutteil EU-Ausländer. Einer Ausnahme von der Grundfreiheit – nach Karls Wunsch das „Herkunftslandprinzip“ – müssten allerdings alle 27 EU-Länder zustimmen. Mit der deutschen Bildungsministerin Annette Schavan ist Karl längst in Verhandlungen; Schavan habe Österreich bereits „Unterstützung zugesagt“, heißt es in Karls Büro. Käme das „Herkunftslandprinzip“, wäre auch die Inländerquote an den Medizin-Unis überholt, die erst vom EuGH abgesegnet werden muss.



Hofft im Kampf um bessere Unis und um Zugangshürden auch auf die EU: Wissenschaftsministerin Beatrix Karl.

KURIER

04.12.2010

Politik

Seite 6

INTERVIEW

„Die Gewichte haben sich verschoben – zuungunsten von Europa“

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner hält am Montag auf Einladung der Gesellschaft für Europapolitik ein Grundsatzreferat zur EU-Wirtschaftspolitik. Im KURIER skizziert er Österreichs Eckpfeiler dafür.

KURIER: Wie geht es Europa nach zwei Jahren Weltwirtschaftskrise?

Reinhold Mitterlehner: Die Krise hat dazu geführt, dass sich die Gewichte verschoben haben – zuungunsten von Europa. 2009 hatte in der EU nur Polen ein Wachstum, alle anderen ein Minus. Weltweit sind aber 58 Staaten gewachsen. Dazu kommt, dass die Schuldenquote in der EU bei teilweise über hundert Prozent der Wirtschaftsleistung liegt, in den Schwellenländern ist sie mit etwa 40 Prozent wesentlich niedri-



MARTIN GNEBET

ger. Damit ist aber die Möglichkeit, weitere Maßnahmen für Bildung, Forschung und den Wettbewerb zu setzen, beschränkt. Wir drohen im internationalen Wettbewerb zurückzufallen.

Welche Konsequenzen sollten daraus folgen?

Für Österreich gilt, dass wir zuerst einmal die Exportabhängigkeit von der EU verringern müssen und neue Märkte erobern. Gleichzeitig muss die EU die Möglichkeit von Freihandelsabkommen mit anderen Staaten stärker nützen. Bilaterale Abkommen wie jene der Schweiz mit den Tigerstaaten waren sehr erfolgreich.

Und für die ureigenste Stärke Europas, den europäischen Binnenmarkt mit 500 Millionen Menschen?

Zielrichtung neue Märkte:

„Müssen Exportabhängigkeit reduzieren und neue Märkte suchen“, sagt Mitterlehner

lösen, das ist alternativlos. Durch Investitionen in Forschung und Innovation können wir wieder eine gute Wettbewerbsfähigkeit herstellen. Da ist aber jedes Land seines eigenen Glückes Schmied, indem diese Zukunftsbereiche forciert und zugleich die Budgetprobleme gelöst werden.

Durch die hohen Schulden sind viele Staaten jedoch weniger wettbewerbsfähig.

Der Abbau der Schulden und die Sanierung der Budgets sind alternativlos. Nur so kann die Aufwärtsphase wieder eingeleitet werden.

Wann rechnen Sie damit?

Viele Konjunkturdaten zeigen nach oben. Mit den richtigen Sanierungsmaßnahmen kann es schon relativ rasch wieder zu nachhaltigen Verbesserungen kommen, auch wenn die unsichere internationale Lage die Gefahr von Rückschlägen beinhaltet.

Die USA und China haben deutlich mehr Innovationen.

Man kann immer mehr machen. Mit unserer Forschungsquote liegen wir in der EU schon auf Platz drei und die EU-Pläne der 2020-Strategie sind gut und richtig.

– Bernhard Gaul

KURIER tipp

DISKUSSION

„EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK QUO VADIS?“

Mit Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend

Dr. Reinhold Mitterlehner

Mo, 6. 12. | 18.00 Uhr

Altes Rathaus | Barocksaal

Wipplingerstraße 8 | 1010 Wien

www.oegfe.at/europaclub

EUROPA CLUB WIEN



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Veranstaltungen

Die Presse

19.02.2010

Europäische Union

Seite 4

SCHÜLERDISKUSSION

„Endlich erobern wir Istanbul“

Ex-Botschafter Albert Rohan auf „Werbetour“ für den türkischen EU-Beitritt.

WIEN (chs). Wie geht die Türkei mit Zwangsehen um? Welche Gefahren entstehen der EU durch eine Außengrenze zum Irak? Und: Hätte Österreich überhaupt einen Vorteil durch einen EU-Beitritt der Türkei? – Es sind kritische Fragen, denen sich der frühere österreichische Botschafter Albert Rohan in der Diskussion mit Schülern der HLW Straßergasse in Wien stellen muss. Fragen, die auch die Vorbehalte vieler Österreicher gegenüber einer türkischen EU-Mitgliedschaft widerspiegeln.

Um genau diese Vorurteile auszuräumen, tourt derzeit eine Gruppe ehemaliger Politiker und Diplomaten rund um den früheren finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari durch Europa. Darunter Rohan, der mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik in Schulen und Seniorenheimen zu Diskussionen lädt. Und dabei kräftig die Werbetrommel für die Türkei rührt – nicht für einen sofortigen Beitritt, aber für einen „fairen Aufnahmeprozess in den nächsten

zehn Jahren“, wie er den 200 Schülern in der Straßergasse diese Woche erklärte. Denn: Die Türkei gehöre (trotz kultureller und religiöser Unterschiede) „einfach zu Europa dazu“. Institutionell sei diese Frage bereits seit Jahrzehnten entschieden – ist doch die Türkei etwa Mitglied in der OSZE und im Europarat. Dass der Beitrittsprozess zur EU dennoch ins Stocken geraten sei, schreibt Rohan beiden Seiten zu: Den EU-Staaten, die dem Bewerber „ständig künstlich Stolpersteine in den Weg legen“; aber auch der Türkei selbst, deren „Reformmeiße abgenommen hat.“

Türken werden skeptisch

Ein Vorwurf, den sich Ufuk Ekici, als türkischer Botschaftsrat in Österreich ebenfalls auf dem Podium, nicht gefallen lassen will. Die Türkei „verlangt eine faire und gleiche Behandlung“, so Ekici. Sonst dürfe man sich in der EU nicht wundern, dass in der türkischen Bevölkerung die Zustimmung zum Beitritt (so wie derzeit von 75 Prozent auf nur

noch 45 Prozent) sinke. Und dass „die Türken, wenn es in der EU so weitergeht, vielleicht selbst sagen: Nein, wir wollen nicht mehr.“

Die Bedenken der Schüler kann Ekici dennoch nicht gänzlich ausräumen. Daran ändern auch seine Beteuerungen, dass die Türkei als „Brücke zwischen West und Ost“ die EU-Vermittlerrolle im Nahen Osten stärken könne und „als laizistische, säkulare Republik mit europäischem Rechtsfundament“ die Zwangsehen ohnehin verboten habe, wenig. Dass, wie Rohan sagt, bei einer Grenzöffnung nicht die dritte Türkenbelagerung stattfinde, sondern „wir endlich Istanbul erobern, und zwar mit der Zustimmung der Türken“, sorgt – wenn schon nicht beim Botschaftsrat – zumindest bei vielen Schülern für zustimmendes Lachen.

Der abschließende Appell an die Türkei: „Werdet nicht ungeduldig.“ Und, mit einem Blick auf die österreichische EU-Mitgliedschaft: „Auf dem Weg in die EU zu sein, ist ohnehin die schönste Phase.“

Türkeibeitritt: Diskussion in der HLW Straßergasse

Die Schüler der HLW sprachen mit einer hochkarätigen Expertenrunde

Ein interaktiver Vortrag, der den Schülerinnen und Schülern der HLW 19 Straßergasse das ewige Streitthema Europäische Union – Türkei näher brachte.

(net). An der HLW 19 Straßergasse fand ein weiteres Event im Zusammenhang mit der EU statt, diesmal behandelte es das Krisenthema eines möglichen Türkeibeitritts zur Europäischen Union. Durch die Direktorin Gabriele Hohensinner und Dr. Roswitha Doralt konnte die Schule drei außergewöhnliche Persönlichkeiten in der Sparte Europa und Türkei begrüßen: Botschafter Dr. Wolfgang Wolte führte durch das Programm, in gewohnt agilem und humorvollem Stil. Die zahlreichen Besucher des Vortrages



Hochkarätige Diskussionsrunde: Ufuk Ekici, Dr. Wolfgang Wolte und Dr. Albert Rohan (von links) sprachen mit den Schülern. Fotos: HLW 19 (2)

genossen zwei verschiedene Meinungen zweier Experten, Botschafter Dr. Albert Rohan und Botschaftsrat Ufuk Ekici.

Nach einer kurzen Einführung und einer Zusammenfassung der letzten Beitrittsverhandlungen sowie der aktuellsten Abkommen der Türkei mit der EU, bekamen die interessierten und bestens informierten Schüler sowohl die Möglichkeit ihre Fragen zu stellen als auch Inhalte zu kommentieren. Zahlreiche Meldungen zeigten, wie sehr die Jugendlichen bereits in die Materie vertieft

waren und dass es kaum einen Schüler oder eine Schülerin gab, die den Vortrag nicht interessiert verfolgte.

Wanderausstellung im März

Ein gelungener Schultag endete mit einem Ausblick auf noch mehr Information, da für Mitte März eine Wanderausstellung mit dem zentralen Thema der Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union geplant ist. Die HLW 19 Straßergasse hat hierbei das Privileg diese Ausstellung zu eröffnen.



Die Schüler nahmen regen Anteil an der interessanten Diskussion.

Die Vielfalt Europas aus dem Blickwinkel der Erasmus-Studierenden - Erasmus-Fotowettbewerb

Wien (OTS) - Europa durch die Augen von Erasmus-Studierenden zeigt die Ausstellung "Ich I(i)ebe Europa!". Die Nationalagentur Lebenslanges Lernen, Koordinatorin des EU-Bildungsprogramms in Österreich, hat alle Erasmus-Studierenden des Studienjahrs 2009/10 aufgerufen, ihr eigenes Bild von Europa zu machen. Über 300 Aufnahmen wurden eingereicht, die 30 besten touren ab Herbst als Wanderausstellung durch Österreichs Hochschulen. Am 10. Mai fanden die Ausstellungseröffnung und die Kür der acht Gewinnerinnen und Gewinner am Konservatorium Wien statt.

Ausgewählt wurden die Gewinner-Fotos von einer Jury, der Vertreterinnen und Vertreter von Hochschulen, der Nationalagentur Lebenslanges Lernen, des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik sowie der Erasmus-Botschafter 2009 angehörten.

Die Gewinnerinnen und Gewinner konnten sich über tolle Preise freuen: Helmut Spindler erhielt für das Gewinner-Foto eine Brüsselreise, die einen Besuch des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission sowie ein Treffen mit dem EU-Abgeordneten Hannes Swoboda einschließt. Anja Ahmetasevic erhielt für den 2. Platz einen 300-Euro-Gutschein von STA Travel. Judith Egger konnte sich über den 3. Platz und zwei Nächtingungen im CUBE NASSFELD für vier Personen freuen. Für die Plätze vier bis acht gab es Reisepakete von freytag & berndt. Ernst Gesslbauer, Leiter der Nationalagentur Lebenslanges Lernen: "Die Fotoausstellung zeigt die vielen Facetten des Erasmus-Programms. Studieren und Arbeiten in einem anderen Land schaffen Anreize, Unbekanntes kennen und vielleicht auch lieben zu lernen."

Erasmus: Eine Erfolgsgeschichte

Erasmus ist das erfolgreichste EU-Programm im Bildungsbereich. Bis heute haben europaweit insgesamt mehr als zwei Millionen Studierende von Erasmus profitiert. Das Interesse an Erasmus ist in Österreich ungebrochen: 2009 nahmen rund 5.000 österreichische Studierende sowie 1.000 Lehrende und andere Hochschulangehörige teil. Erasmus fördert im Hochschulbereich Studienaufenthalte und Praktika, Unterricht und Fortbildung im Ausland. Es ist Teil des Programms für lebenslanges Lernen, das jährlich rund 10.000 Österreicherinnen und Österreicher mobil macht und in Österreich von der Nationalagentur Lebenslanges Lernen koordiniert wird.

Experten betonen Erfolge des europäischen Kampfes gegen Korruption

Utl.: Internationale Kooperation und Prävention als erfolgreiche Strategien =

Wien (APA) - Der europäische Kampf gegen Korruption habe in den vergangenen 15 Jahren sowohl bei Fällen innerhalb der Institutionen der EU, als auch bei Vergehen in den Mitgliedsländern viele Erfolge verzeichnen können. Darüber waren sich Korruptions-Experten bei einer Diskussionsveranstaltung über die Bekämpfung der Korruption in Europa am Donnerstagabend im Haus der Europäischen Union in Wien einig.

Als Erfolg wertete Martin Kreutner, Direktor der "European Partners Against Corruption", dass es gelungen sei, das "Thema zu enttabuisieren". Vor zehn Jahren sei die Ansicht noch weit verbreitet gewesen, dass es Korruption in afrikanischen Ländern gebe, nicht jedoch in entwickelten Ländern wie den Mitgliedsländern der Europäischen Union. Herbert Bösch, ehemaliger Betrugsberichterstatte des Europäischen Parlaments, wertete den geschlossenen Rücktritt der Europäischen Kommission 1999 als großen Erfolg.

Damals waren die Französin Edith Cresson und ihr spanischer Kollege Manuel Marin im Mittelpunkt mehrerer Affären um mutmaßliche Günstlingswirtschaft gestanden, die der EU-Kommission unter dem luxemburgischen Kommissionspräsidenten Jacques Santer zum Verhängnis wurden.

Korruption sei "eine der Hauptursachen von Wohlstandsverlusten" und ein Anzeichen der "Ineffizienz staatlicher Strukturen", sagte Marc Fähndrich, Stellvertretender Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich. Korruption sei fast schon zum "Volkssport" geworden, die Bürger "verlieren Respekt vor dem Staat". In diesem Sinne müssten "Institutionen mit gutem Beispiel voran gehen", so Fähndrich unter Verweis auf OLAF, das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung.

Kreutner sprach sich für einen anderen Zugang zur Betrugsbekämpfung aus. Von der "reinen Strafverfolgung" sollte es in Richtung "Prävention" und "Bewusstseinsmachung" gehen, damit es gar nicht erst zum Betrug komme. Es sei ein Mitgrund der Finanzkrise, dass "ethische Werte korrumpiert" worden sind. Daher sei eine "ethische Diskussion" nötig, nicht nur eine rein strafrechtliche. Korruption sei mehr als nur ein Kavaliersdelikt, da sie die "Grundfeste des Staatsgefüges" in Frage stelle.

Bisher verabschiedete internationale Konventionen über den Kampf gegen Korruption erachtete Kreutner als sinnvoll, es mangle jedoch an deren Implementierung und Umsetzung in den einzelnen Ländern. Europäische Länder hätten eine "gewisse Sehnschwäche", wenn sie selbst von Korruption betroffen sind. Dies sei unbegründet, denn in höher entwickelten Ländern gebe es "höher entwickelte Formen von Korruption".

Internationale Kooperation auf dem Feld der Betrugsbekämpfung sei sehr wirksam, da einzelne Länder dadurch unter Zugzwang kämen, ebenfalls ihre "Hausaufgaben" zu machen, so Kreutner. Nicholas Ilett, Amtsführender Generaldirektor des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung, sah in der Finanzkrise und Griechenlands aktueller Situation eine "traurige Angelegenheit", aus der Europa jedoch lernen könne.

KURIER

12.06.2010

Politik

Seite 5

EU-Betrugsbekämpfung

Erfolgreich gegen kriminelle Netzwerke

Zigaretten-Schmuggler oder Zollbetrüger haben es nicht mehr so leicht: OLAF -Beamte lassen sie immer öfter auffliegen.

VON MARGARETHA KOPEINIG

Die Männer mit den schwarzen Springerstiefeln haben die Liegesitze abmontiert, die Innenverkleidung heruntergeschraubt, den teuren Wagen komplett auseinandergenommen. Ziel der Suche sind gefälschte oder Billig-Zigaretten. Die Zollner an der polnisch-ukrainischen Grenze sind fündig geworden: 100 Stangen brachte die Aktion, unterstützt wurde sie von Fahndern der EU-Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF.

Millionen Zigaretten kommen jährlich illegal in die EU, rund 20 Prozent aller in der EU gerauchten Zigaretten werden nicht versteuert. Der Schaden ist enorm: Der finanzielle Verlust durch Zigaretten schmuggel für die EU und die Mitgliedsstaaten beträgt etwa zehn Milliarden Euro im Jahr.

Knoblauch Der geschäftsführende Generaldirektor von OLAF, der Brit Nicholas Ilett, kennt noch viele andere erfolgreiche Beispiele von OLAF-Einsätzen. Regelmäßig werden Frachtschiffe aus China, beladen mit Knoblauch oder Billig-T-Shirts, aufgebracht. Die Waren sind falsch deklariert, die Händler wollen sich durch diesen Betrug Zölle ersparen.

OLAF ermittelt auch in Mitgliedsländern, in Büros von Regierungsbeamten oder Pro-



„In Bulgarien, in Rumänien, aber auch in Griechenland ist OLAF die bekannteste EU-Institution.“

Nicholas Ilett Generaldirektor von OLAF

jektträgern, wo nicht selten EU-Geld in dunklen Kanälen versickert. Derzeit wird in Sofia prominenten Unternehmern der Prozess gemacht, weil sie die EU um 7,6 Millionen Euro Förderungen schröpften. OLAF hob das kriminelle Netzwerk aus, an dem 60 Firmen aus Bulgarien, Deutschland und der Schweiz beteiligt waren.

„In den vergangenen Jahren haben wir 300 Personen vor nationale Gerichte gebracht, die Verurteilungen machen insgesamt 875 Jahre Gefängnis aus“, sagt Ilett. Derzeit arbeitet OLAF an 400 Fällen, 500 Hinweise werden ausgewertet, weiß der EU-Spitzenbeam-

te. Er war auf Einladung der *Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik* und *Transparency International* bei einem Vortrag im Europäischen Haus in Wien.

Das aktuelle Jahresbudget von OLAF beläuft sich auf rund 58 Millionen Euro. Dafür bringen die Ermittler Jahr für Jahr drei- bis viermal so viel an unrechtmäßig abgezweigten EU-Summen wieder in den Topf der Gemeinschaft, wissen Insider. Allein 2008 waren es rund 150 Millionen Euro.

Im Gespräch mit dem KURIER betonte Generaldirektor Ilett, dass „bei der Hilfe an Drittstaaten, bei Subventionen im Sozialbereich, etwa bei Ausbildungskursen, oder im Forschungsbereich das Risiko für Betrugsanfälligkeit „etwas größer“ ist als bei Agrar- oder Regionalförderungen. Falsche Angaben, etwa über die Zahl von Kühen, Schafen



Effizient: Die Fahndungsmethoden der OLAF-Beamten sind so gut, dass sie international nachgeahmt werden

oder Olivenbäumen, für die es EU-Gelder gibt, geben zurück. „Das kann man leichter kontrollieren als den Einsatz von Forschungs- oder Ausbildungsmitteln der EU.“

Die Betrugsbehörde OLAF arbeitet mittlerweile so effizient, dass ihre Methoden sogar von großen internationalen Organisationen wie UNO oder Weltbank ebenso nachgeahmt werden wie von multinationalen Unternehmen. „OLAF hat einen ausgezeichneten Ruf

und setzt Benchmarks“, konstatieren Vertreter von *Transparency International*.

Generaldirektor Ilett freut dieses Lob, und es spornet ihn zugleich an: „Wir sind noch keine Staatsanwaltschaft, sondern geben unsere Berichte nur an die nationalen Behörden weiter. Der Vertrag von Lissabon ermöglicht aber die Einführung eines europäischen Staatsanwaltes.“ OLAF will künftig höher hinaus und seine Rolle aufwerten.

Betrugsbehörde: Geschichte und Aufgaben des EU-Amtes

OLAF (Office Européen de Lutte Anti-Fraude) muss Betrug, Korruption und alle rechtswidrigen Handlungen, durch welche finanzielle Interessen der EU geschädigt werden, bekämpfen. OLAF unterstützt auch die Arbeit nationaler Behörden

Mitarbeiter Rund 500 spezialisierte Beamte.

Gründung OLAF wurde 1999 unter dem Eindruck einer Serie von Korruptionsaffären in der EU-Kommission (alle Kommissare traten damals zurück) auf Druck des EU-Parlaments eingerichtet.



11.06.2010

Kampf gegen die Korruption

Nationalen Eitelkeiten als Hindernis

Die Europäische Union hat der Korruption den Kampf angesagt. Was das für Österreich bedeutet, haben Experten der Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF, der EU-Kommission und der Organisation Transparency International in Wien diskutiert.

Verdachtsmomente mit Folgen

Die Bekämpfung von Korruption auf europäischer Ebene ist ein relativ junges Thema. Wer in den letzten 15 Jahren damit befasst war, hat automatisch die Weichen mitgestellt. Einer von ihnen ist Herbert Bösch (SPÖ), der im Europäischen Parlament ständiger Berichterstatter für Betrugsbekämpfung war und durch seine Arbeit als parlamentarischer Haushaltskontrolleur einst den Rücktritt der gesamten Kommission erreichte. Zur Erinnerung: Die Französin Edith Cresson und ihr spanischer Kollege Manuel Marin standen damals im Mittelpunkt mehrerer Affären um mutmaßliche Günstlingswirtschaft, dem damaligen Kommissions-Präsidenten Jacques Santer wurde dies zum Verhängnis. Rückblickend mein Herbert Bösch, dass es eine sehr spannende Zeit gewesen sei, die im Frühjahr 1999 mit dem - erstmaligen - Rücktritt einer europäischen Regierung einen Höhepunkt erreicht habe. Innerhalb von wenigen Monaten sei dann das Amt zur Korruptionsbekämpfung auf die Beine gestellt worden.

OLAF, das im Juni 1999 geschaffenen Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung, ist eine Dienststelle der EU-Kommission, die der politischen Verantwortung des für den Gemeinschaftshaushalt zuständigen Kommissionsmitglieds untersteht und in Bezug auf seine operative Tätigkeit unabhängig ist.

Frage des Respekts

Korruption sei kein Kavaliersdelikt, sondern stelle vielmehr die Grundfeste des Staats- und Gesellschaftsgefüges in Frage. Und so brauche es einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz und Diskurs, darüber waren sich die Diskutanten Donnerstagabend einig.

Allein in Österreich würden geschätzte 26 Milliarden Euro pro Jahr - das sind fast zehn Prozent des Bruttonationalprodukts - in irgendwelchen geheimen Kassen versickern. Auch wenn das im Vergleich zu etwa einer Billion Euro, die pro Jahr weltweit an Bestechungsgeld im Umlauf sind, eher Peanuts sind, sei das bei weitem kein Grund, sich zurückzulehnen.

Vorschriften, Regelungen und Empfehlungen zum Thema Korruptionsbekämpfung gäbe es genug - einzig mit mehr Leben sollten sie ausgestattet werden. Und die Mitgliedstaaten müssten wohl ein Stück weit ihre nationalen Eitelkeiten in den Griff bekommen - nur so könne man effizient und vernetzt arbeiten und auch verhindern, dass die Bürger irgendwann den Respekt vor ihrem Staat verlieren.

OTS0268 5 II 0362 NSK0004 WI

Do, 24.Jun 2010

SPÖ/Schieder/Wirtschaft/Europa/International

Schieder bei Vranitzky-Kolloquium: Europa muss aktivere Rolle in multipolarer Welt übernehmen

Utl.: "Europas Stärke ist der Zusammenhalt" =

Wien (OTS/SK) - "Angesichts der globalen Veränderungen der letzten 16 Jahre seit der Unterzeichnung des EU-Beitrittsvertrags Österreichs am 24. Juni 1994 in Korfu ist Europa gefordert eine aktivere Rolle in der multipolaren Welt zu übernehmen", erklärte Finanzstaatssekretär Andreas Schieder beim Vranitzky-Kolloquium zum Thema "Europa in der multipolaren Welt" am Donnerstag. Genau 16 Jahre nach der Unterzeichnung zeigen Zahlen deutlich, dass sich die Zustimmung in den drei damals beigetretenen Ländern (neben Österreich noch Finnland und Schweden) kaum verändert habe. "Nur etwa ein Fünftel hat ein negatives Bild von der Europäischen Union", zitierte Schieder. Die Herausforderungen an Europa seien vielschichtig. "Wir müssen aber gerade in Folge der Krise zeigen, dass das europäische Sozialmodell des Ausgleichs ein Zukunftsmodell ist. Dafür muss aber auch die Union Verbesserungen vornehmen." ****

Auch Ex-Kommissionspräsident Romano Prodi habe in dieser Woche darauf verwiesen, dass die EU "geschlossener auftreten" müsse und auf "nachhaltigeres Wachstum" setzen müsse. "Die Union ist Beobachter, nicht Akteur auf der internationalen Bühne", das sei die bittere Erkenntnis Prodis, so Schieder. Dies gelte es zu ändern, denn die Europäische Union müsse sich klarer und deutlicher in unterschiedlichen Fragen, die durch die multipolare Welt und die Globalisierung entstanden seien, positionieren.

"Der internationale Wettbewerb macht es unabdingbar, dass Europa seine Stärken stärkt und in Bildung, Forschung und Entwicklung und Infrastruktur investiert." Ebenso gelte es die negativen Folgen der Globalisierung wie Sozial- und Lohndumping zu bekämpfen. "Ein stärkerer Internationalismus erfordert vom politischen Personal, dass entsprechende Qualifikationen aufgebaut und eingebracht werden."

Die Schulden mit denen sich die Staaten der Welt nun konfrontiert sehen, seien die Resultate der Krise, führte der Staatssekretär aus. "Wer sagt, die Schulden sind die Ursache der Krise, der vernebelt damit die große Frage nach der Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte. Jaques Delors hat gesagt, es braucht eine Rückgewinnung von einem Teil jener Souveränität, die durch die Globalisierung verloren ging. Europas Stärke ist der Zusammenhalt, wir sind jene

Region der Welt, mit dem größten gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und diesen Vorteil müssen wir auch in einer multipolaren Welt einbringen", so Schieder. (Schluss) rb/mp

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien
Tel.: 01/53427-275
<http://www.spoe.at/impressum>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/195/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0268 2010-06-24/15:31

241531 Jun 10

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100624_OT0268



13.7.2010

Der ungarische Außenminister in Wien



In seinen Einführungsworten hob der neue ungarische Außenminister, Dr. János Martonyi bei der ersten Pressekonferenz seit seinem Amtsantritt in Wien hervor, dass er auch dieses Mal eine konstruktive Auffassung und Freundschaft auf österreichischer Seite erfuhr. Er informierte gemeinsam mit seinem österreichischen Amtskollegen, Michael Spindelegger die Vertreter der Presse über die bilateralen Verhandlungen. Der Gast bedankte sich dafür, dass er gebeten wurde, als Gastredner bei der diesjährigen österreichischen Botschafterkonferenz aufzutreten. Er kündigte an, dass beide Länder vorhätten, nächstes Jahr eine gemeinsame Botschafterkonferenz zu organisieren, was bisher als beispiellos gilt. Er unterstrich, dass auch diese geplante Veranstaltung beweise, in welchem Ausmaß beide Länder den Zentral-Europäischen Gedanken verkörpern.

Außenminister Martonyi erklärte, dass Ungarn und Österreich im Sinne der Sparsamkeit und Erweiterung der Zusammenarbeit weitere Möglichkeiten untersuchen, gemeinsame diplomatische Vertretungen zu etablieren.

Die Donau-Strategie betreffend bekräftigte er, dass es im Sinne Ungarns ist, wenn die Europäische Union dieses umfassende Entwicklungsprogramm bereits in der 1. Hälfte nächsten Jahres, also während der ungarischen EU-Präsidentschaft annehmen würde.

Im Zusammenhang mit dem West-Balkan betonte er, dass beide Staaten befürworten, dass die Länder dieser Region sich mit der Zeit vollkommen in das europäische Integrationssystem einfügen.

Bezüglich der Meinungsverschiedenheiten zwischen Österreich und Ungarn deutete er darauf hin, dass diese keineswegs das bilaterale Grundverhältnis berühren, jedoch wäre es wichtig, wenn die Österreichische Regierung klarmachen würde, dass die in Vorbereitung befindliche Müllverbrennungsanlage in Heiligenkreuz weder lokalen oder sonstigen Interessen diene.

Auf Fragen wiederholte Dr. Martonyi, dass es ein Fehler war, seitens der ungarischen Regierung niemanden zu dem Göttweiger Forum zu delegieren, obwohl er persönlich keine Einladung erhalten hätte. Er versprach, das nächste Mal auf jeden Fall an der Konferenz teilzunehmen, da es dort immer um wesentliche Themen gehe.

Über die doppelte Staatsbürgerschaft sprechend schloss er erneut aus, diese massenweise an die Mitglieder der ungarischen Minderheiten in den benachbarten Ländern zu erteilen. Wie erwähnt, werde nur die Möglichkeit geschaffen, die Einbürgerung auf individueller Basis

ersuchen zu können, sollte der/die Betroffene den sonstigen Auflagen entsprechen. Nichtsdestoweniger ist es aber von Belang, dass jenes diskriminative Element aus dem ungarischen Rechtssystem entfernt wurde, wonach jeder der im Ausland lebenden Ungarn relativ leicht die ungarische Staatsbürgerschaft erlangen könne, mit Ausnahme jener, die zu den ungarischen Minderheiten jenseits der Grenzen des Mutterlandes gehören.

Der Minister wies darauf hin, dass Ungarn einen komplexen Dialog über alle strittigen Themen mit der neuen slowakischen Führung in die Wege leiten wolle, und zwar um schnellmöglich zu einem positiven Ergebnis kommen zu können.



Im Laufe der eintägigen Reise stattete Dr. János Martonyi einen Höflichkeitsbesuch beim österreichischen Staatspräsidenten, Heinz Fischer ab, begegnete den Vertretern der ungarischen Minderheit in Österreich, führte ein kurzes Gespräch mit Herrn. Wolfgang Schüssel, dem Vorstand der Österreichischen Außenpolitischen und UNO Gesellschaft. Der letztere trat mit Botschafter István Horváth zusammen als Gastgeber auf, als der Minister in den Räumlichkeiten der ungarischen Diplomatischen Vertretung in Anwesenheit von einem etwa 300 köpfigen Publikum einen Vortrag über die mittel-europäische Politik Ungarns hielt. Zur Vorbereitung dieser Veranstaltung trugen auch die Diplomatische Akademie, die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik sowie das Institut für Donauraum und Mittel-Europa bei.

Quelle:

http://mfa.gov.hu/kulkepvisolet/AT/Deutsch/de_aktuelles/martonyi_janos_becsben_20100716.htm?printable=true

Europa: Start einer Diskussionsreihe

EU: Reden wir drüber

ÖGB und ÖGfE starten Europadialog zu aktuellen Themen der EU.



Das Europäische Parlament trifft Entscheidungen, die sich auf uns alle auswirken – werden diese Entscheidungen beeinflusst?

Der ÖGB und seine Gewerkschaften starten im Herbst 2010 gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) eine Veranstaltungsreihe zu aktuellen europapolitischen Themen. „Europapolitik ist bereits Tagesgeschäft des ÖGB und prägt zunehmend auch den Berufsalltag von ArbeitnehmerInnen in Österreich.

Kritisch über Europa reden

Wir wollen allen Interessierten eine Plattform bieten, kritisch über europapolitische Themen zu diskutieren“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar. Wer trifft in der EU die Entscheidungen, wie stehen die Gewerkschaften dazu, und wie können Arbeit-

nehmerInnen sich gezielt einbringen – diese und weitere Fragen stehen im Mittelpunkt der Diskussionsreihe.

Wer zieht die Fäden

Startschuss des „Europadialogs“ ist eine Diskussion zum Thema Lobbying, die am 16. November 2010 im Bürohaus Catamaran in Wien stattfindet. „Wer zieht die Fäden?“ ist gerade im Lichte der Finanzkrise eine berechtigte Frage. Auf den Finanzmärkten ist dringender Regulierungsbedarf nötig, dennoch scheinen in Brüssel die Räder still zu stehen. Verstärkter Unmut über den Einfluss der Finanzmarktlobby auf europäische Entscheidungsträger macht sich breit. Im ersten

„Europadialog“ geht es daher darum, wie die EU-Parlamentsmitglieder damit umgehen, welchen Gegenpol es gibt, oder wie es dem Europäischen Wirtschaftsausschuss (EWSA) gelingt, die Interessenvertretung im Sinne der Zivilgesellschaft voranzutreiben. Dazu wird die designierte Vizepräsidentin des EWSA, Anna Maria Darmanin mit weiteren ExpertInnen diskutieren.

Lobbying in der EU:

„Wer zieht die Fäden?“
16. November 2010,
18.00 Uhr,
ÖGB, Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien (U2 Donaumarina)
Die Veranstaltung ist für alle Interessierten offen.



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

infobox

INFO: ÖGfE

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein auf sozialpartnerschaftlicher Basis. Sie informiert über europäische Integration und steht für einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Weitere Infos: www.oegfe.at
E-Mail: europa@oegfe.at

Den Menschen Hoffnung geben

Europadialog von ÖGB und ÖGfE zu Lobbying in der EU

Quelle: www.oegb.at

Die Wirtschaftskrise hat deutlich gezeigt, dass die Regulierung des Finanzmarktes dringend nötig ist. Immer öfter entsteht aber der Eindruck, dass die Finanzmarktlobby das ständig verhindert. Beim ersten ÖGB-Europadialog, der in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik organisiert wird, wurde daher zum Thema "Lobbying in der EU - wer zieht die Fäden?" diskutiert. Anna Maria Darmanin, Vizepräsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), Evelyn Regner, Abgeordnete zum Europäischen Parlament (SPÖ), Alexandra Strickner, attac Austria, und Marianne Kager, ehemalige Chefökonomin der Bank Austria, beleuchteten das Thema Lobbying von verschiedenen Seiten.

Lobbying im Graubereich

Zur Begrüßung ging ÖGB-Präsident Erich Foglar auf die Idee des "Europadialogs" ein. "Europapolitik gehört heute zum Tagesgeschäft, wir wollen europäische Themen aufgreifen und gemeinsam diskutieren. Wir wollen darüber reden, wer Entscheidungen trifft und wie wir uns als ArbeitnehmerInnen einbringen können. Europa darf nicht nur alle fünf Jahre kurz vor der Wahl Thema sein." Zum Thema des ersten Europadialogs, zum Lobbying, kritisierte der ÖGB-Präsident die Intransparenz und das Ungleichgewicht. "Lobbying passiert vielfach in Graubereichen, wie verschiedene Expertengruppen zusammengesetzt werden, ist oft völlig unklar." Gewerkschaften und NGOs, die in gewissem Sinn auch Lobbyisten sind, kämpfen auf ungleichem Feld, denn vor allem finanzstarke Institutionen bestimmen den Ton. Foglar: "Wir brauchen mehr strukturierten Einfluss und der soziale Dialog muss gestärkt werden. Wir werden außerdem den Binnenmarktkommissar Barrier beim Wort nehmen, der gesagt hat, er will mehr VertreterInnen von Gewerkschaften und von der Zivilgesellschaft im Kreis seiner Berater."

Gemeinsame Positionen machen stark

Anna Maria Darmanin, seit Ende Oktober Vizepräsidentin des EWSA, stellte die Frage in Raum, wie man sich Lobbying zunutze machen kann. "Lobbying ist ein Teil des demokratischen Prozesses, selbst wenn 95 Prozent von wirtschaftlichen Interessen bestimmt ist. Aber der EWSA ist ja im Grunde auch eine Gruppe von Interessen, er setzt sich zu je einem Drittel aus ArbeitnehmerInnen, aus Unternehmen und aus anderen Interessensgruppen u. a. aus den Bereichen Umwelt, Konsumentenschutz oder Landwirtschaft zusammen." Darmanin sah in dieser Zusammensetzung die große Stärke des EWSA; der die europäischen Institutionen in wichtigen Fragen berät: "Es ist nicht immer leicht, sich in diesen drei Interessensgruppen zu einigen, aber die Stärke des EWSA ist, dass am Ende ein Konsens steht, den alle tragen." Als Beispiel nannte Darmanin die Finanzmarktregulierung: "Der EWSA einigte sich auf eine Position, wir wollen die Finanztransaktionssteuer und wir wollen Regeln für die Finanzmärkte. Gerade in Zeiten des Schuldenabbaus in allen Ländern ist eine gemeinsame starke Position wichtig."

Transparenz und Demokratie wichtig

Die EU-Abgeordnete Evelyn Regner sprach über ihre persönlichen Erfahrungen mit Lobbyisten seit sie Mitglied des Europäischen Parlaments ist: "Im Zuge der Finanzmarktregulierung wurde ich von Lobbyisten aus der Finanzwelt kontaktiert, das hat mich überrascht, denn in meinem Lebenslauf ist meine gewerkschaftliche Herkunft kein Geheimnis. Interessant sind auch die Argumente, die sie vorbringen, um strenge Regeln für die Finanzmärkte zu verhindern", berichtete Regner. "Sie erklären mir, dass strenge Finanzmarktregeln Arbeitsplätze gefährden, und das kann ich als Gewerkschafterin doch nicht wollen." Die Europaabgeordneten wollen sehr wohl Inputs von Lobbyisten, sagte Regner. "Wichtig ist aber Transparenz, dass man weiß wer wessen Interessen vertritt, und dass es demokratisch zugeht. Daher ist es auch so wichtig, nicht nur zu wissen was in Brüssel passiert, sondern was die Akteure auf nationaler Ebene, in den Mitgliedsstaaten, machen."

Drehtürproblem

Alexandra Strickner von Attac Österreich sprach das "Drehtürproblem" an: "Es gibt eine enge Verflechtung von Kommissaren, sobald sie ihre Funktionen beenden, und Lobbyismus. Die ehemalige Kommissarin Ferrero-Waldner ist nun für einen Versicherungskonzern tätig. Die Alter-EU Kampagne hat aufgezeigt, wie groß und vernetzt die Finanzmarktlobby ist, und gegen diejenigen, die für Unternehmen Lobbying machen sind Organisationen wie Attac oder auch der ÖGB klein." Strickner fordert daher, dass das Lobbying-Register, das es seit einigen Jahren gibt, verbindlich sein muss, denn bis jetzt könne man sich freiwillig eintragen. "Und es muss auch auf nationaler Ebene klar sein, wer wofür Lobbyist ist."

Lobbying im Dunkeln

Marianne Kager, die ehemals Chefökonomin der Bank Austria war, sagte Lobbying sein nicht generell gut oder schlecht, "die Frage ist wie es abläuft und welche Interessen dahinter stecken. Die Unternehmensverbände sind genau so Lobbyisten wie NGOs oder auch Anwaltsbüros." Auch Kager kritisierte, dass Lobbying auf nationaler Ebene noch mehr im Dunkeln läge als auf Europäischer Ebene.

In ihrem Schlusswort mahnte die EWSA-Vizepräsidentin Darmanin die Verantwortung der Zivilgesellschaft für den Umbau Europas ein: "Viele Menschen haben gerade jetzt Angst um ihre Jobs und um ihre soziale Sicherheit. Die Aufgabe der Zivilgesellschaft - unsere Aufgabe - ist es jetzt mehr denn je, den Menschen in Europa wieder Hoffnung zu geben."



DIE -ZEITSCHRIFT FÜR DIE ARBEITSWELT 929 • Dezember 2010

Solidarität



Dezember 2010

EU & International

Seite 11

Europa-Dialog: ÖGB und ÖGfE machen Europa zum Thema

„Hoffnung geben“

Lobbying in der EU – wer sind die Guten, wer die Bösen?

Die Krise hat gezeigt, dass die Finanzmärkte dringend viel strenger geregelt werden müssen. Immer öfter entsteht aber der Eindruck, dass die Politik zu ohnmächtig ist, und dass die Finanzmarktlobby so großen Einfluss hat, das ständig zu verhindern.

Mehr als Kreuzerl machen

„Europapolitik gehört zum Tagesgeschäft“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar. „Europa darf nicht nur alle fünf Jahre kurz vor der Wahl Thema sein.“ Zum Thema Lobbying kritisierte der ÖGB-Präsident die Intransparenz und das Ungleichgewicht. „Lobbying passiert vielfach in Graubereichen, wie verschiedene Expertengruppen zusammengesetzt werden, ist oft völlig unklar.“ Gewerkschaften, die in gewissem Sinn auch Lobbyisten sind, kämpfen auf ungleichem

Feld, denn vor allem finanzstarke Institutionen bestimmen den Ton. Foglar: „Wir brauchen mehr strukturierten Einfluss und der soziale Dialog muss gestärkt werden.“

Lobbying nutzen

Anna Maria Darmanin, seit Oktober Vizepräsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), sprach dafür, sich Lobbying zunutze zu machen. „Lobbying ist ein Teil des demokratischen Prozesses, selbst wenn 95 Prozent von wirtschaftlichen Interessen bestimmt sind. Der EWSA ist im Grunde auch eine Gruppe von Interessen, er setzt sich zu je einem Drittel aus ArbeitnehmerInnen, aus Unternehmen und aus anderen Interessengruppen u. a. aus den Bereichen Umwelt, Konsumentenschutz oder Landwirtschaft zusam-



Anna Maria Darmanin und Evelyn Regner

men. Es ist nicht immer leicht, sich zu einigen, aber die Stärke des EWSA ist, dass am Ende ein Konsens steht, den alle tragen.“

Jobs nicht gefährden

Die EU-Abgeordnete Evelyn Regner sprach über ihre persönlichen Erfahrungen mit Lobbyisten seit sie EU-Abge-

ordnete ist: „Interessant sind die Argumente, die Finanzmarktlobbyisten vorbringen, um strenge Regeln für die Finanzmärkte zu verhindern“, berichtete Regner. „Strenge Finanzmarktregeln gefährden Arbeitsplätze, erklären sie, und das kann ich als Gewerkschafterin doch nicht wollen.“

FORMAT

26.11.2010

Banken & Versicherungen

Seite 56

event

Jubiläum im Zeichen Vranitzkys

Für manche ist es das verfluchte siebte Jahr, für die Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (WIWIPOL) hingegen ein Grund zum Feiern: Das „Vranitzky-Kolloquium“ zelebrierte am Donnerstag dieser Woche seinen siebten Geburtstag. Eröffnet wurde die Veranstaltung, die in der OeNB stattfand, standesgemäß von deren oberstem Mann, Ewald Nowotny. Anschließend konnte Hauptsprecher Andreas Schieder, SPÖ-Staatssekretär für Finanzen, sein geballtes



Finanzsekretär Andreas Schieder redete über die Ära Vranitzky.

Wirtschaftswissen ebenso wie seine historische Beschlagenheit zum Besten geben, schließlich lautete das Jubiläumsthema des Kolloquiums „Wirtschafts- und Europapolitik in der Ära Vranitzky und heute“. Damals wie heute stand eine gewaltige Budgetkonsolidierung an; damals wurde der EU-Beitritt eingeleitet, heute stellt sich die Frage, wie die EU-Institutionen die Krise meistern. Spannungsgeladene Themen, die IV-Wien-Präsident Georg Kapsch, OeNB-Vize Max Kothbauer mit der Moderatorin, der „Kurier“-Journalistin Martina Salomon, vor Hunderten geladenen Gästen diskutierten.

WIENER ZEITUNG

ÖSTERREICHISCHE TAGESZEITUNG SEIT 1703

26.11.2010

Wirtschaft

Seite 27

Neuer Schirmherr für Vranitzky-Kolloquium

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder übernahm am Donnerstag die Schirmherrschaft über das Vranitzky-Kolloquium, eine vierteljährliche Diskussionsreihe, welche der SPÖ-nahe Verein Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (Wiwipol) organisiert. ■



Andreas Schieder leitet Vranitzky-Kolloquium. Foto: apa

EU, Finanzen

Vranitzky gegen Krisengerede

"Unberufene sollen schweigen"



In der Diskussion über Finanzhilfe für schwächelnde EU-Mitglieder ruft Altbundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) zu einer sachlichen Diskussion auf. Nur verantwortliche und kompetente Stimmen sollten sich zu Wort melden, so Vranitzky am Rande einer Veranstaltung in Wien.

© Pfarrhofer, APA

Die Lage sei ernst, aber sie werde nicht besser, indem sich "Unberufene ununterbrochen zu Wort melden", so der Alt-Bundeskanzler.

Unberufene sollen schweigen

Vranitzky ruft dazu auf, dass sich "nicht alle fünf Minuten irgendwo in der EU jemand zu Wort meldet und irgendeiner Währung, irgendeinem Staat etwas Fürchterliches prophezeit." Denn das seien "nicht alle wirklich berufene Leute". Sein Appell: "Lasst die Leute reden, die verantwortlich sind, die davon etwas verstehen. Das ist der EZB-Präsident, das sind die Finanzminister, das ist (der Vorsitzende der Euro-Gruppe) Jean-Claude Juncker, und sonst schon niemand. Die anderen sollen sich zurückhalten." Die Lage sei ernst, aber sie werde nicht besser, indem sich "Unberufene ununterbrochen zu Wort melden."

Finanzmärkte brauchen Kontrolle

Die Ursache der Misere, so Vranitzky: Die Finanzwirtschaft habe sich im vergangenen Jahrzehnt "verselbständigt" und eine dominierende Rolle über die Güterwirtschaft erlangt. Nun müsse man dagegen kämpfen, dass sich dieser Prozess noch weiter ausdehnt, und Regulative schaffen, um ein "Minimum an Kontrolle" über die Finanzmärkte zu erreichen.

Austritt keine Lösung

Der von manchen diskutierte Austritt aus der Eurozone wäre nach Ansicht Vranitzkys theoretisch möglich, "aber ich würde es nur niemandem empfehlen". Das wäre wie "ohne Schwimmreifen und Neoprenanzug in den kalten Ozean zu springen".

Franz Vranitzky, ehemaliger Bankenchef, Ex-SPÖ-Finanzminister und Bundeskanzler von 1996 bis 1997, hat den EU-Beitritt Österreichs und auch den Beitritt zur Euro-Zone mitverhandelt. Das "Vranitzky Kolloquium" hatte für diesen Donnerstag anlässlich seines siebenjährigen Bestehens zu einem Symposium unter dem Titel "Die Ära Vranitzky: Ihre Wirtschafts- und Europapolitik im Vergleich zu heute" geladen.

25.11.2010



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Meinungsforschung



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

PRESSESPIEGEL

15 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs – Eine Bilanz

**Hauptaussagen einer österreichweiten Umfrage
(Tel SWS 189, März 2010, N=752)**

***Mittwoch, 31. März 2010
Österreichische Gesellschaft für Europapolitik***

KURIER

01.04.2010

Titelblatt

Seite 1

EU-Umfrage Nur Kroaten sind noch willkommen

Seit 15 Jahren ist Österreich EU-Mitglied – eine Umfrage der Gesellschaft für Europapolitik zu diesem Anlass zeigt, dass 73 Prozent in der EU bleiben und nur 21 Prozent austreten wollen. Skeptisch ist die Mehrheit gegenüber der Aufnahme der Balkanländer, nur Kroatiens Beitritt wird begrüßt. Angst haben Österreicher vor der Grenzöffnung für Arbeitnehmer aus Osteuropa.

SEITE 4

KURIER

01.04.2010

Titelblatt

Seite 1

Flucht abgesagt

Auf manchen Leserbriefseiten wird täglich der Eindruck herbeiinszeniert, die Mehrheit der Österreicher fühle sich von der EU inhaftiert und würde lieber heute als morgen durch Austritt fliehen.

Die Realität sieht anders aus. Wie eine Umfrage ergab, befürworten 73 Prozent der Österreicher die Mitgliedschaft in der EU, nur 21 Prozent fordern den Austritt. Die Umfrage bildet aber auch die Sorgen ab: Kriminaltourismus, Transitverkehr, Arbeitsmarkt. Und 91 Prozent fordern eine fixe EU-Sendung im ORF.

Insgesamt ergibt das ein klares Bild: Gerade in Krisenzeiten wissen die meisten, dass es zur EU keine sinnvolle Alternative gibt. Sie wollen seriöse, regelmäßige Informationen (wie sie der KURIER täglich bietet) statt Panikmache oder Problembehübschung. Irgendwann wird sich auch in der Politik die Erkenntnis durchsetzen, dass die EU viel mehr ist als ein praktischer Allzweck-Sündenbock für eigenes Versagen.

- GUITAR

guido.tartarotti@kurier.at

KURIER

73 Prozent wollen in der EU bleiben

Die große Mehrheit der Österreicher sieht gerade in der Wirtschaftskrise die Zugehörigkeit zur EU positiv.

VON MARGARETHA KOPEINIG

Für die große Mehrheit der befragten Österreicher (73 %) ist die Zugehörigkeit zur EU nach 15 Jahren selbstverständlich. „Durch die Wirtschaftskrise ist der Wunsch, in der EU zu bleiben, noch gestiegen“, sagt Paul Schmidt, Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik. 48 % geben an, dass die „österreichische Identität“ durch den Beitritt nicht verloren gegangen ist, 2005 waren es nur 32 %.

gen: 83 % empfinden den Wegfall der Wartezeiten an den Grenzen „sehr positiv“, 75 % fürchten aber, dass die Kriminalität und die Verkehrsbelastung (67 %) durch offene Grenzen zunehmen.

Ablehnend betrachten die Österreicher neue EU-Beitritte – mit einer Ausnahme: 52 % begrüßen Kroatien als Mitglied. Die Aufnahme von Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Kosovo und Albanien wird mehrheitlich abgelehnt. „Die Österreicher wollen die bisherigen Integrationschritte konsolidieren bevor neue Mitglieder auf-



SCHMIDT, WILLIEM

Schmidt leitet die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik genommen werden“, erklärt Schmidt. Angst und Skepsis überwiegen bei den Befragten was das Ende der Übergangsfristen für den freien Personenverkehr 2011 angeht. Für Arbeitskräfte aus zehn neuen Mitgliedsländern sind die Übergangsfristen positiv auswirken; 70 % wollen ein regelmäßiges EU-Journal.

dem, die im Mai 2004 der EU beigetreten, darunter Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien, gehen ab diesem Zeitpunkt die Grenzkontrollen für immer auf. Insgesamt erwarten 76 % negative Auswirkungen. 67 Prozent gehen davon aus, dass dadurch das Problem der „illegalen Beschäftigung“ nicht gelöst wird. „Man sieht, dass die Übergangsfristen positiv auswirken; 70 % wollen ein regelmäßiges EU-Journal.“



Bilanz 15 Jahre EU-Mitgliedschaft



KURIER
Quelle: TNS/Opinion Socialwissenschaften/Standardforschung, Umfrage März 2010, 752 Befragte
Rund auf 100 %, keine Antwort

Heute

01.04.2010

Wirtschaft

Seite 6

Trotz der Krise in Griechenland und den Schwankungen, die der Euro in den vergangenen Jahren oft ausgesetzt war, haben die Österreicher immer mehr Ver-

Österreicher vertrauen der EU-Währung

trauen in die gemeinsame EU-Währung: Glaubten im Jänner 2004 nur 38 Prozent aller Österreicher an den Euro, so waren es im März 2010 bereits mehr als 50 Prozent, wie die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik veröffentlichte. Ein Grund für den plötzlichen Vertrauensbeweis könnte auch die Wirtschaftskrise sein: Länder, die keinen Euro eingeführt haben, hatten massive Schwierigkeiten.



KURIER

73 Prozent wollen in der EU bleiben

Hauptartikel Abstimmung Hintergrund

Umfrage: Die große Mehrheit der Österreicher sieht gerade in der Wirtschaftskrise die Zugehörigkeit zur EU positiv.



Die Österreicher sind mehrheitlich für die EU

Wartezeiten an den Grenzen "sehr positiv", 75 Prozent fürchten aber, dass die Kriminalität und die Verkehrsbelastung (67 Prozent) durch offene Grenzen zunehmen.

Ablehnend betrachten die Österreicher neue EU-Beitritte - mit einer Ausnahme: 52 Prozent begrüßen Kroatien als Mitglied. Die Aufnahme von Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Kosovo und Albanien wird mehrheitlich abgelehnt. "Die Österreicher wollen die bisherigen Integrationschritte konsolidieren bevor neue Mitglieder aufgenommen werden", erklärt Schmidt.

Befürchtungen

Angst und Skepsis überwiegen bei den Befragten was das Ende der Übergangsfristen für den freien Personenverkehr 2011 angeht. Für Arbeitskräfte aus zehn neuen Mitgliedsländern, die im Mai 2004 der EU beitraten, darunter Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien, gehen ab diesem Zeitpunkt die Grenzbalken für immer auf. Insgesamt erwarten 76 Prozent negative Auswirkungen. 67 Prozent gehen davon aus, dass dadurch das Problem der "illegalen Beschäftigung" nicht gelöst wird. "Man sieht, dass die Übergangsfristen positiv waren. Die neuen Mitglieder konnten wirtschaftlich aufholen, Österreich hatte Zeit für eine Qualitätsoffensive", analysiert Paul Schmidt. "Das Thema freier Personenverkehr muss aber von den Politikern und den Interessensvertretungen besser kommuniziert werden."

In der Umfrage wünschen 91 Prozent der Befragten, dass der ORF häufiger darstellt, wie sich EU-Entscheidungen auf Österreich auswirken; 70 Prozent wollen ein regelmäßiges EU-Journal.

kommentieren

BOOKMARK ☆ ... Für die große Mehrheit der befragten Österreicher (73 Prozent) ist die Zugehörigkeit zur EU nach 15 Jahren selbstverständlich. "Durch die Wirtschaftskrise ist der Wunsch, in der EU zu bleiben, noch gestiegen", sagt Paul Schmidt, Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

48 Prozent geben an, dass die "österreichische Identität" durch den Beitritt nicht verloren gegangen ist, 2005 waren es nur 32 Prozent. Ambivalent ist die Einstellung gegenüber Schengen: 83 Prozent empfinden den Wegfall der

Die Presse

02.04.2010

Europäische Union

Seite 6

UMFRAGE

Ein Fünftel der Österreicher für EU-Austritt

*Bilanz nach 15 Jahren
überwiegend positiv.*

WIEN (red.). 21 Prozent der Österreicher sind für einen Austritt aus der Europäischen Union. Dies ergab eine aktuelle Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft. 73 Prozent äußerten hingegen, Österreich solle EU-Mitglied bleiben.

Mit der Zeit scheinen die Österreicher ihren Frieden mit der Osterweiterung der Jahre 2004 und 2007 zu machen: 56 Prozent empfinden die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten sowie Zyperns und Maltas als „gute Entscheidung“, nur 19 Prozent sagen das Gegenteil. 2003 waren noch satte 40 Prozent gegen einen Beitritt Tschechiens und immerhin 21 Prozent gegen einen Beitritt Ungarns.

Nun soll aber nach dem Willen der Österreicher Schluss sein: Lediglich Kroatien ist als Neumitglied noch willkommen (52 Prozent Zustimmung), Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Mazedonien, Serbien, der Kosovo und Albanien (gereiht nach dem ansteigenden Ausmaß der Ablehnung) sind es nicht.

WIENER ZEITUNG

ÖSTERREICHISCHE TAGESZEITUNG SEIT 1703

03.04.2010

Christian Ortner
am Samstag

Seite 3

Lästig, impotent, aber ganz sympathisch

15 Jahre nach dem österreichischen EU-Beitritt ist die diesbezügliche Stimmung im Land eigentlich gar nicht so schlecht: 65 Prozent halten die damalige Entscheidung pro EU für richtig, nur 30 Prozent für falsch; 73 Prozent sind dafür, Mitglied zu bleiben, 21 Prozent dagegen; 58 Prozent meinen, dass die Vorteile der EU für Österreich die Nachteile überwiegen, so das Ergebnis einer Umfrage der "Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft" im März 2010.

Das ist zwar kein wirklich euphorischer Befund – aber gemessen daran, dass etwa die größte und einflussreichste Zeitung des Landes seit Jahren eine mehr als nur kritische Haltung gegenüber der EU einnimmt, sind das eigentlich überraschend günstige Werte. SPÖ, ÖVP, ORF und Kirche haben seit 1995 deutlich mehr an Zustimmung eingebüßt.

Leider muss man hinzufügen: Auch gemessen daran, wie die EU und ihre Institutionen den Bürgern manchmal entgegengetreten, sind diese Werte erstaunlich freundlich.

Denn auch aus durchaus wohlwollender Perspektive wird in den vergangenen Jahren ein grundlegender Konstruktionsfehler der EU immer besser sichtbar und spürbar. Einerseits hat sie viel zu viele Kompetenzen, die besser bei den Nationalstaaten geblieben wären – andererseits bräuchte sie dringend eine Reihe jener Kompetenzen, die nach wie vor bei den Nationalstaaten liegen und von diesen mit Zähnen und Klauen verteidigt werden. Gründete man die EU heute neu auf der grünen Wiese, wäre Brüssel vernünftigerweise primär für Außen- und Verteidigungspolitik zuständig, für die großen Linien der Währungs- und Wirtschaftspolitik oder etwa für die Energiepolitik gegenüber den Lieferländern. Eher nicht wäre die EU dagegen für die meisten jener Regulierungen im Alltagsleben zuständig, die viele mit Recht als Ärgernis empfinden. Mit einem Wort: Sie wäre in vieler Hinsicht das genaue Gegenteil der real existierenden EU, gleichzeitig stärker und schlanker; sie hätte weniger, aber dafür vitalere Kompetenzen als jetzt.

Dass die europäischen Institutionen aus historischen Gründen eben so gewachsen sind, wie sie sind, ändert am grundsätzlichen Konstruktionsfehler nichts. Der bewirkt, dass die EU den Bürgern gerade in Krisenzeiten als lästig und impotent erscheint, weil sie allzu oft ohne erkennbaren Regulierungsbedarf reguliert und angesichts echter Bedrohungen wie der Weltwirtschaftskrise meist eher ratlos in der Gegend herumsteht, ohne dem Einzelnen irgendeinen Nutzen zu vermitteln. Im Krisenfall wird Brüssel meist als irrelevant empfunden (dass dies von den Mitgliedstaaten natürlich genau so gewollt ist, dürfte dem durchschnittlichen Politik-Adressaten erstens nicht geläufig und zweitens eher egal sein).

Würde Europa heute von Staatsmännern gelenkt und nicht bloß von umfragegetriebenen Populisten aller Couleurs verwaltet, hätte der längst notwendige Totalumbau der EU zumindest eine gewisse Chance auf Verwirklichung. Vom real existierenden politischen Personal freilich ist dergleichen nicht einmal ansatzweise zu erwarten.

Salzburger Nachrichten

06.04.2010

Innenpolitik

Seite 2

Jeder Fünfte will EU-Austritt

15 Jahre nach dem EU-Beitritt halten zwei Drittel der Österreicher diesen Schritt für richtig. Die Krise lässt die Zustimmung wieder steigen.

In der Wirtschaftskrise steigt die Zustimmung zur EU, zum Euro und zur wirtschaftlichen Lösungskompetenz Europas. Dieser Trend bestätigte sich auch in der jüngsten Umfrage im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, die Bilanz über 15 Jahre Mitgliedschaft unseres Landes zur Europäischen Union zieht. Dafür befragte die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft im März 752 Bürger.

Generell halten zwei von drei Österreichern (65 Prozent) den Beitritt aus heutiger Sicht für richtig, etwa drei von vier (73 Prozent) finden, das Land solle in der EU bleiben. Je höher die Schulbildung, desto stärker (bis zu 90 Prozent bei Hochschulabsolventen) ist die Zustimmung.

Seit einiger Zeit steigt die Zustimmung der Landsleute bei den regelmäßigen Eurobarometer-Umfragen im Auftrag der EU-Kommission leicht an. Zuletzt erklärten im Herbst 2009 42 Prozent, die EU-Mitgliedschaft sei eine gute Sache. Da für das Eurobarometer Menschen ab 15 Jahren befragt werden, sind dabei inzwischen immer mehr Jugendliche erfasst, die sich an die Zeit vor dem EU-Beitritt gar nicht erinnern können. Die EU-Zustimmung liegt aber noch deutlich unter dem EU-Schnitt von 53 Prozent. Österreichs EU-Kommissar Johannes Hahn hat sich vorgenommen, diesen Wert auf mehr als 50 Prozent zu steigern.

Knapp ein Drittel (30 Prozent) beurteilt den EU-Beitritt im Nachhinein als falsch. Vor allem über 66-Jährige, Menschen mit niedrigerer Bildung und sozial Schwache sehen die Mitgliedschaft kritisch. Einen Austritt befürwortet insgesamt immerhin jeder Fünfte (21 Prozent), in manchen Gruppen aber bis zu einem Drittel. Die Möglichkeit zum Austritt wurde durch den Vertrag von Lissabon erstmals geschaffen.

Für 58 Prozent der Österreicher hat die EU-Mitgliedschaft dem Land Vorteile gebracht, ein Viertel sieht Nachteile. Aus persönlicher Sicht fällt das Urteil negativer aus. Nur 47 Prozent haben hier Vorteile erfahren, aber 21 Prozent Nachteile. Bei zwei Parametern ergaben sich auffällige Verbesserungen gegenüber früheren Umfragen: Heute ist jeder Zweite (48 Prozent) der Ansicht, dass die österreichische Eigenart durch die EU-Mitgliedschaft nicht verloren gegangen sei. „Das sind 16 Prozentpunkte mehr als noch im Jahr 2005“, erklärt Paul Schmidt, Geschäftsführer der Gesellschaft für Europapolitik. Auch das Vertrauen in den Euro stieg signifikant. Jetzt setzen 70 Prozent „großes Vertrauen“ in die Gemeinschaftswährung, vor fünf Jahren waren es nur 50 Prozent. Entsprechend sank der Anteil der Zweifler („geringes Vertrauen“) von 48 auf 29 Prozent. Dem Euro stehen die Österreicher übrigens generell positiver gegenüber als der EU-Schnitt (60 Prozent).

Salzburger Nachrichten

06.04.2010

Innenpolitik

Seite 2

Insgesamt positiv bewerten die Österreicher die Rolle der EU bei Wirtschaftswachstum, Friedenssicherung, Umweltpolitik und Kriminalitätsbekämpfung, negativ beim Einbremsen des Lkw-Transits. Im Nachhinein wich die Skepsis gegenüber der EU-Osterweiterung (sehen jetzt 56 Prozent positiv). Eine Mehrheit (52 Prozent) ist für den EU-Beitritt Kroatiens, ein Fünftel will das nicht.

15 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs

Hauptaussagen einer aktuellen Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik – Eine Bilanz

Wien (ögfe) - Im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hat die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS) im März 2010 bundesweit eine telefonische Umfrage durchgeführt. 752 ÖsterreicherInnen wurden befragt, welche Bilanz sie, 15 Jahre nach dem Beitritt unseres Landes zur Europäischen Union, ziehen. Weitere Themen unserer Umfrage waren die Einstellung zum Euro, zur EU-Erweiterung, Schengen, das Ende der Übergangsfristen für den Arbeitsmarkt sowie die EU-Berichterstattung im ORF.

Hohe Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise

73 % der befragten ÖsterreicherInnen sind der Meinung, dass unser Land Mitglied der EU bleiben soll. 21 % sprechen sich für einen Austritt aus der Union aus. 65 % der Befragten halten den Entschluss der ÖsterreicherInnen, der EU beizutreten, aus heutiger Sicht für richtig, 30 % halten diese Entscheidung für falsch.

Besonders ÖsterreicherInnen bis 25 Jahre ("bleiben": 82 %) sowie Befragte mit Matura oder Universitätsabschluss (79 % bzw. 90 %) sind EU-Fans. Kritisch wird die Mitgliedschaft hingegen von Personen ab 66 Jahre (für EU-Austritt: 27 %), von Befragten mit Berufs-, Handels- und Pflichtschulabschluss (für EU-Austritt: 34 %) sowie sozial Schwachen betrachtet.

Vorteile für Österreich aus der EU-Mitgliedschaft überwiegen

58 % der ÖsterreicherInnen sind der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft mehr Vorteile für unser Land mit sich gebracht hat. Für knapp ein Viertel (24 %) überwiegen hingegen die Nachteile.

Persönliche Bilanz der EU-Mitgliedschaft: Mehr Vor- als Nachteile 47 % der Befragten meinen, dass die EU-Mitgliedschaft für sie persönlich mehr Vorteile gebracht hat. Insgesamt 21 % haben mehr persönliche Nachteile durch die EU-Mitgliedschaft erfahren.

Österreichische Eigenart durch die EU-Mitgliedschaft nicht verloren gegangen

Dieser Meinung sind im März 2010 48 % der Befragten. Das sind 16 % mehr als noch im Jahr 2005.

Vertrauen in den Euro seit 2004 gewachsen

Insgesamt 70 % der Befragten haben großes Vertrauen in den Euro. Im Jahr 2004 lag der entsprechende Wert bei 50 %. Geringes Vertrauen haben 29 % der ÖsterreicherInnen (2004: 48 %).

Bilanz nach 15 Jahren EU-Mitgliedschaft

o POSITIV

71 % der Befragten geben an, dass die Europäische Union das Wirtschaftswachstum gefördert hat. 21 % sind gegenteiliger Ansicht.

Die Befragten wünschen sich mehrheitlich einen starken Beitrag der Europäischen Union zur Friedenssicherung in Europa. 66 % halten einen solchen Beitrag für "sehr wichtig." Der Beitrag der Europäischen Union zur Bekämpfung der Kriminalität und des internationalen Terrorismus wird von 56 % für "sehr wichtig" gehalten, der Beitrag zur Umweltpolitik von 52 %.

o AMBIVALENT

Was die Verbesserung des Konsumentenschutzes, die Bekämpfung der Kriminalität sowie die Stabilität der Preise betrifft, so sind die ÖsterreicherInnen geteilter Meinung: o 41 % sind der Ansicht, dass die EU den Konsumentenschutz verbessert hat. 40 % sind nicht dieser Ansicht.

o 45 % sagen, dass die EU dazu beigetragen hat, dass die Preise stabil bleiben. Ebenfalls 45 % sind nicht dieser Meinung.

o 45 % sagen, dass die EU zur Bekämpfung der Kriminalität beigetragen hat. 48 % verneinen dies.

o NEGATIV

Reduzierung des Transits:

o 80 % meinen, dass die EU keinen Beitrag hierzu geleistet hat. Nur 12 % sehen einen solchen Beitrag.

Hebung der Sicherheit der Kernkraftwerke bei unseren Nachbarn

o 62 % vermissen einen Beitrag der EU zur AKW-Sicherheit. Nur 21 % erkennen einen solchen Beitrag.

EU-Erweiterung

o BILANZ

Die ÖsterreicherInnen bewerten den EU-Beitritt unserer Nachbarn Slowenien, Ungarn, Tschechien und der Slowakei rückblickend mehrheitlich positiv. 56 % empfinden die Aufnahme unserer Nachbarn als "gute Entscheidung", 19 % sind gegenteiliger Ansicht. Zum Vergleich: Im Juli 2003 wurde der Beitritt Tschechiens noch von 40 % der Befragten abgelehnt, bei der Slowakei lag die Ablehnung bei 38 %. Der Beitritt Sloweniens wurde zu 25 %, jener von Ungarn zu 21 % abgelehnt.

o AUSBLICK

Neuen Erweiterungsschritten in Südosteuropa wird dagegen eher mit Skepsis begegnet. Einzig ein kroatischer EU-Beitritt würde mehrheitlich begrüßt werden ("begrüßen": 52 % / "ablehnen": 21 %). Eine EU-Mitgliedschaft Bosnien-Herzegowinas wird von 29 % begrüßt, von 44 % abgelehnt. Ähnlich ist die Einstellung zum Beitritt von Montenegro (28 % "begrüßen", 45 % "ablehnen").

Die Mitgliedschaft von Mazedonien und Serbien wird von rund 24 % bzw. 25 % begrüßt, aber von rund 50 % bzw. 52 % abgelehnt. Auf die geringste Zustimmung stößt der Beitrittswunsch des Kosovo und von Albanien - dieser wird von 20 % bzw. 19 % begrüßt, jedoch von 57 % bzw. 59 % abgelehnt.

Schengen: Ein positiver Schritt, aber die Ängste überwiegen

62 % der Befragten sehen den Abbau der Grenzen in Folge des Schengener Abkommens als Schritt in Richtung eines zusammenwachsenden Europas. Und auch die Vorteile, dass die Wartezeiten an den Grenzen entfallen, werden von einer überwiegenden Mehrheit wahrgenommen (83 %).

Allerdings herrschen bei einer großen Mehrheit der Befragten Ängste bzgl. zunehmender Kriminalität und Verkehrsbelastung. 75 % fürchten, dass die Kriminalität durch die offenen Grenzen ansteigt, 67 % meinen, dass die Verkehrsbelastung zunimmt. Lediglich 20 % bzw. 26 % der Befragten hegen hinsichtlich der genannten Punkte explizit keine Befürchtungen.

Öffnung der Arbeitsmärkte 2011 - Zuzug von Arbeitskräften erwartet

76 % der Befragten rechnen damit, dass die Öffnung der Arbeitsmärkte 2011 für Arbeitnehmer aus den im Jahr 2004 beigetretenen Ländern Auswirkungen auf Österreich haben wird. Nur 17 % sind gegenteiliger Ansicht.

62 % erwarten einen verstärkten Zuzug von Arbeitnehmern ("kein verstärkter Zuzug": 31 %). 64 % fürchten, dass einzelne Branchen in Österreich gefährdet sein könnten ("keine Gefährdung": 28 %).

Mehrheitlich (53 %) wird allerdings auch angenommen, dass durch die Öffnung des Arbeitsmarkts die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften in manchen Branchen befriedigt werden könnte ("nicht der Fall": 38 %). Nur eine Minderheit (24 %) rechnet jedoch damit, dass hierdurch auch das Problem der illegalen Beschäftigung gelöst werden könnte ("nicht der Fall": 67 %).

EU-Berichterstattung im ORF gewünscht:

- o 91 % möchten, dass der ORF häufiger darstellt, wie sich EU-Entscheidungen auf Österreich auswirken
- o 70 % möchten, dass der ORF öfter Diskussionen über die EU sendet
- o 70 % möchten, dass der ORF ein regelmäßiges EU-Journal ausstrahlt

06.04.2010

Mehrheit sieht in EU-Mitgliedschaft positive Aspekte

Die Österreicherinnen und Österreicher stehen der EU mehrheitlich positiv gegenüber und sehen mehr Vor- als Nachteile in der Mitgliedschaft. Auch das Vertrauen in den Euro ist seit der Einführung zunehmend größer geworden. Das ist das Ergebnis einer Umfrage, die von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik in Auftrag gegeben worden ist.

Demnach halten 65 Prozent der Befragten den Entschluss der EU beizutreten aus heutiger Sicht für richtig. 73 Prozent meinen, dass unser Land Mitglied der EU bleiben soll. Besondere EU-Fans sind die Jungen mit Matura oder Universitätsabschluss bis 25. EU-kritisch sind vor allem Menschen ab 66 Jahre und jene mit geringerem Ausbildungsniveau sowie sozial Schwache.

58 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sind der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile gebracht hat. 48 Prozent der Befragten haben auch das Gefühl, dass die österreichische Eigenart durch die EU-Mitgliedschaft erhalten geblieben ist. Das sind 16 Prozent mehr als im Jahr 2005.

Auch das Vertrauen in den Euro ist seit 2004 gewachsen. Während damals das Vertrauen bei 50 Prozent lag, haben im März 2010 immerhin 70 Prozent der Befragten großes und nur 29 Prozent geringes Vertrauen in den Euro.

Positiv gesehen wird von 71 Prozent der Befragten die Förderung des Wirtschaftswachstums durch die Europäische Union. 66 Prozent halten einen starken Beitrag der Europäischen Union zur Friedenssicherung in Europa, 56 Prozent den Beitrag zur Bekämpfung der Kriminalität und des internationalen Terrorismus und 52 Prozent den Beitrag zur Umweltpolitik für sehr wichtig.

56 Prozent empfinden die Aufnahme unserer Nachbarländer Slowenien, Ungarn, Tschechien und der Slowakei rückblickend als "gute Entscheidung". Auch den Beitritt Kroatiens würde eine Mehrheit von 52 Prozent begrüßen, während man einer Erweiterung um Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien, Serbien, den Kosovo und Albanien eher skeptisch gegenüber steht.

Als Schritt in Richtung eines enger zusammenwachsenden Europas sehen 62 Prozent der Befragten den Abbau der Grenzen in Folge des Schengener Abkommens. Gleichzeitig hat die Mehrheit der Befragten aber Angst vor zunehmender Kriminalität und Verkehrsbelastung und wünschen sich mehr Engagement durch die EU: So empfinden 80 Prozent der Befragten die Maßnahmen zur Reduzierung des Transits als zu gering, 62 Prozent vermissen einen Beitrag zur Sicherheit von Kernkraftwerken.

06.04.2010

62 Prozent der Befragten rechnen damit, dass die Öffnung der Arbeitsmärkte im Jahr 2011 für Arbeitnehmer aus den 2004 beigetretenen Ländern einen verstärkten Zuzug von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bringen wird. 64 Prozent fürchten, dass damit einzelne Branchen in Österreich gefährdet sein könnten. Allerdings glauben auch 53 Prozent, dass mit dieser Öffnung die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften in manchen Branchen befriedigt werden könnte.

Wünsche haben die Österreicherinnen und Österreicher in Bezug auf die EU auch an den ORF: 70 Prozent wollen ein regelmäßiges EU-Journal sowie häufigere Diskussionen über die EU und 91 Prozent möchten, dass der ORF häufiger darstellt, wie sich EU-Entscheidungen auf Österreich auswirken.

Die Umfrage wurde, als Bilanz nach 15 Jahren EU-Mitgliedschaft, von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft bundesweit im März 2010 per Telefon durchgeführt. 752 Österreicherinnen und Österreicher sind dafür Rede und Antwort gestanden.

EU TOP THEMA



Wir stehen Unternehmen zur Seite

ÖSTERREICHS EU-BEITRITT AUSWIRKUNGEN AUF DIE HEIMISCHE WIRTSCHAFT



INHALT:

Wegfall der Zollkontrollen und Wartezeiten.....	2
Aussenhandel	4
Direktinvestitionen	7
Wifo: Österreichischer „Integrationsbonus“ ist überdurchschnittlich	12
Teilnahme an Forschungsprojekten	13
Bildungsprogramme	14
Regionalförderung	17
Inflationsrate	19
Arbeitsproduktivität - Arbeitskosten	19
Österreichs Nettozahlungen	20
Die Entwicklung der Österreichischen Nettozahlungen	21
15 Jahre Mitgliedschaft - Wie sehen es die ÖsterreicherInnen?.....	22
Zusammenfassung	22
Quellenverzeichnis	23

aktualisiert Juni 2010

Impressum:

Wirtschaftskammer Österreich,
1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63

T: 05 90 900-4315

W: <http://wko.at/eu> | E: eu@wko.at

Stabsabteilung EU-Koordination

Für den Inhalt verantwortlich: MMag. Christian Mandl

Autor(en): Mag. Karl-Heinz Wanker,

Mag. Micaela Kleedorfer

Redaktion: EU-Öffentlichkeitsarbeit

© 2009 Wirtschaftskammer Österreich

Inhalt nach bestem Gewissen aber ohne Gewähr

15 JAHRE MITGLIEDSCHAFT - WIE SEHEN ES DIE ÖSTERREICHERINNEN?

Im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hat die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft im März 2010 eine bundesweite Umfrage durchgeführt: 752 ÖsterreicherInnen wurden befragt, welche Bilanz sie, 15 Jahre nach dem Beitritt unseres Landes zur Europäischen Union, ziehen. 73 % der Befragten sind der Meinung, dass Österreich Mitglied der EU bleiben soll. 21 % sprechen sich für einen Austritt aus der Union aus. 65 % der Befragten halten den Entschluss der der EU beizutreten, aus heutiger Sicht für richtig, 30 % halten diese Entscheidung für falsch.

Besonders ÖsterreicherInnen bis 25 Jahre („bleiben“: 82 %) sowie Befragte mit Matura oder Universitätsabschluss (79 % bzw. 90 %) sind EU-Fans. Kritisch wird die Mitgliedschaft hingegen von Personen ab 66 Jahre (für EU-Austritt: 27 %), von Befragten mit Berufs-, Handels- und Pflichtschulabschluss (für EU-Austritt: 34 %) sowie sozial Schwachen betrachtet.

58 % der Befragten sind der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft mehr Vorteile für unser Land mit sich gebracht hat. Für knapp ein Viertel (24 %) überwiegen hingegen die Nachteile.

Was die persönliche Bilanz der EU-Mitgliedschaft betrifft, so meinen 47 % der Befragten, dass die EU-Mitgliedschaft für sie persönlich mehr Vorteile gebracht hat und 21 % haben mehr persönliche Nachteile durch die EU-Mitgliedschaft erfahren.

48 % der Befragten sind der Ansicht, dass die österreichische Eigenart durch die EU-Mitgliedschaft nicht verloren gegangen ist. Das sind 16 % mehr als noch im Jahr 2005.

Insgesamt 70 % der Befragten haben großes Vertrauen in den Euro (im Jahr 2004 lag der entsprechende Wert bei 50 %) und 71 % der Befragten geben an, dass die Europäische Union das Wirtschaftswachstum gefördert hat. 21 % sind gegenteiliger Ansicht. Schließlich halten 66 % der Befragten einen starken Beitrag der Europäischen Union zur Friedenssicherung in Europa für sehr wichtig. Auch der Beitrag der Europäischen Union zur Bekämpfung der Kriminalität und des internationalen Terrorismus wird von 56 % für „sehr wichtig“ gehalten, der Beitrag zur Umweltpolitik von 52 %.

ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegenden Zahlen, Daten und Fakten belegen, dass die Vorteile der EU-Mitgliedschaft und der Wegfall von Beschränkungen zum Binnenmarkt von der heimischen Wirtschaft genützt wurden. Die Integration in den Binnenmarkt brachte für alle Branchen Vorteile - mit Ausnahme der klein strukturierten, und vor dem EU-Beitritt abgeschotteten Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie den Speditionen.

Der Maastricht-Vertrag und die damit beschlossene Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion legten Österreich und den anderen EU-Staaten Beschränkungen auf, die sich in einer notwendigen Budgetkonsolidierung und einer rückläufigen Staatsverschuldung äußerten. Durch die Einsparung bei öffentlichen Ausgaben, aber auch durch Steuererhöhungen wurden allerdings verringerte Konsumausgaben in Kauf genommen, die sich in einem relativ niedrigen Wirtschaftswachstum niederschlugen. Andere Länder leiteten aufgrund äußerer Umstände (z. B. Finnland aufgrund des Wegfalls des Handels mit der Sowjetunion nach 1989) diesen Konsolidierungsprozess bereits früher ein.

Österreich konnte im Vergleich mit den anderen EU-Mitgliedern in vielen Bereichen Terrain gewinnen (Arbeitskosten, Lohnstückkosten, Exportentwicklung, Standortattraktivität etc.). Die durch den EU-Beitritt bewirkten Liberalisierungen und Privatisierungen ermöglichten auch Rangverbesserungen in internationalen Rankings (z. B. Economic Freedom of the World des Fraser Institute - Österreich verbesserte sich von Rang 28

15 Jahre Beitritt Österreichs

Was hat uns die EU gebracht?

Der Europatag am 9. Mai gibt Österreich die Chance, Bilanz über eineinhalb Jahrzehnte EU-Mitgliedschaft zu ziehen.

Die Krise um die Staatsfinanzen Griechenlands hat die Debatte neu entfacht: Was haben die 27 Mitgliedsstaaten von der Europäischen Union? Sind mit der EU-Mitgliedschaft nur Verpflichtungen verbunden – oder auch Vorteile?

Der Europatag am kommenden Wochenende, dem 9. Mai, gibt gerade Österreich besondere Gelegenheit, eine Zwischenbilanz zu ziehen: Seit 15 Jahren ist Österreich Mitglied der Europäischen Union. Sind wir nur Nettozahler – oder auch Profiteur der EU-Gemeinschaft?

Geht es nach den Wirtschaftsexperten, dann hat Österreich in den vergangenen 15 Jahren große Vorteile aus dem EU-Beitritt gezogen:

15 Jahre EU-Mitgliedschaft brachten Österreich einen realen Wachstumsimpuls von jährlich 0,6 Prozentpunkten des BIP pro Kopf. Dies ermöglichte die Schaffung von 14.000 neuen Arbeitsplätzen pro Jahr.

Kritik Den wirtschaftlichen Vorteilen steht ein kritisches Verhältnis der Österreicher zur Europäischen Union gegenüber: Bei der Volksabstimmung am 12. Juni 1994 stimmten zwar noch 66,6 Prozent der österreichischen Wählerinnen und Wähler für den EU-Beitritt. Doch laut jüngster Eurobarometer-Umfrage beträgt die Zustimmung zur EU nur 42 Prozent – im EU-Durchschnitt sind es 53 Prozent.



Die Zukunft Europas: Die Jugend sieht Österreichs Verhältnis zur Europäischen Union positiv – zahlreiche Aktionen zum Europatag 2010 sollen diesen Trend unterstützen

Allerdings: Geht es um die Frage Mitgliedschaft oder Austritt aus der EU, dann geben die Daten ein anderes Bild: Laut einer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) sieht die große Mehrheit der Österreicher die Zugehörigkeit zur EU gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise positiv. Für 73 Prozent ist die Zugehörigkeit zur EU selbstverständlich. „Durch die Wirtschaftskrise ist der Wunsch, in der EU zu bleiben, noch gestiegen“, analysiert ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt.

Was die Umfragewerte be-

Europatag: EU feiert 60. Geburtstag

Zeitgeschichte Die Europäische Union feiert jährlich am 9. Mai den Europatag. Sie gedenkt damit der Geburtsstunde der EU.

Gründervater Mit dem Europatag wird das Andenken an den Politiker geehrt, der vor 60 Jahren den entscheidenden Schritt

zur europäischen Integration setzte: Der damalige französische Außenminister Robert Schuman präsentierte am 9. Mai 1950 seine Vision eines Zusammenwachsens Europas. Ausgangspunkt war die Gründung der Europäische Behörde für Kohle und Stahl, der späteren Montanunion.

trifft, konnte Österreich auch den letzten Platz im EU-Ranking abgeben: Mittlerweile liegt Österreich, was die Beliebtheit der EU im ei-

genen Land betrifft, schon vor Tschechen, Letten, Ungarn und Briten an fünftletzter Stelle.

Der Stimmung in der Be-

völkerung steht die Bewertung durch die österreichischen Politik gegenüber. „Ein historisches Datum, das auf eine Stufe mit der Staatsgründung 1918 und dem Staatsvertrag 1955 steht“: So hatte der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union am 1. Jänner 1995 euphorisch beschrieben.

Entwicklung Seit diesem „historischen Datum“ hat sich für Österreich tatsächlich viel getan: Neben dem Wegfall der Zollkontrollen, dem Zugang zu den Märkten der

EU-Mitgliedstaaten und der Öffnung der Grenzen mit dem 1997 umgesetzten Schengen-Abkommen stellte die Einführung der neuen Gemeinschaftswährung Euro für die Österreicher die einschneidendste Veränderung ihres Alltags dar.

Mit der Osterweiterung im Mai 2004 vergrößerte sich außerdem die Europäische Union von 15 auf 25, im Jahr 2007 auf 27 Mitglieder.

In den 15 Jahren hat Österreich zwei Mal turnusmäßig für jeweils ein halbes Jahr den Ratsvorsitz der Europäischen Union geführt: 1998 und 2006.



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

PRESSESPIEGEL

ÖsterreicherInnen zeigen Solidarität mit Griechenland

**Hauptaussagen einer österreichweiten Umfrage
(Tel SWS 190, Mai 2010, N=559)**

***Freitag, 21. Mai 2010
Österreichische Gesellschaft für Europapolitik***

Heute

21.05.2010

Wirtschaft

Seite 6

Umfrage: Mehrheit ist für Finanzhilfe an Griechenland

Das Ergebnis überraschte sogar die Meinungsforscher: Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hat die heimische Bevölkerung zu Griechenlandhilfe, Euro-Rettungsschirm und EU-Mitgliedschaft befragt. Verblüffend: Die überwiegende Mehrheit (79 Prozent) ist für den weiteren Verbleib Österreichs in der EU.

Die Umfrage spiegelt die Behauptungen mancher Oppositionspolitiker so gar nicht wider: Laut dem Generalsekretär der Gesellschaft für Europapolitik, Paul Schmidt, zeigen zwei Drittel der heimischen Bevölkerung

erachten die Unterstützung als notwendig“, weiß Schmidt. Dennoch fordern im Gegenzug dazu 47 Prozent, dass Griechenland die Probleme selbst lösen solle.

Knapp 80 Prozent möchten weiterhin in der Union bleiben

Solidarität mit den Griechen. „Ebenso viele Befragte



Seit Ausbruch der Finanzkrise im September 2009 holt die ÖGfE regelmä-

ßig die Stimmung der Österreicher zu Euro & EU ein. „Vor wenigen Jahren zeigte nur die Hälfte der Befragten Vertrauen in die gemeinsame Währung“, sagt Schmidt zu „Heute“. Überrascht war er, als nach dem Euro-Rettungsschirm plötzlich 61 Prozent der Wäh-

rung ihr Vertrauen aussprachen. „Ein hohes Niveau“, zieht der Generalsekretär Bilanz.

Von Karin Strobl

Kritik gab es vonseiten der Befragten allerdings am Auftreten der politisch Verantwortlichen:

Vertrauen in den Euro liegt nun bei mehr als 60 Prozent

Sie wünschen sich laut Umfrage eine bessere Zusammenarbeit der EU-Länder.



Foto: ÖGfE

Schmidt: „Vertrauen in den Euro steigt“



21.05.2010

Österreicher vertrauen mehrheitlich in den Euro

61 Prozent mit großem Euro-Vertrauen

Die Österreicher vertrauen trotz Krise mehrheitlich in den Euro. 61 Prozent der Bevölkerung haben großes Vertrauen in die Gemeinschaftswährung, geringes Vertrauen haben lediglich 38 Prozent. Dies ergab eine Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) im Auftrag der österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE).

Die Mehrheit der Österreicher steht auch der Griechenland- Hilfe positiv gegenüber. Zwei Drittel (66 Prozent) der Befragten halten das Darlehen für gut, "weil Österreich damit als EU- Land seine Solidarität zeigt". 63 Prozent sehen die Hilfe als "notwendige Maßnahme", um den Euroraum insgesamt zu stützen. Fast die Hälfte, nämlich 47 Prozent der Befragten, meinen allerdings, dass Griechenland seine Probleme selber lösen sollte. 57 Prozent der Befragten halten die Beteiligung Österreichs am EU- Stabilitätspaket für Mitgliedstaaten, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, für richtig und meinen, man müsse in diesem Fall solidarisch sein.

Die Kooperation der EU- Länder zur Bewältigung der aktuellen Krise wird von den Österreichern eher zurückhaltend beurteilt. 22 Prozent halten sie für "sehr gut bzw. gut", ein Viertel bewerten sie mehr oder weniger negativ. Die Mehrheit oder 52 Prozent äußert sich unentschieden.

Keine Auswirkungen haben die aktuellen Entwicklungen auf die grundsätzliche Einstellung der Befragten zur Mitgliedschaft Österreichs in der EU. Weiterhin ist die überwiegende Mehrheit, nämlich 79 Prozent der Österreicher, für die EU- Mitgliedschaft. 72 Prozent der Befragten halten die Beitrittsentscheidung aus heutiger Sicht für richtig, 25 Prozent halten sie für falsch. Befragt wurden 559 Österreicherinnen und Österreicher per Telefon in der Zeit vom 12. bis 19. Mai 2010.

Österreicher vertrauen mehrheitlich in den Euro

21. Mai 2010 | 14:32 | wien | apa |

Die Österreicher vertrauen trotz Krise mehrheitlich in den Euro. 61 Prozent der Bevölkerung haben großes Vertrauen in die Gemeinschaftswährung, geringes Vertrauen haben lediglich 38 Prozent. Dies ergab eine Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) im Auftrag der österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE).

Die Mehrheit der Österreicher steht auch der Griechenland-Hilfe positiv gegenüber. Zwei Drittel (66 Prozent) der Befragten halten das Darlehen für gut, „weil Österreich damit als EU-Land seine Solidarität zeigt“. 63 Prozent sehen die Hilfe als „notwendige Maßnahme“, um den Euroraum insgesamt zu stützen. Fast die Hälfte, nämlich 47 Prozent der Befragten, meinen allerdings, dass Griechenland seine Probleme selber lösen sollte. 57 Prozent der Befragten halten die Beteiligung Österreichs am EU-Stabilitätspaket für Mitgliedstaaten, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, für richtig und meinen, man müsse in diesem Fall solidarisch sein.

Die Kooperation der EU-Länder zur Bewältigung der aktuellen Krise wird von den Österreichern eher zurückhaltend beurteilt. 22 Prozent halten sie für „sehr gut bzw. gut“, ein Viertel bewerten sie mehr oder weniger negativ. Die Mehrheit oder 52 Prozent äußert sich unentschieden.

Keine Auswirkungen haben die aktuellen Entwicklungen auf die grundsätzliche Einstellung der Befragten zur Mitgliedschaft Österreichs in der EU. Weiterhin ist die überwiegende Mehrheit, nämlich 79 Prozent der Österreicher, für die EU-Mitgliedschaft. 72 Prozent der Befragten halten die Beitrittsentscheidung aus heutiger Sicht für richtig, 25 Prozent halten sie für falsch. Befragt wurden 559 Österreicherinnen und Österreicher per Telefon in der Zeit vom 12. bis 19. Mai 2010.

© SN/SW

<http://www.salzburg.com/online/nachrichten/wirtschaft/Oesterreicher-vertrauen-mehrheitlich-in-den-Euro.html?article=eGMmOI8V5gekJzuebk2H6xJrmAnEDnGjwtxTmon&img=&text=&mode=&>

Österreicher vertrauen in den Euro

WIEN. Die Österreicher vertrauen trotz Krise mehrheitlich in den Euro: 61 Prozent der Bevölkerung haben großes Vertrauen in die Gemeinschaftswährung, geringes Vertrauen haben lediglich 38 Prozent.

Dies ergab eine Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) im Auftrag der österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Die Mehrheit der Österreicher steht auch der Griechenland-Hilfe positiv gegenüber: Zwei Drittel (66 Prozent) der Befragten halten das Darlehen für gut, "weil Österreich damit als EU-Land seine Solidarität zeigt". 63 Prozent sehen die Hilfe als "notwendige Maßnahme", um den Euroraum insgesamt zu stützen. Fast die Hälfte, nämlich 47 Prozent der Befragten, meinen allerdings, dass Griechenland seine Probleme selber lösen sollte.

Weiter für EU-Mitgliedschaft

57 Prozent der Befragten halten die Beteiligung Österreichs am EU-Stabilitätspaket für Mitgliedstaaten, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, für richtig und meinen, man müsse in diesem Fall solidarisch sein. Die Kooperation der EU-Länder zur Bewältigung der aktuellen Krise wird von den Österreichern eher zurückhaltend beurteilt: 22 Prozent halten sie für "sehr gut bzw. gut", ein Viertel bewerteten sie mehr oder weniger negativ. Die Mehrheit oder 52 Prozent äußert sich unentschieden.

Keine Auswirkungen haben die aktuellen Entwicklungen auf die grundsätzliche Einstellung der Befragten zur Mitgliedschaft Österreichs in der EU. Weiterhin ist die überwiegende Mehrheit, nämlich 79 Prozent der Österreicher, für die EU-Mitgliedschaft. 72 Prozent der Befragten halten die Beitrittsentscheidung aus heutiger Sicht für richtig, 25 Prozent halten sie für falsch. Befragt wurden 559 Österreicherinnen und Österreicher per Telefon in der Zeit vom 12. bis 19. Mai 2010.

<http://www.nachrichten.at/nachrichten/wirtschaft/art15,396989>

ÖGfE-Umfrage zur Griechenland-Hilfe

Eine Mehrheit der ÖsterreicherInnen hält es für richtig und notwendig, daß sich Österreich an der Finanzhilfe für Griechenland und an den EU-Stabilisierungsmaßnahmen beteiligt. Dies ergibt eine telefonische Meinungsumfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE).

Zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher (66 %) halten das Darlehen an Griechenland für gut, weil Österreich damit als EU-Land seine Solidarität zeigt. Fast ebenso viele Befragte (63 %) erachten diese Unterstützung außerdem als notwendige Maßnahme, um den Euroraum insgesamt zu stützen. Allerdings sind auch 47 % dafür, daß Griechenland seine Probleme selbst lösen sollte.

Zusammenarbeit der EU-Länder wird als »durchschnittlich« bezeichnet

Ebenfalls für notwendig hält eine Mehrheit der Befragten die Beteiligung Österreichs am EU-Stabilitätspaket für Mitgliedsstaaten, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind. 57 % meinen, Österreich müsse auch hier solidarisch sein.

Die Kooperation der EU-Länder zur Bewältigung der aktuellen Krise wird von den ÖsterreicherInnen eher zurückhaltend beurteilt. 22 % halten sie für „sehr gut bzw.

gut“, 25 % bewerten sie mehr oder weniger negativ. Die Mehrheit (52 %) äußert sich unentschieden.

Vertrauen in Euro bei rund 60 %

Das Vertrauen in den Euro ist auch weiterhin auf sehr hohem Niveau. Trotz aktueller Krise geben 61 % der ÖsterreicherInnen an, daß sie großes Vertrauen in den Euro haben. Geringes Vertrauen haben 38 % der Befragten. Die Krise hat deutlich gemacht, daß die Bevölkerung auch in schwierigen Zeiten ihrer Währung vertraut.

Keine Auswirkungen haben die aktuellen Entwicklungen auf die grundsätzliche Einstellung der Befragten zur Mitgliedschaft Österreichs in der EU. Weiterhin ist die überwiegende Mehrheit (79%) der ÖsterreicherInnen dafür, daß unser Land EU-Mitglied bleibt. 72 % der Befragten halten die Beitrittsentscheidung aus heutiger Sicht für richtig, 25 % halten sie für falsch.

Die Umfrage wurde von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik in der Zeit vom 12. bis 19. Mai 2010 bundesweit durchgeführt. Befragt wurden 559 Österreicherinnen und Österreicher per Telefon. ■

<http://www.oegfe.at>



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

PRESSESPiegel

Einstellung zur Einführung einer Transaktionssteuer

**Hauptaussagen einer österreichweiten Umfrage
(Tel SWS 186, Oktober/November 2009, N=1001)**

***Donnerstag, 27. Mai 2010
Österreichische Gesellschaft für Europapolitik***



02.02.2010

Greift uns der Staat tiefer in die Tasche? Auf Österreich rollt eine Steuererhöhung zu

Koalition will Banken & Spekulanten zur Kasse bitten
Wird Mehrwertsteuer & Mineralölsteuer noch höher?

Explodierende Sozialausgaben, schrumpfende Steuereinkünfte und ein milliardenstarkes Bankenrettungspaket - der Staat versinkt im Schuldensumpf. Für 2010 wird bereits mit einer Neuverschuldung von 4,7 Prozent gerechnet - klar, dass der Staat dieses Geld wieder irgendwo hereinholen muss. Bei Ideen für neue Steuern zeigt sich die Regierung wieder einmal einfallsreich - und nimmt uns alle ins Visier.

Zuallererst soll ein Wirtschaftszweig zur Kasse gebeten werden, dem viele die Schuld für die aktuelle Krise geben: Die Finanzwelt.

Für Finanzminister Pröll stellt "klar, dass die Banken mitzahlen und einen Beitrag zur Sanierung der Haushalte leisten werden müssen."

Bankensteuer und Spekulantensteuern werden auf nationaler wie internationaler Ebene längst eifrig debattiert - und die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass einige dieser Abgaben schon bald Wirklichkeit sind. Denn den Forderungen der SPÖ nach stärkerer Besteuerung des Finanzsektors schließen sich inzwischen immer größere Teile der ÖVP an. Ob Finanztransaktionssteuer, Börsenumsatzsteuer oder "Tobin Tax" - an höheren Abgaben für die Finanzwelt führt wohl kein Weg mehr vorbei.

Autofahrer zur Kasse gebeten?

Zur Konsolidierung des Budgets könnten die prognostizierten zwei Milliarden Euro, die der Finanzsektor beitragen müsste, alleine aber nicht ausreichen. Daher müssen sich nun auch Herr und Frau Österreicher auf höhere Belastungen einstellen. Wenig Freunde dürfte sich Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner mit der Forderung nach einer höheren Mineralölsteuer geschaffen haben. Eine Anhebung von rund 10 Cent pro Liter soll immerhin bis zu einer Milliarde Euro in die Staatskassen spülen. Der Autofahrerklub ARBÖ kontert postwendend: Eine Verteuerung des Sprits wäre ein "Verlustgeschäft", da sie Tanktouristen aus dem Ausland von weiteren Besuchen abhalten würde.

Wirklich zittern müssen Konsumenten indes vor einer Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Erhöhung um nur einen Prozentpunkt würde dem Staat bereits rund eine Mrd. Euro an Mehreinkünften bringen. Allerdings hat Kanzler Faymann derartige Steuererhöhung bisher klar abgelehnt. Kein Wunder, wenn man sich eine Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik ansieht: Einer höheren Mehrwertsteuer können nur zwei Prozent der Österreicher etwas abgewinnen.

NEWS

Ausgabe 21/10

INTRO - Politik

Seite 9

TRANSAKTIONSSTEUER: 73 Prozent dafür

Über die Transaktionssteuer wurde in den vergangenen Wochen viel spekuliert. Eine NEWS vorliegende Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik zeigt nun, was die Österreicher wirklich wollen, um die Staatsschulden abzubauen. So sprachen sich 73 Prozent der Befragten für eine Transaktionssteuer aus. 55 Prozent finden an einer Vermögenssteuer Gefallen. Auf breite Ablehnung der 1.000 befragten Österreicher stoßen hingegen eine Mehrwertsteuer-Erhöhung (81% dagegen), höhere Steuern auf Geldvermögen und eine Kürzung der Staatsausgaben.



JA ZUR TRANSAKTIONSSTEUER und nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer sagen die Österreicher.



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

PRESSESPIEGEL

**EU-Erweiterung:
Ja zum Beitritt Kroatiens und Islands – Nein zum
Beitritt der Türkei – Geteiltes Meinungsbild zu
Mazedonien (FYROM)**

**Hauptaussagen einer österreichweiten Umfrage
(Tel SWS 192, September 2010, N=1004)**

***Montag, 8. November 2010
Österreichische Gesellschaft für Europapolitik***

KURIER

12.10.2010 Politik

EU-Beitritte: Kroatien ja, Türkei nein

Umfrage – Österreicher haben klare Präferenz für neue Mitglieder

Ein eindeutiges Ja der Österreicherinnen und Österreicher gibt es für den EU-Beitritt Kroatiens und auch Islands. 68 Prozent der Befragten begrüßen die Mitgliedschaft Kroatiens, nur 18 Prozent sind dagegen. Das geht aus einer aktuellen Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik hervor, die dem KURIER vorliegt.

„Kroatien hat bei uns ein positives Image, auch weil es ein beliebtes Urlaubsland ist. Zudem hat sich die Regierung stets aktiv für den Beitritt Kroatiens eingesetzt und die Bevölkerung auch darüber informiert“, erklärt Paul Schmidt, Generalsekretär der



„Positives Image“: Schmidt

Gesellschaft für Europapolitik, die Präferenz der Österreicher für das Quasi-Nachbarland Kroatien.

Endspurt Die Verhandlungen der EU mit der Regierung in Kroatien befinden sich im Endspurt. Mit zwei Kapiteln gibt es Probleme: Wettbewerb und Justiz. Im Rahmen des Wettbewerbskapitels geht es um die Privatisierung von sechs Werften. Bei einem Verkauf oder auch bei einem Konkurs werden Tausende Arbeitslose befürchtet. Im Justizbereich fordert die EU ein rigoroseres Vorgehen gegen Korruption.

Mit einem Abschluss der Beitrittsverhandlungen wird im Frühjahr 2011 gerechnet. Danach muss der Beitrittsvertrag vom EU-Parlament und allen 27 nationalen Parlamenten ratifiziert werden. Mit der Mitgliedschaft ist Ende 2012 oder Anfang 2013 zu rechnen.

Negativ ist die Einstellung der Österreicher zur Türkei: 69 Prozent der Befragten lehnen den Beitritt ab, nur 17 Prozent würden eine Mitgliedschaft befürworten.

„Was die Türkei angeht, fehlt es an fundierter und umfassender Information der Öffentlichkeit“, erläutert Schmidt.

„Das große Wirtschaftspotenzial der Türkei, auch für unsere Unternehmen, wird in der Bevölkerung nicht gesehen, weil es auch medial nicht oder unzureichend vermittelt wird.“ Dazu komme, dass die Türkei als Sündenbock für alles herhalten müsse, was mit Migration und



Rot-weiß-rot steht auf das kroatische Rot-Weiß. Die Österreicher wollen die Balkan-Republik in der EU sehen

Sympathie der Österreicher für EU-Beitrittskandidaten

in Prozent*

	Dafür	Dagegen
Türkei	17	69
Mazedonien	39	37
Island	62	21
Kroatien	68	18

*Rest auf 100 %; Keine Angabe: KURIER Grafik, Salomon / Quelle: SWS, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, 1004 Befragte, September 2010

Positiv ist die Einstellung der Österreicher zu Island. Die Insel hat hohe soziale Standards, ist seit 1994 Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes und gehört seit 2009 zur Schengen-Zone. Für die Österreicher ist Island weit weg und stellt mit seinen 300.000 Einwohnern kein Problem dar.

Gleichgültig Geteilt ist das Meinungsbild über Mazedonien. 39 Prozent sprechen sich für den Beitritt des seit 1991 unabhängigen Balkan-Staates aus, 37 Prozent sind dagegen. Die indifferente Haltung der Österreicher gegenüber Mazedonien hängt damit zusammen, dass das Land bei uns wenig bekannt ist. Offiziell ist Mazedonien seit 1995 Beitrittskandidat, Verhandlungen werden aber noch keine geführt. Der Grund: Im Namensstreit mit Griechenland gibt es bis heute keine Einigung.

– Margaretha Kopeinig

Verhandlungen: Der Weg zum Ziel

33 Kapitel muss jeder Beitrittskandidat mit der EU verhandeln. Schwinge Kapitel sind Wettbewerb, Inneres und Justiz sowie Finanzen.

Kroatien hat alle Kapitel eröffnet, abgeschlossen sind derzeit 22. Der Rest wird noch verhandelt.

Harte Brocken sind die Privatisierung der Werften sowie die Modernisierung der Justiz.

Türkei hat erst 13 Kapitel geöffnet; eines ist abgeschlossen. Etlliche Kapitel sind blockiert, weil die Türkei Zypern als EU-Mitglied nicht anerkennt.

nicht gelungener Integration in Verbindung gebracht wird, analysiert der Generalsekretär.

Heute

08.11.2010

Politik

Jugend vehement gegen den EU-Beitritt der Türkei

Ja zu Kroatien, nein zur Türkei – das ist in Kurzform die Stimmung unter den österreichischen Jugendlichen, was die Erweiterung der Europäischen Union angeht. Die „Gesellschaft für Europapolitik“ befragte die jüngsten und ältesten Wähler. Ergebnis: Grundsätzlich sind die Jungen neuen EU-Mitgliedern gegenüber aufgeschlossener.

Das Votum ist eindeutig: 54 Prozent der Befragten unter 25 Jahren sind dagegen, dass das islamische Land am Bosphorus Teil der EU wird, nur 23 Prozent sind dafür. Noch klarer die Ablehnung bei den Wählern ab 66 Jahren: In dieser Altersgruppe sind gleich 79 % (!) dagegen,

dass die Türken der Union beitreten. Nur 12 % würden eine derartige Maßnahme befürworten. Konträr das Bild bei einem

Von Peter Lattinger

anderen beliebten Urlaubsland der Österreicher: Bei den Jungen wollen 67 %, dass Kroatien

näher an Europa heranrückt, bei den Älteren sind es immerhin noch 60 %.

Dass die EU den Pleite-Staat im Norden, Island, aufnimmt, kommt sowohl bei den Jungen (61 % sind dafür) als auch bei den Älteren (59 %) gut an. Gespaltenheit herrscht bei der Frage nach einer Aufnahme der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien: Befragte bis 25 Jahre sind zu 44 Prozent für einen EU-Beitritt, in der Gruppe „66 plus“ sind 42 % dagegen.

Die Presse

09.11.2010

24 Stunden

Seite 28

Türkei in EU unerwünscht

Umfrage. 69 % der Österreicher sind gegen einen Beitritt der Türkei zur EU, 68 % befürworteten aber einen Beitritt Kroatiens, 62 % einen Islands. Das geht aus einer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik hervor.

Umfrage: Österreicher wollen Kroatien und Island in EU - Türkei nicht

Utl.: Jüngere sehen Erweiterung der Union positiver als die ältere Generation =

Wien (APA) - Kroatien und Island sind den Österreicherinnen und Österreichern in der EU willkommen, die Türkei hingegen nicht. Das geht aus einer am Montag veröffentlichten Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hervor. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei stößt zurzeit mit 69 Prozent auf klare Ablehnung. Nur 17 Prozent würden eine solche begrüßen. 68 Prozent der Befragten befürworteten hingegen einen EU-Beitritt Kroatiens, nur 18 Prozent waren dagegen. Bei Island lag die Zustimmung bei 62 Prozent. "Nein" sagten 21 Prozent.

Laut Aussendung der ÖGfE vom Montag wurden 1.004 Personen im September 2010 befragt. Anlass war der Umstand, dass am morgigen Dienstag in Brüssel die diesjährigen Fortschrittsberichte präsentiert werden, in denen jene Länder bewertet werden, die sich um die Mitgliedschaft in der EU bemühen. Zurzeit haben Kroatien, die Türkei, Mazedonien (FYROM) und Island den Status von Kandidatenländern.

Besonderes Augenmerk wurde bei der Umfrage laut ÖGfE darauf gelegt, wie die jüngsten und die ältesten Befragten dem Thema "EU-Erweiterung" gegenüberstehen. Die Enquete zeigte, dass junge Österreicherinnen und Österreicher (bis 25 Jahre) der Erweiterung der Europäischen Union deutlich positiver gegenüberstehen als Seniorinnen und Senioren ab 66 Jahre.

Kroatien steht in Österreich ganz oben im Ranking der beliebtesten neuen EU-Mitglieder. Verglichen mit früheren ÖGfE-Umfragen konnte einzig Ungarn in der Frage der Beitrittsakzeptanz ähnlich hohe Zustimmungswerte erzielen. Quer durch alle Befragungsgruppen ist eine Mehrheit für den kroatischen EU-Beitritt.

Befragte bis 25 Jahre waren zu 67 Prozent für den EU-Beitritt Kroatiens, Teilnehmer ab 66 Jahre zu 60 Prozent. Während jedoch nur 10 Prozent der jüngsten Befragten explizit gegen Kroatiens EU-Beitritt Stellung bezogen, taten dies 27 Prozent in der "Generation 66 plus".

Auch Island würde von einer Mehrheit der Befragten in der EU willkommen geheißen. Bei den jüngsten Befragten sind 61 Prozent dafür, lediglich acht Prozent sprechen sich explizit dagegen aus. Befragte ab 66 Jahre waren in einem fast ebenso hohen Ausmaß für die Aufnahme dieses Landes in die EU (59 Prozent), das Ausmaß der Ablehnung war allerdings deutlich höher (27 Prozent).

Ein ganz anderes Bild ergab sich bei der Türkei: In keiner Befragungsgruppe sprach sich eine Mehrheit für einen EU-Beitritt aus. Befragte bis 25 Jahre waren dazu aber positiver eingestellt als Personen ab 66: So plädierten 23 Prozent der Jüngsten für eine türkische EU-Mitgliedschaft - 54 Prozent sprachen sich dagegen aus. Die über 66-Jährigen sind in dieser Frage deutlich skeptischer: Nur 12 Prozent würden einen türkischen EU-Beitritt begrüßen, 79 Prozent lehnten einen solchen in der Umfrage ab.

Ein geteiltes Meinungsbild gab es zu Mazedonien (FYROM): 39 Prozent der Befragten sprachen sich für den Beitritt der seit 1991 unabhängigen, früheren jugoslawischen Teilrepublik aus, 37 Prozent waren dagegen. Befragte bis 25 Jahre waren zu 44 Prozent für den EU-Beitritt Mazedoniens und zu 21 Prozent dagegen. Ältere Befragte ab 66 begrüßten zu 37 Prozent die Aufnahme Mazedoniens in die EU, 42 Prozent lehnten sie jedoch ab.

(Schluss) ed/mp

APA0220 2010-11-08/11:48

081148 Nov 10

DER STANDARD

09.11.2010

International

Seite 3

Kroatien auf dem besten Weg in die EU

Die EU-Kommission legt ihren Erweiterungsbericht vor: Kroatien sei „in der Endphase“ der Verhandlungen um den Beitritt. Island kann voll loslegen, Montenegro wird eingeladen. Das Sorgenkind bleibt weiter die Türkei.

Thomas Moyer

Brüssel/Wien – Der Erweiterungsprozess der Union habe vor allem in Ländern des Balkan bemerkenswerte Fortschritte erfahren. Insbesondere gelte dies für die Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit oder der Verwaltung, bei der Bekämpfung der Kriminalität oder in der Aussöhnung zwischen ehemals verfeindeten Staaten.

Es zeige sich, dass die EU-Strategie, im Zuge von Verhandlungen eine Annäherung der Kandidaten an die politischen und wirtschaftlichen Standards der Union zu erreichen, nach wie vor Wirkung zeige, heißt es im „Fort-schrittsbericht 2010/11“, den die EU-Kommission heute, Dienstag, in Brüssel präsentiert.

Am sichtbarsten wird das bei Kroatien: Das Land, das 2005 mit Verhandlungen um eine EU-Mitgliedschaft begonnen hatte, sei nun „in der Endphase“ der Gespräche. 22 von 33 Verhandlungskapiteln sind abgeschlossen. Noch 2011 könnte das für den gesamten Prozess gelten. Realistischerweise könnte Kroatien – nach dem nötigen Ratifizierungsprozess in den EU-Staaten – spätestens Anfang 2013 EU-Mitglied sein.

Die Kommission betont, dass sich auch am Beispiel der Visafreiheit zeigen lasse, welche Anstrengungen die Balkanländer unternahmen. Im vergangenen Jahr wurde sie Serbien, Montenegro und Mazedonien erteilt. In wenigen Wochen werden Menschen aus Bosnien-Herzegowina und Albanien visafrei in die Union einreisen können, wie die EU-Innenminister am Montag beschlossen.

Dennoch: In praktisch allen Kandidatenländern gäbe es nach wie vor große Defizite im Bereich der Grundrechte, bei der Meinungs- und Pressefreiheit ebenso wie der Gleichberechtigung der



Der seit 1974 gesperrte Flughafen von Nikosia als Symbol der Entfremdung zwischen EU und der Türkei: Nach wie vor bleibt das besetzte Nordzypern politischer Stolperstein im Beitrittsprozess. Foto: dapd

Frauen. Mit Montenegro, so will es die Kommission, sollen als nächstem Kandidatenland konkrete Beitrittsgespräche beginnen.

Defizite in der Türkei

Das Sorgenkind bleibt die Türkei. Der Bericht vermerkt, dass das

Land eine Reihe von Verfassungsreformen auf den Weg gebracht hat, die in Richtung der rechtsstaatlichen Standards in der EU gehen. Dazu gehört die Zurückdrängung der Macht der Militärs und die Stärkung der Demokratie.

Aber: Nach wie vor gäbe es große Defizite in der Justiz, bei der Pressefreiheit, bei den Rechten der Gewerkschaften wie auch der Minderheiten. Auch die Religionsfreiheit sei nicht garantiert (siehe weitere Berichte).

Während die Kommission der Türkei in wirtschaftlicher Hinsicht ein gutes Zeugnis ausstellt – sie habe sich in der globalen Wirtschaftskrise hervorragend behauptet –, kritisiert sie erstaunlich deutlich das größte Hindernis der Annäherung: die Anerkennung des geteilten Zypern durch Ankara und die Öffnung der Häfen in Nordzypern. „Es hat keinen Fortschritt in Richtung einer Normali-

sierung der Beziehungen zur Republik Zypern gegeben“, heißt es wörtlich, trotz UN-Vermittlung. Skepsis gegenüber der Türkei zeigt eine Umfrage der Gesellschaft für Europapolitik: 69 Prozent der Österreicher lehnen den

Beitritt ab, 17 Prozent sind dafür. Ein Beitritt Kroatiens wird von 68 Prozent begrüßt, nur 18 Prozent sind dagegen, ähnlich wie bei Island (62 bzw. 21 Prozent).

SCHWE
Beric
Erwei
der

profil

Das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs

15.11.2010

Seite 26



Kruzitürken!

Essay. Herbert Lackner über die große Angst der Österreicher vor den Zuwanderern aus dem Morgenland: 1683 für immerdar.

Vergangenen Donnerstag, als eben die Diskussion über den unerhörten Botschafter der Türkei hochbrandete, besuchte eine Schülerinnengruppe eines Wiener Gymnasiums die profil-Redaktion. Eines der Mädchen, etwa 13 Jahre alt, trug ein Kopftuch. Sie hatte offenkundig „türkischen Migrationshintergrund“, wie die gebräuchliche Formel lautet, sprach aber völlig akzentfreies Deutsch. Bei Deutschschularbeiten plage sie sich dennoch, erzählte sie. Sie war eine der Interessiertesten in der Gruppe, gut gelaunt und von einnehmender Verschmitztheit.

Das Mädchen mit dem Kopftuch ist einer jener Menschen, denen man hierzulande mit großem Unbehagen begegnet. Zu fremdländisch, zu zahlreich, zu moslemisch: Die Österreicher mögen die Türken einfach nicht, und sie machen kein Hehl daraus. Nie brandet bei den Wahlveranstaltungen H. C. Straches der Jubel höher als bei jenen Passagen, in denen es gegen die Zuwanderer aus der Türkei geht. So erfolgversprechend ist solche Wahlkampfstrategie, dass sogar die kruzbrave ÖVP einen plumpen Kopierversuch unternahm.

Wie schwer arbeitende und dennoch miserabel bezahlte Zuwanderer aus der Türkei derartige Kampagnen erleben, was sie fühlen, wenn Slogans wie „Daham statt Islam“ und „Pummerin statt Muezzin“ von den Plakatwänden scherzen, wenn gerade jene am meisten bei Wahlen dazugewinnen, die am lautesten gegen sie gehetzt haben – das fragt sich kaum jemand.

Und zwar deshalb nicht, weil sich die Österreicher für ihre türkischen Mitbürger, ihre Probleme, ihre Kultur und Ge-

bräuche einfach nicht interessieren, wie der türkische Botschafter Kadri Evvet Tezcan vergangenen Mittwoch in seinem umfедdeten „Presse“-Interview konstatierte. Sie sind den Österreichern bestenfalls egal, meistens eher lästig und sehr oft ziemlich unheimlich.

Tezcan ist seit einem Jahr in Österreich, der Außenminister hat ihm bis heute keinen Termin gegeben, erst einmal wurde er in das Haus einer österreichischen Familie eingeladen. Es verwundert also nicht, wenn er befindet: „Die Türken in Wien wissen, sie sind nicht willkommen.“

Dass Tezcan in seinem undiplomatischen Zorn bisweilen über das Ziel schoss (etwa als er meinte, als Chef einer internationalen Organisation würde er angesichts der FPÖ-Wahlerfolge nicht in Österreich bleiben) und arg pauschalierte („Außer im Urlaub interessieren sich die Österreicher nicht für andere Kulturen“), ändert nichts an der Richtigkeit seines Grundbefunds.

Wiewohl im Prinzip erwartbar, überraschte die schrille Tonlage der Reaktion am Boulevard: „Welle der Empörung in ganz Österreich: Türkei-Botschafter muss sofort weg!“, forderte die „Kronen Zeitung“. „Türken-Botschafter: Sein Ton ärgert alle“, gab sich die U-Bahn-Zeitung „Heute“ grantig. „Die Türkei provoziert Österreich!“, titelte – eh klar – „Österreich“ bellizistisch.

Was war so empörend an den Aussagen des Botschafters, das Regierung und Groschenpresse gleichermaßen ausdrücken ließ? Tezcan meint, es stimme, dass es in manchen Gebieten Wiens Schulklassen mit einem Türken-Anteil von 60 bis 70 Prozent gibt – aber das sei eine Folge von Ghettobildung in Stadtvierteln mit schlechter Wohnqualität. Was ist daran falsch? Warum ist es so unverständlich, dass es ihn als Vertreter eines strikt laizistischen Staats befremdet, wenn die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel meint, Deutschland sei eine „christliche Gesellschaft“? Und stimmt es vielleicht nicht, dass die SPÖ in Ausländerdebatten klare Worte scheut, weil sie befürchtet, andernfalls noch mehr Stimmen an Strache zu verlieren, wie der Botschafter bitter anmerkt? Wer daran zweifelt, möge nur noch einmal den abstoßenden Wahlkampf des burgenländischen Landeshauptmanns Hans Niessl Revue passieren lassen, der in Bezirken über Asylantenheime abstimmen ließ, in denen nie welche geplant waren, und das Bundesheer in verschlafenen Puszta-Dörfern auf Illegalen-Jagd schickte, wo gar keine Illegalen sind.

Die Türken sind den Österreichern bestenfalls egal, meistens eher lästig und sehr oft ziemlich unheimlich.

profil

Das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs

15.11.2010

Seite 27-28



Nur 17 Prozent der Österreicher wollen die Türkei in die EU aufnehmen. Vor fünf Jahren waren noch 34 Prozent dafür gewesen.

Wenn also Politiker wie der BZÖ-Abgeordnete Herbert Scheibner die dürre Faust schütteln und die sofortige Abberufung des Botschafters fordern, andernfalls Österreich seine diplomatischen Beziehungen zur Türkei rückstufen müsse, so ist das lächerliche Kraftmeierei, mit der man freilich hierzulande immer noch Eindruck schinden kann.

Mitten in das schöne Türken-Bashing durch Österreichs Politik und Medien platzte vergangene Woche die Veröffentlichung der neuesten Umfragedaten bezüglich eines EU-Beitritts der Türkei: Bloß noch 17 Prozent der Österreicher wollen die Türkei laut Studie der Gesellschaft für Europapolitik in die Union aufnehmen; vor fünf Jahren waren noch 34 Prozent für einen Türkei-Beitritt gewesen. Eine Aufnahme Kroatiens wird hingegen von 68 Prozent befürwortet.

Die Kroaten sind tiefkatholisch, die Türken Moslems – ist das der Grund? Religion ist wohl nicht das entscheidende Motiv, zu unterschätzen ist ihre diesbezügliche Bedeutung aber nicht.

obwohl die Türken mit Waffenhilfe protestantischer ungarischer Adelige und wohlwollender Duldung des katholischen Franzosenkönigs vor Wien gezogen waren. „Mit dem auf dieser Bergeshöh“ am 12. September 1683 dargebrachten Messopfer begann die Rettung der abendländischen Kultur“, heißt es auf einer Gedenktafel an der Kirche am Wiener Leopoldsberg. Gleich daneben wirbt der erkonservative Gebetskreis „Legio Mariae“. Der Würstelstand am Kahlenberg ist nach dem katholischen Polenkönig benannt, der das Entsatzheer heranzuführte: „Imbissstand Sobieski“. In Waidhofen an der Ybbs, dem westlichsten Punkt des Türken-Vormarsches, zeigt die Kirchturmuhre bis heute die Stunde an, zu der die tapferen Bürger die Janitscharen vertrieben.

Der Sieg über die Türken vor Wien wird seit jeher politisch instrumentalisiert. Zum 200-Jahr-Jubiläum, am 12. September 1883, wurde der Schlussstein des Wiener Rathauses gesetzt. Zum 250-Jahr-Jubiläum, 1933, kündigte der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß am Katholikentag die Zerschlagung der Demokratie und das Ende der ihm so verhassten Republik an. Am 12. September 1983 kam Papst Johannes Paul II. zu einem wohl nicht zufällig genau 300 Jahre nach dem Triumph des Christenheers angesetzten Katholikentag nach Wien.

Die Türken nicht zu mögen wird so zur Christenpflicht, zum Teil des kollektiven Unterbewusstseins, das bisweilen durchbricht – wie 2005 beim Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP), als dieser im Gemeinderat anmerkte: „Über Jahrhunderte hat Graz die Türken bekämpft. Heute setzen wir den Kampf mit anderen Mitteln fort.“ Ins Unappetitliche weitergedacht, ergibt dies dann Wahlkampf-Comics, wie jenes der Wiener FPÖ, in dem ein glänzender Ritter mit den Zügen H. C. Straches vor den Stadtmauern Wiens „dem Mustafa ane aufbrennt“.

Das Verhältnis zwischen Abend- und Morgenland, also auch jenes zwischen Österreich und der Türkei, wird hierzulande seit jeher als ein Kampf der Kulturen dargestellt.

Die meisten Österreicher haben in ihrer Schulzeit mehr über die beiden Türkenbelagerungen Wiens gehört als über die zwei Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts. Die Schlachten zwischen Osmanen und Habsburgern werden nicht als Konflikte zweier imperialer Mächte definiert, sondern als Glaubenskriege zwischen Christentum und Islam. ▶

Wie der türkische Botschafter wohl darauf kommt, seine Landsleute fühlten sich in Österreich nicht willkommen ...

Zwanzig Prozent der türkischstämmigen Familien in Österreich leben unter der Armutsgrenze, weitere 36 Prozent sind armutsgefährdet. Vier von fünf jungen Türken sagen, das Ideal sei ein berufstätiger Mann und eine Haus und Kinder hütende Frau. Nur 39 Prozent der in Österreich lebenden Türkinnen haben einen Job. Ihr erstes Kind bekommen sie mit 24, dann bleiben sie zu Hause; die durchschnittliche Kinderzahl beträgt 2,6. Sechzig Prozent der türkischen Jugendlichen sagen, Religion spiele in ihrem Leben eine wichtige Rolle.

Wer das jetzt fremdländisch oder gar gefährlich findet, sei daran erinnert, dass sowohl soziale Lage als auch Familienbild und religiöse Prägung fast punktgenau dem Österreich der fünfziger und sechziger Jahre entsprechen. Die Türken heute – das waren wir gestern und vorgestern: ärmlich, konservativ, gläubig. Die Frauen trugen oft Kopftuch.

Vielleicht speist sich die Ablehnung der Zuwanderer aus Europas Südost-Ecke auch aus dem unterbewussten Erkennen dieser Ähnlichkeiten.

Kaum denkbar, dass sich an diesen Grundeinstellungen in absehbarer Zeit etwas ändert, kaum vorstellbar, dass sich innerhalb der nächsten Jahrzehnte bei einer Volksabstimmung in Österreich eine Mehrheit für die Aufnahme der Türkei in die EU findet. Dieses Erweiterungsprojekt könnte Österreich dann ganz allein zu Fall bringen.

Vergangene Woche veröffentlichte die Wirtschaftskammer Österreich übrigens eine Umfrage unter hoch qualifizierten Arbeitskräften im Ausland. 65 Prozent der Befragten meinten, Österreich sei für sie nicht attraktiv, weil es dort zu viel Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gebe. ■

Pensionen: In Frankreich künftig erst ab 62 Jahren

Frankreich wehrt sich

Heftige Proteste waren teilweise erfolgreich.



Die Proteste der französischen Gewerkschaften konnten mildern.

In Frankreich hat sich wieder einmal eine Regierung an einer Pensionsreform versucht. Die wichtigsten Maßnahmen, die schrittweise eingeführt werden, sind die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, und dass ArbeitnehmerInnen künftig frühestens mit 62 Jahren in Rente gehen können. Das Pensionsantrittsalter lag bisher bei 60 Jahren. Tatsächlich gehen die Franzosen mit durchschnittlich 58,7 Jahren in Pension, die Französinnen mit 59,5 Jahren – Beamte/Beamtinnen im Durchschnitt früher. Die Reform wurde Ende Oktober beschlossen. Doch diesmal

waren die Proteste gegen neue Regelungen für RentnerInnen so heftig wie noch nie.

Durchgepeitscht

Der nationalkonservative Staatspräsident, Nicolas Sarkozy, wollte seine Pläne mit möglichst wenig Diskussion auch im Parlament durchpeitschen. Zudem differenzierte die Reform zu wenig und setzte Ungleichbehandlungen speziell der Frauen fort, sagten Kritiker. Die Vermögenden würden weiterhin geschont, anstatt dass sich der Staat mehr Einnahmen aus Finanztransaktionen (Börsenspekulationen, Fonds etc.)

verschaffe. Die gewerkschaftlich organisierten Proteste – mit deutlicher Unterstützung der Bevölkerung – und die Gegenvorschläge waren nicht ganz erfolglos: Die Regierung machte Zugeständnisse.

Frauen benachteiligt

Nachteile für Frauen bei der Rente sollen abgemildert werden, die wegen der Kinder ihre Berufstätigkeit unterbrochen haben. Die Änderungen kosten den Staat zusätzlich 3,4 Milliarden Euro. Doch zur Gegenfinanzierung sollen die Kapitalertragssteuern auf Immobilienverkäufe erhöht werden.

Hohe Arbeitslosigkeit

In Frankreich stehen den staatlichen Pensionszahlungen (65 Prozent der Sozialausgaben) eine relativ hohe Arbeitslosigkeit und ein chronisches Budgetdefizit gegenüber. Die Arbeitslosenquote betrug in den letzten 30 Jahren konstant um die acht Prozent und liegt derzeit bei zehn Prozent (bei den Jugendlichen 23 Prozent). Bei ebenfalls acht Prozent liegt 2010 Frankreichs Neuverschuldung. Sie soll in den kommenden Jahren auf die in der EU angepeilten drei Prozent gesenkt werden. Die französische Regierung will das mit Steuererhöhungen und einer umfassenden Pensionsreform erreichen.

Sparzwang schmeckt nicht

Wenn jetzt die „Grande nation“ das allgemeine Pensionsalter auf 62 Jahre anhebt, ist das im Vergleich zu anderen Ländern immer noch moderat, denn Arbeiten bis 67 oder 68 ist vielfach Realität in Europa und Arbeiten bis 70 bereits in Diskussion. Dass man den Sparzwang allerdings auf die Menschen abwälzt, und die Vermögenden verschont – das hat den französischen Gewerkschaften und der Bevölkerung wenig geschmeckt, wie die Proteste gezeigt haben.

Heike Hausensteiner

G20-Gipfel: In Südkorea wenig Neues

Viel zu wenig Regeln

Die Weltwirtschaft springt wieder an, beim G20-Gipfel gab es aber wenig Verbindliches.

Die 20 führenden Industrieländer (G20) haben sich zu einer besseren Abstimmung ihrer nationalen Wirtschaftspolitik verpflichtet. „Unkoordinierte wirtschaftliche Aktionen“ seitens der einzelnen Länder würden die Situation „für alle nur verschlechtern“, hieß es in der Abschlusserklärung im südkoreanischen Seoul. Man einigte sich außerdem darauf, die sogenannten Basel-III-Regeln umfassend umzusetzen. Diese Regeln fordern von den Banken größere Kapitalpuffer zum Schutz vor Notsituationen, das soll die Banken für mögliche zukünftige Krisen wappnen. In strittigen Punkten gab es nur laue Kompromisse, die für die Krise verantwortlich waren, noch wenig ändern werden.

Der Zusammenbruch von systemrelevanten Banken würde das gesamte Finanzsystem und in Folge die Realwirtschaft ins Wanken bringen. Derartige Banken zu definieren und für sie dann Regeln aufzustellen, wäre daher vordringlich gewesen. Diese Festlegung soll es allerdings erst Mitte 2011 geben. Welches Regelwerk gelten soll, allen voran mehr Eigenkapital, soll erst Ende 2011 fixiert werden. Wenn man bedenkt, wie schnell in Europa die Sparpakete geschnürt wurden, ist das eine ungeheure Schiefelage.

Proteste

In den europäischen Massenmedien war davon zwar nichts zu hören und zu lesen, allerdings gab es am Rande des G20-Gipfels in Seoul allerlei

kritische Aktionen der südkoreanischen Zivilgesellschaft. Ein Bündnis aus Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Initiativen organisierte am 7. November eine Kundgebung, an der 40.000 Menschen teilnahmen, an der Sogang-Union fand ein Alternativgipfel statt und am 11. November gab es Straßenproteste.

Attac fordert „Globo“

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac forderte im Vorfeld des Gipfels eine Weltreservewährung „Globo“. Der „Globo“ wäre eine Verrechnungseinheit für den Welthandel, würde Planungssicherheit für wichtige Rohstoffpreise bieten und Währungsspekulation weitgehend den Boden entziehen. Währungstausche

müssten dann weltweit an realwirtschaftliche Geschäfte (Handel, Direktinvestitionen) gekoppelt werden. An die Stelle der Weltleitwährung Dollar sollte eine künstliche Verrechnungseinheit treten, die sich aus einem „Korb“ aller wichtigen Weltwährungen zusammensetzt.

US-Dollar ersetzen

Das gegenwärtige Weltwährungssystem mit dem US-Dollar als Weltleitwährung ist ungerecht, so Attac, und sorgt für Instabilität. Nur den USA ist es möglich, in der eigenen Währung Erdöl und andere Rohstoffe zu kaufen, sich auf den globalen Kapitalmärkten zu verschulden und sich auf Kosten der Gläubiger zu entschulden.

Deutschland:

Leiharbeit

Ab 1. Jänner 2011 gilt in allen Stahlwerken der Grundsatz „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“. Dies gilt für Angestellte sowie für LeiharbeiterInnen. Sollten Entleihbetriebe LeiharbeiterInnen nicht nach der Lohn- und Gehaltstabelle bezahlen, so muss das Stahlwerk den LeiharbeiterInnen den Schaden ersetzen. Bereits bestehende und gleichwertige Vereinbarungen in Betrieben gelten weiterhin.

EU-Erweiterung:

Umfrage

Kroatien, Island und die Türkei haben derzeit den Status von Kandidatenländern für eine EU-Mitgliedschaft. Anfang November wurden in Brüssel die Fortschrittsberichte dieser Länder präsentiert. Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik nahm dies zum Anlass, um die Meinung der ÖsterreicherInnen zur Aufnahme dieser Länder zu erforschen. Bei der Telefonbefragung wurde festgestellt: Befragte unter 25 Jahren stehen der EU-Erweiterung positiver gegenüber als ältere Personen. Genauso stehen diese dem Türkei-Beitritt offener gegenüber als die ältere Generation. 68 Prozent der Befragten würden Kroatiens EU-Beitritt begrüßen. Im Ranking der beliebtesten, neuen EU-Länder ist Kroatien ganz oben. 62 Prozent sprachen sich für den EU-Beitritt des skandinavischen Landes Island aus.

Kolumbien:

Morddrohung

Wer sich in Kolumbien für ArbeitnehmerInnen-Rechte einsetzt, lebt gefährlich. GewerkschafterInnen, die sich für Nestle-MitarbeiterInnen einsetzen, haben Morddrohungen von Paramilitärs erhalten. Das berichtet die Nachrichtenagentur SDA. Bereits im September wurden Flugblätter mit gezielten Morddrohungen gegen sechs namentlich genannte GewerkschafterInnen auf den Straßen verteilt. Darin wurden diese aufgefordert, die Stadt binnen zwei Wochen zu verlassen. Bereits vor fünf Jahren wurde der Nestle-Mitarbeiter Luciano Romero ermordet. Laut Amnesty International (AI) sind in den vergangenen 20 Jahren in dem südamerikanischen Land 2.000 GewerkschafterInnen ermordet worden.

POLITIK

Österreich / EU

Umfrage: Kroatien, Island willkommen

Kroatien und Island sind den Österreichern in der EU willkommen, die Türkei hingegen nicht. Das geht aus einer heute veröffentlichten Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hervor.

Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei stößt zurzeit mit 69 Prozent auf klare Ablehnung. Nur 17 Prozent würden eine solche begrüßen. 68 Prozent der Befragten befürworteten hingegen einen EU-Beitritt Kroatiens, nur 18 Prozent waren dagegen. Bei Island lag die Zustimmung bei 62 Prozent. "Nein" sagten 21 Prozent. 1.004 Personen waren im September befragt worden.

Umfrage: Österreicher gegen Türkei in EU

Kroatien und Island sind den Österreicherinnen und Österreichern in der EU willkommen, die Türkei hingegen nicht. Das geht aus einer heute veröffentlichten Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hervor. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei stößt zurzeit mit 69 Prozent auf klare Ablehnung.

Mehr dazu in oesterreich.ORF.at

MO | 08.11.2010



UMFRAGE

Österreicher gegen Türkei in EU

Kroatien und Island sind den Österreichern in der EU willkommen, die Türkei hingegen nicht. Das geht aus einer am Montag veröffentlichten Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hervor.

Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei stößt laut ÖGfE zurzeit mit 69 Prozent auf klare Ablehnung. Nur 17 Prozent würden eine solche begrüßen.

Jüngere sehen Erweiterung positiver

Besonderes Augenmerk wurde bei der Umfrage laut ÖGfE darauf gelegt, wie die jüngsten und die ältesten Befragten dem Thema "EU-Erweiterung" gegenüberstehen. Die Enquete zeigte, dass junge Österreicherinnen und Österreicher (bis 25 Jahre) der Erweiterung der Europäischen Union deutlich positiver gegenüberstehen als Seniorinnen und Senioren ab 66 Jahre.

Befragte bis 25 Jahre waren zu einem Beitritt positiver eingestellt als Personen ab 66: So plädierten 23 Prozent der Jungen für eine türkische EU-Mitgliedschaft, 54 Prozent sprachen sich dagegen aus. Die über 66-Jährigen sind in dieser Frage deutlich skeptischer: Nur zwölf Prozent würden einen türkischen EU-Beitritt begrüßen, 79 Prozent lehnten einen solchen in der Umfrage ab.

Zustimmung zu Kroatien und Island

Kroatien steht in Österreich hingegen ganz oben im Ranking der beliebtesten neuen EU-Mitglieder. 68 Prozent der Befragten befürworteten einen EU-Beitritt Kroatiens, nur 18 Prozent waren dagegen. Verglichen mit früheren ÖGfE-Umfragen konnte einzig Ungarn in der Frage der Beitrittsakzeptanz ähnlich hohe Zustimmungswerte erzielen. Quer durch alle Befragungsgruppen ist eine Mehrheit für den kroatischen EU-Beitritt.

Auch Island würde von einer Mehrheit der Befragten in der EU willkommen geheißen. Hier lag die Zustimmung bei 62 Prozent. "Nein" sagten 21 Prozent.

Geteilte Meinung zu Mazedonien

Ein geteiltes Meinungsbild gab es zu Mazedonien: 39 Prozent der Befragten sprachen sich für den Beitritt der seit 1991 unabhängigen, früheren jugoslawischen Teilrepublik aus, 37 Prozent waren dagegen.

Fortschrittsberichte in Brüssel

Laut Aussendung der ÖGfE vom Montag wurden 1.004 Personen im September 2010 befragt. Anlass war der Umstand, dass am Dienstag in Brüssel die diesjährigen Fortschrittsberichte präsentiert werden, in denen jene Länder bewertet werden, die sich um die Mitgliedschaft in der EU bemühen. Zurzeit haben Kroatien, die Türkei, Mazedonien und Island den Status von Kandidatenländern.

ÖGfE

<http://www.orf.at/#/stories/2024316/>

08.11.2010



Umfrage zeigt große Zustimmung für den Beitritt Kroatiens

Wie schaut aber die Meinung der Österreicher zum Beitritt der bereits als Kandidatenländer geltenden Länder Kroatien, die Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM) und Island aus. Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik hat das Meinungsbild erforscht und 1004 Österreicher/-innen telefonisch befragt. Besonderes Augenmerk wurde darauf gelegt, wie die jüngsten und die ältesten Befragten dem Thema „EU-Erweiterung“ gegenüberstehen. Junge Österreicher/-innen (bis 25 Jahre) stehen der Erweiterung deutlich positiver gegenüberstehen als Seniorinnen und Senioren ab 66 Jahre. Kroatien steht ganz oben im Ranking der beliebtesten neuen EU-Mitglieder. 68 % der Befragten würden den EU-Beitritt Kroatiens begrüßen, nur 18 % würden ihn ablehnen. Auch Island würde von 62 % willkommen geheißen. Auf klare Ablehnung mit 69 % stößt ein EU-Beitritt der Türkei. 39 % der Befragten sprechen sich für den Beitritt der seit 1991 unabhängigen, früheren jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien aus.

<http://www.europa.steiermark.at/cms/beitrag/11362512/35517684>

Salzburger Volkszeitung

"Salzburger Volkszeitung" Nr. 253/10 vom 09.11.2010 Seite 12

Ressort: Politik

Österreicher für EU-Beitritt von Kroatien und Island

WIEN - Kroatien und Island sind den Österreichern in der EU willkommen, die Türkei hingegen nicht. Das geht aus einer am Montag veröffentlichten Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hervor. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei stößt zurzeit mit 69 Prozent auf klare Ablehnung. Nur 17 Prozent würden eine solche begrüßen. 68 Prozent der Befragten befürworteten hingegen einen EU-Beitritt Kroatiens, nur 18 Prozent waren dagegen. Bei Island lag die Zustimmung bei 62 Prozent. "Nein" sagten 21 Prozent. Knapp 1000 Personen wurden im September 2010 befragt. Anlass war der Umstand, dass heute in Brüssel die diesjährigen Fortschrittsberichte präsentiert werden, in denen jene Länder bewertet werden, die sich um die Mitgliedschaft in der EU bemühen. Zurzeit haben Kroatien, die Türkei, Mazedonien (FY-ROM) und Island den Status von Kandidatenländern.

Die Umfrage zeigte, dass junge Österreicher (bis 25 Jahre) der Erweiterung der Europäischen Union deutlich positiver gegenüberstehen als Senioren ab 66 Jahre. Kroatien steht in Österreich ganz oben im Ranking der beliebtesten neuen EU-Mitglieder. Verglichen mit früheren ÖGfE-Umfragen konnte einzig Ungarn in der Frage der Beitrittsakzeptanz ähnlich hohe Zustimmungswerte erzielen.

23 Prozent der Jüngsten plädierte für eine türkische EU-Mitgliedschaft, 54 Prozent sprachen sich dagegen aus. 12 Prozent der über 66-Jährigen würden einen türkischen EU-Beitritt begrüßen, 79 Prozent lehnten einen solchen ab.



Wiener Zeitung

"Wiener Zeitung" Nr. 217 vom 09.11.2010

Seite: 8

Ressort: Europa

Island sammelt Bürgerwünsche für Verfassung

Reykjavik. Islands Bürger wünschen sich, dass der Schutz und die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen in der künftigen Verfassung ihres Landes verankert wird. Das ist eines der Ergebnisse des Bürgerkonvents, der in Reykjavik stattgefunden hat. Rund 950 zufällig aus dem Bevölkerungsregister ausgewählte Isländer erarbeiteten die Basis für das geplante neue Gesetz. Die Vorgaben sind in acht Themenkreise wie Menschenrechte, Moral/Ethik, Justiz/Wohlfahrt oder Naturschutz gegliedert. Gefordert werden auch mehr Transparenz in der Politik oder das gleiche Recht aller Bürger auf Arbeit, Bildung und Pensionen. Ende November sollen die bis zu 31 Mitglieder des eigentlichen Verfassungskonvents in einer allgemeinen Wahl ermittelt werden und dann einen Vorschlag für das Gesetz erarbeiten. Das derzeitige aus dem Jahr 1944 bedarf vor dem geplanten EU-Beitritt einer Neuregelung.

Für Island und Kroatien, gegen die Türkei

62 Prozent der Österreicher ist Island willkommen, wie die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik ermittelt hat. Die Kroaten erhalten sogar Zustimmung von 68 Prozent. Einen Türkei-Beitritt lehnen hingegen 69 Prozent ab, nur 17 Prozent sind dafür.



Kleine Zeitung

"Kleine Zeitung" vom 09.11.2010
Ressort: Politik

Seite: 6

Steiermark

Der türkische Patient

Seit Jahrzehnten will Ankara in die EU. Doch der Widerstand wächst, die Gespräche stocken. Im neuen Lagebericht prangert Brüssel einmal mehr grobe Verstöße gegen die Grundrechte an.

STEFAN WINKLER, BRÜSSEL

Der europäische Erweiterungskommissar Stefan Füle hat nie ein Hehl daraus gemacht, dass er die Türkei eines Tages gerne in der Europäischen Union sähe. Doch die Wahrheit, die der Tscheche der Regierung in Ankara heute in Brüssel verkünden wird, ist einmal mehr bitter. Von einer EU-Mitgliedschaft ist das Land am Bosphorus nach wie vor Lichtjahre entfernt.

Vor allem bei der Wahrung der Grundrechte gibt es weiter eklatante Defizite: Repressalien gegen Journalisten, häufige Sperren von Internetseiten, unverhältnismäßige Gewaltanwendung durch türkische Sicherheitskräfte, grobe Mängel beim Schutz von Minderheiten, bei der Religionsfreiheit und bei Frauen- und Gewerkschaftsrechten - die Liste der Verfehlungen, die auch der diesjährige EU-Fortschrittsbericht der Türkei ankreidet, ist lang.

Die einmal im Jahr veröffentlichte Brüsseler Analyse ist Gradmesser für den Stand der Beitrittsgespräche. Vorgestellt wird sie heute. Der Kleinen Zeitung gelang es, vorab Einblick in das wichtige Papier zu erhalten.

Darin lobt Brüssel zwar wichtige demokratische Neuerungen wie die jüngste Verfassungsreform, die den Einfluss des Militärs zurückdrängt, als "Schritt in die richtige Richtung". Zugleich mahnt die EU Ankara, "verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, um die Beitrittskriterien zu erfüllen".

Lahmender Reformeifer

"Beachtliche Anstrengungen sind noch immer bei den Grundrechten erforderlich", heißt es im Report. So müsse die Meinungsfreiheit "sowohl per Gesetz als auch in der Praxis gestärkt werden". Akuten Handlungsbedarf sieht Brüssel zudem bei der Umsetzung der Gleichberechtigung von Frauen. Diese ist inzwischen zwar per Gesetz garantiert. "Ehrenmorde, Zwangsehen und häusliche Gewalt bleiben" aber "ernste Probleme", heißt es.

Insgesamt sieht die Kommission die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in einer "schwierigen Phase. Seit Jahrzehnten bemüht sich das Land am Bosphorus um eine EU-Mitgliedschaft. Oktober 2005 wurden offiziell die Verhandlungen eröffnet. Doch von den 35 Kapiteln, die das Land abarbeiten muss, ist erst eines abgeschlossen. Dagegen sind fast alle zentralen Dossiers schon vor vier Jahren auf Eis gelegt worden, weil die Türkei sich weigert, ihre Zollunion mit der EU auf Zypern auszudehnen und Schiffen aus dem griechischen Teil der Insel ihre Häfen zu öffnen. Zahlreiche weitere Kapitel sind blockiert, weil einzelne EU-Länder ihr Veto eingelegt haben, sodass nur noch drei Kapitel frei sind. Die Gespräche drohen sich totzulaufen.

Dazu kommt, dass in vielen Mitgliedstaaten der Widerstand gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei wächst. Frankreich will das islamische Land lieber im Rahmen der Mittelmeerunion an Europa binden. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel forciert eine "privilegierte Partnerschaft". Laut einer brandneuen Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) lehnen 69 Prozent der Österreicher einen Beitritt ab.

Aber auch in der Türkei selbst schwindet der Zuspruch für den EU-Beitritt dramatisch, nur noch jeder dritte Bürger spricht sich in Umfragen dafür aus - vor fünf Jahren waren es noch 68 Prozent.

In Brüssel wächst nun die Sorge, dass das Land zwischen Asien und Europa, das weltpolitisch eine immer wichtigere Rolle spielt, aufgrund der Hinhaltepolitik von Europa abdriften könnte. Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül hat unlängst erstmals einen Verzicht auf den EU-Beitritt angedeutet: "Vielleicht ziehen die Türken ja den von Norwegen gewählten Weg vor."

Umfrage zu EU-Erweiterung**Kroatien und Island ins Töpfchen, Türkei ins Kröpfchen**

08. November 2010, 12:19

Jüngere sehen Erweiterung der Union positiver als die ältere Generation

Wien - Kroatien und Island sind den Österreicherinnen und Österreichern in der EU willkommen, die Türkei hingegen nicht. Das geht aus einer am Montag veröffentlichten Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hervor. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei stößt zurzeit mit 69 Prozent auf klare Ablehnung. Nur 17 Prozent würden eine solche begrüßen. 68 Prozent der Befragten befürworteten hingegen einen EU-Beitritt Kroatiens, nur 18 Prozent waren dagegen. Bei Island lag die Zustimmung bei 62 Prozent. "Nein" sagten 21 Prozent.

Laut Aussendung der ÖGfE vom Montag wurden 1.004 Personen im September 2010 befragt. Anlass war der Umstand, dass am morgigen Dienstag in Brüssel die diesjährigen Fortschrittsberichte präsentiert werden, in denen jene Länder bewertet werden, die sich um die Mitgliedschaft in der EU bemühen. Zurzeit haben Kroatien, die Türkei, Mazedonien (FYROM) und Island den Status von Kandidatenländern.

Besonderes Augenmerk wurde bei der Umfrage laut ÖGfE darauf gelegt, wie die jüngsten und die ältesten Befragten dem Thema "EU-Erweiterung" gegenüberstehen. Die Enquete zeigte, dass junge Österreicherinnen und Österreicher (bis 25 Jahre) der Erweiterung der Europäischen Union deutlich positiver gegenüberstehen als Seniorinnen und Senioren ab 66 Jahre.

Kroatien ist der Liebling

Kroatien steht in Österreich ganz oben im Ranking der beliebtesten neuen EU-Mitglieder. Verglichen mit früheren ÖGfE-Umfragen konnte einzig Ungarn in der Frage der Beitrittsakzeptanz ähnlich hohe Zustimmungswerte erzielen. Quer durch alle Befragungsgruppen ist eine Mehrheit für den kroatischen EU-Beitritt.

Befragte bis 25 Jahre waren zu 67 Prozent für den EU-Beitritt Kroatiens, Teilnehmer ab 66 Jahre zu 60 Prozent. Während jedoch nur 10 Prozent der jüngsten Befragten explizit gegen Kroatiens EU-Beitritt Stellung bezogen, taten dies 27 Prozent in der "Generation 66 plus".

Auch Island würde von einer Mehrheit der Befragten in der EU willkommen geheißen. Bei den jüngsten Befragten sind 61 Prozent dafür, lediglich acht Prozent sprechen sich explizit dagegen aus. Befragte ab 66 Jahre waren in einem fast ebenso hohen Ausmaß für die Aufnahme dieses Landes in die EU (59 Prozent), das Ausmaß der Ablehnung war allerdings deutlich höher (27 Prozent).

Wenige Türkei-Freunde

Ein ganz anderes Bild ergab sich bei der Türkei: In keiner Befragungsgruppe sprach sich eine Mehrheit für einen EU-Beitritt aus. Befragte bis 25 Jahre waren dazu aber positiver eingestellt als Personen ab 66: So plädierten 23 Prozent der Jüngsten für eine türkische EU-Mitgliedschaft - 54 Prozent sprachen sich dagegen aus. Die über 66-Jährigen sind in dieser Frage deutlich skeptischer: Nur 12 Prozent würden einen türkischen EU-Beitritt begrüßen, 79 Prozent lehnten einen solchen in der Umfrage ab.

Ein geteiltes Meinungsbild gab es zu Mazedonien (FYROM): 39 Prozent der Befragten sprachen sich für den Beitritt der seit 1991 unabhängigen, früheren jugoslawischen Teilrepublik aus, 37 Prozent waren dagegen. Befragte bis 25 Jahre waren zu 44 Prozent für den EU-Beitritt Mazedoniens und zu 21 Prozent dagegen. Ältere Befragte ab 66 begrüßten zu 37 Prozent die Aufnahme Mazedoniens in die EU, 42 Prozent lehnten sie jedoch ab. (APA)

<http://derstandard.at/1288659774168/Umfrage-zu-EU-Erweiterung-Kroatien-und-Island-ins-Toepfchen-Tuerkei-ins-Kroepfchen>

Österreicher lehnen EU-Beitritt der Türkei ab

08.11.2010 | 12:00 | (DiePresse.com)

69 Prozent sprechen sich in einer Umfrage dezidiert gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei aus. Großen Zuspruch erhält hingegen ein möglicher Beitritt Kroatiens.



Kroatien und Island sind den Österreichern in der EU willkommen. Die Türkei hingegen nicht. Das geht aus einer am Montag veröffentlichten Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hervor.

Die Erhebung zeigt auch, dass junge Österreicher (bis 25 Jahre) der Erweiterung der Europäischen Union deutlich positiver gegenüberstehen als Senioren ab 66 Jahre.

1004 Personen wurden von der ÖGfE im September 2010 befragt. Anlass war der Erweiterungsbericht, der am Dienstag in Brüssel präsentiert wird. Darin werden jene Länder bewertet, die sich um die Mitgliedschaft in der EU bemühen. Zurzeit haben Kroatien, die Türkei, Mazedonien (FYROM) und Island den Status von Kandidatenländern.

Massive Ablehnung für Türkei-Beitritt

Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei kommt für die meisten Österreicher aber nicht in Frage, 69 Prozent sprachen sich dezidiert dagegen aus, nur 17 Prozent dafür. Das türkische Ansinnen brachte es auch in keiner einzigen Altersgruppe auf eine Mehrheit, obwohl Befragte bis 25 Jahre einem Türkei-Beitritt positiver gegenüberstehen als Personen ab 66: So plädierten 23 Prozent der Jüngsten für eine türkische EU-Mitgliedschaft - 54 Prozent sprachen sich dagegen aus. Die über 66-Jährigen waren deutlich skeptischer: Nur 12 Prozent würden einen türkischen EU-Beitritt begrüßen, 79 Prozent lehnten einen solchen in der Umfrage ab.

Kroatien steht in Österreich hingegen ganz oben im Ranking der beliebtesten EU-Beitrittskandidaten. Verglichen mit früheren ÖGfE-Umfragen konnte einzig Ungarn in der Frage der Beitrittsakzeptanz ähnlich hohe Zustimmungswerte erzielen. Befragte bis 25 Jahre waren zu 67 Prozent für den EU-Beitritt Kroatiens, Teilnehmer ab 66 Jahre zu 60 Prozent. Während jedoch nur 10 Prozent der jüngsten Befragten explizit gegen Kroatiens EU-Beitritt Stellung bezogen, taten dies 27 Prozent in der "Generation 66 plus".

Mehrheit für EU-Mitgliedschaft Islands

Auch Island würde von einer Mehrheit der Befragten in der EU willkommen geheißen. Bei den jüngsten Befragten sind 61 Prozent dafür, lediglich acht Prozent sprechen sich explizit dagegen aus. Befragte ab 66 Jahre waren in einem fast ebenso hohen Ausmaß für die Aufnahme dieses Landes in die EU (59 Prozent), das Ausmaß der Ablehnung war allerdings deutlich höher (27 Prozent).

Ein geteiltes Meinungsbild gab es zu Mazedonien (FYROM): 39 Prozent der Befragten sprachen sich für den Beitritt der seit 1991 unabhängigen, früheren jugoslawischen Teilrepublik aus, 37 Prozent waren dagegen.

(APA)

[http://diepresse.com/home/politik/eu/608489/Oesterreicher-lehnen-EUBeitritt-der-Tuerkei-ab? vl_backlink=/home/politik/eu/index.do](http://diepresse.com/home/politik/eu/608489/Oesterreicher-lehnen-EUBeitritt-der-Tuerkei-ab?_vl_backlink=/home/politik/eu/index.do)



09.11.2010

Österreichische Beitrittswünsche zur EU: Kroatien sehr gerne - Türkei nein danke!

- Umfrage: Auch Island in Union herzlich willkommen
- Junge Menschen sind offener für eine EU-Erweiterung



Kroatien und Island sind den Österreicherinnen und Österreichern in der EU willkommen, die Türkei hingegen nicht. Das geht aus einer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hervor. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei stößt zurzeit mit 69 Prozent auf klare Ablehnung. Nur 17 Prozent würden eine solche begrüßen.

68 Prozent der Befragten befürworteten hingegen einen EU-Beitritt Kroatiens, nur 18 Prozent waren dagegen. Bei Island lag die Zustimmung bei 62 Prozent. "Nein" sagten 21 Prozent. Laut ÖGfE wurden 1.004 Personen im September 2010 befragt. Anlass war der Umstand, dass am Dienstag in Brüssel die diesjährigen Fortschrittsberichte präsentiert werden, in denen jene Länder bewertet werden, die sich um die Mitgliedschaft in der EU bemühen. Zurzeit haben Kroatien, die Türkei, Mazedonien und Island den Status von Kandidatenländern.

Junge Menschen offener

Besonderes Augenmerk wurde bei der Umfrage darauf gelegt, wie die jüngsten und die ältesten Befragten dem Thema "EU-Erweiterung" gegenüberstehen. Die Enquete zeigte, dass junge Österreicherinnen und Österreicher (bis 25 Jahre) der Erweiterung der EU deutlich positiver gegenüberstehen als Seniorinnen und Senioren ab 66 Jahre.

Kroatien steht in Österreich ganz oben im Ranking der beliebtesten neuen EU-Mitglieder. Verglichen mit früheren ÖGfE-Umfragen konnte einzig Ungarn in der Frage der Beitrittsakzeptanz ähnlich hohe Zustimmungswerte erzielen. Auch Island würde von einer Mehrheit der Befragten in der EU willkommen geheißen.

Große Skepsis bei der Türkei

Ein ganz anderes Bild ergab sich bei der Türkei: In keiner Befragungsgruppe sprach sich eine Mehrheit für einen EU-Beitritt aus. Befragte bis 25 Jahre waren dazu aber positiver eingestellt als Personen ab 66: So plädierten 23 Prozent der Jüngsten für eine türkische EU-Mitgliedschaft - 54 Prozent sprachen sich dagegen aus. Die über 66-Jährigen sind in dieser Frage deutlich skeptischer: Nur 12 Prozent würden einen türkischen EU-Beitritt begrüßen.

(apa/red) 8.11.2010 12:37

<http://www.news.at/articles/1045/12/281321/oesterreichische-beitrittswuensche-eu-kroatien-tuerkei>

Österreicher wollen Türkei nicht in EU



69 Prozent sind gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei. Bild: APA (dpa)

Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei stößt zurzeit unter den Österreichern auf klare Ablehnung: 69 Prozent sind dagegen. Positiv ist hingegen die Einstellung gegenüber Kroatien und Island.

Das ergab eine Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), bei der rund 1000 Personen befragt wurden. Während 69 Prozent gegen und nur 17 Prozent für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei sind, befürworten 68 Prozent einen Beitritt Kroatiens. Island lag bei der Zustimmung bei 62 Prozent.

Anlass war der Umstand, dass am morgigen Dienstag in Brüssel die diesjährigen Fortschrittsberichte präsentiert werden, in denen jene Länder bewertet werden, die sich um die Mitgliedschaft in der EU bemühen. Zurzeit haben Kroatien, die Türkei, Mazedonien (FYROM) und Island den Status von Kandidatenländern.

Besonderes Augenmerk wurde bei der Umfrage darauf gelegt, wie die jüngsten und die ältesten Befragten dem Thema „EU-Erweiterung“ gegenüberstehen. Junge Österreicher bis 25 Jahre stehen der Erweiterung der Europäischen Union deutlich positiver gegenüberstehen als Senioren ab 66 Jahre.

Kroatien steht in Österreich ganz oben im Ranking der beliebtesten neuen EU-Mitglieder. Verglichen mit früheren ÖGfE-Umfragen konnte einzig Ungarn in der Frage der Beitrittsakzeptanz ähnlich hohe Zustimmungswerte erzielen. Quer durch alle Befragungsgruppen ist eine Mehrheit für den kroatischen EU-Beitritt.

Auch Island würde von einer Mehrheit der Befragten in der EU willkommen geheißen. Bei den jüngsten Befragten sind 61 Prozent dafür, lediglich acht Prozent sprechen sich explizit dagegen aus. Befragte ab 66 Jahre waren in einem fast ebenso hohen Ausmaß für die Aufnahme dieses Landes in die EU (59 Prozent), das Ausmaß der Ablehnung war allerdings deutlich höher (27 Prozent).

Ein ganz anderes Bild ergab sich bei der Türkei: In keiner Befragungsgruppe sprach sich eine Mehrheit für einen EU-Beitritt aus. Befragte bis 25 Jahre waren dazu aber positiver eingestellt als Personen ab 66: So plädierten 23 Prozent der Jüngsten für eine türkische EU-Mitgliedschaft - 54 Prozent sprachen sich dagegen aus. Die über 66-Jährigen sind in dieser Frage deutlich skeptischer: Nur 12 Prozent würden einen türkischen EU-Beitritt begrüßen, 79 Prozent lehnten einen solchen in der Umfrage ab.

Österreicher wollen Kroatien in EU - Türkei nicht

Bild: APA (Archiv/epa)

Kroatien und Island sind den Österreicherinnen und Österreichern in der EU willkommen, die Türkei hingegen nicht. Das geht aus einer am Montag veröffentlichten Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hervor. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei stößt zurzeit mit 69 Prozent auf klare Ablehnung. Nur 17 Prozent würden eine solche begrüßen.

68 Prozent der Befragten befürworteten hingegen einen EU-Beitritt Kroatiens, nur 18 Prozent waren dagegen. Bei Island lag die Zustimmung bei 62 Prozent. "Nein" sagten 21 Prozent. Laut ÖGfE wurden 1.004 Personen im September 2010 befragt. Anlass war der Umstand, dass am Dienstag in Brüssel die diesjährigen Fortschrittsberichte präsentiert werden, in denen jene Länder bewertet werden, die sich um die Mitgliedschaft in der EU bemühen. Zurzeit haben Kroatien, die Türkei, Mazedonien und Island den Status von Kandidatenländern.

Besonderes Augenmerk wurde bei der Umfrage darauf gelegt, wie die jüngsten und die ältesten Befragten dem Thema "EU-Erweiterung" gegenüberstehen. Die Enquete zeigte, dass junge Österreicherinnen und Österreicher (bis 25 Jahre) der Erweiterung der EU deutlich positiver gegenüberstehen als Seniorinnen und Senioren ab 66 Jahre.

Kroatien steht in Österreich ganz oben im Ranking der beliebtesten neuen EU-Mitglieder. Verglichen mit früheren ÖGfE-Umfragen konnte einzig Ungarn in der Frage der Beitrittsakzeptanz ähnlich hohe Zustimmungswerte erzielen. Auch Island würde von einer Mehrheit der Befragten in der EU willkommen geheißen.

Ein ganz anderes Bild ergab sich bei der Türkei: In keiner Befragungsgruppe sprach sich eine Mehrheit für einen EU-Beitritt aus. Befragte bis 25 Jahre waren dazu aber positiver eingestellt als Personen ab 66: So plädierten 23 Prozent der Jüngsten für eine türkische EU-Mitgliedschaft - 54 Prozent sprachen sich dagegen aus. Die über 66-Jährigen sind in dieser Frage deutlich skeptischer: Nur 12 Prozent würden einen türkischen EU-Beitritt begrüßen.

<http://www.nachrichten.at/nachrichten/chronik/art58,501238>

EU rügt Türkei, Montenegro wird neuer Beitrittskandidat



Dunkle Wolken: Brüssel ist mit Ankara unzufrieden. Bild: epa

BRÜSSEL. Die EU will die Erweiterung auf dem Balkan vorantreiben, aber nicht um jeden Preis. Die Fehler, die bei der Osterweiterung gemacht wurden, sollen vermieden werden. Und die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei liegen praktisch auf Eis.

Das sind die Kernaussagen des jüngsten Erweiterungsberichts, der gestern in Brüssel präsentiert wurde. Während Kroatien kurz vor dem EU-Beitritt steht, sind Albanien, Bosnien und Herzegowina, der Kosovo oder Serbien vorerst nur potenzielle Beitrittskandidaten.

Einzig Montenegro soll den offiziellen Status eines Kandidaten erhalten. EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle betonte aber, dass Beitrittsverhandlungen erst aufgenommen würden, wenn es Änderungen in der politisch stark gefärbten Justiz und Staatsverwaltung gebe. Auch ein entschiedenerer Kampf gegen die organisierte Kriminalität wird angemahnt. Mazedonien wiederum erfüllt die politischen Kriterien für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, sobald eine Lösung im Namensstreit mit Griechenland gefunden worden ist.

Kroatien in „Endphase“

Österreichs Außenminister Michael Spindelegger hatte sich jüngst im OÖN-Interview überzeugt gezeigt, die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien im nächsten Jahr abschließen zu können. Der Beitritt könnte im Jahr darauf folgen. EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle bekräftigte gestern, die Verhandlungen seien in der Endphase. Im Bereich der Justiz, der Grundrechte und der Korruptionsbekämpfung müssten aber noch Fortschritte erzielt werden.

Während die Beitrittsverhandlungen mit Island für die Kommission zügig vorangebracht werden können, stocken die Gespräche mit der Türkei. Füle mahnte vor allem die Normalisierung der Beziehungen zu Zypern ein. Dass aber von bisher 13 eröffneten Kapiteln in den Beitrittsverhandlungen seit 2005 erst ein Kapitel abgeschlossen ist, spricht für sich. Die Türkei hat nach wie vor eklatante Defizite bei den Grundrechten, beim Minderheitenschutz, in der Pressefreiheit oder bei Frauen- und Gewerkschaftsrechten, wie es im Fortschrittsbericht heißt.

Darüber hinaus gibt es große Widerstände in der Bevölkerung – nicht nur in Österreich. Hier zeigt eine aktuelle Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, dass 69 Prozent der Befragten gegen einen EU-Beitritt der Türkei sind. Rund zwei Drittel der Bevölkerung befürworten jedoch einen Beitritt von Kroatien oder von Island.

BM für europäische und internationale Angelegenheiten APA-Meldungen für HBM vom 8. November 2010 - 09.30 bis 13.00 Uhr

Umfrage: Österreicher wollen Kroatien und Island in EU - Türkei nicht

Jüngere sehen Erweiterung der Union positiver als die ältere Generation

Kroatien und Island sind den Österreicherinnen und Österreichern in der EU willkommen, die Türkei hingegen nicht. Das geht aus einer am Montag veröffentlichten Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hervor. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei stößt zurzeit mit 69 Prozent auf klare Ablehnung. Nur 17 Prozent würden eine solche begrüßen. 68 Prozent der Befragten befürworteten hingegen einen EU-Beitritt Kroatiens, nur 18 Prozent waren dagegen. Bei Island lag die Zustimmung bei 62 Prozent. "Nein" sagten 21 Prozent.

Laut Aussendung der ÖGfE vom Montag wurden 1.004 Personen im September 2010 befragt. Anlass war der Umstand, dass am morgigen Dienstag in Brüssel die diesjährigen Fortschrittsberichte präsentiert werden, in denen jene Länder bewertet werden, die sich um die Mitgliedschaft in der EU bemühen. Zurzeit haben Kroatien, die Türkei, Mazedonien (FYROM) und Island den Status von Kandidatenländern.

Besonderes Augenmerk wurde bei der Umfrage laut ÖGfE darauf gelegt, wie die jüngsten und die ältesten Befragten dem Thema "EU-Erweiterung" gegenüberstehen. Die Enquete zeigte, dass junge Österreicherinnen und Österreicher (bis 25 Jahre) der Erweiterung der Europäischen Union deutlich positiver gegenüberstehen als Seniorinnen und Senioren ab 66 Jahre.

Kroatien steht in Österreich ganz oben im Ranking der beliebtesten neuen EU-Mitglieder. Verglichen mit früheren ÖGfE-Umfragen konnte einzig Ungarn in der Frage der Beitrittsakzeptanz ähnlich hohe Zustimmungswerte erzielen. Quer durch alle Befragungsgruppen ist eine Mehrheit für den kroatischen EU-Beitritt.

Befragte bis 25 Jahre waren zu 67 Prozent für den EU-Beitritt Kroatiens, Teilnehmer ab 66 Jahre zu 60 Prozent. Während jedoch nur 10 Prozent der jüngsten Befragten explizit gegen Kroatiens EU-Beitritt Stellung bezogen, taten dies 27 Prozent in der "Generation 66 plus".

Auch Island würde von einer Mehrheit der Befragten in der EU willkommen geheißen. Bei den jüngsten Befragten sind 61 Prozent dafür, lediglich acht Prozent sprechen sich explizit dagegen aus. Befragte ab 66 Jahre waren in einem fast ebenso hohen Ausmaß für die Aufnahme dieses Landes in die EU (59 Prozent), das Ausmaß der Ablehnung war allerdings deutlich höher (27 Prozent).

Ein ganz anderes Bild ergab sich bei der Türkei: In keiner Befragungsgruppe sprach sich eine Mehrheit für einen EU-Beitritt aus. Befragte bis 25 Jahre waren dazu aber positiver eingestellt als Personen ab 66: So plädierten 23 Prozent der Jüngsten für eine türkische EU-Mitgliedschaft - 54 Prozent sprachen sich dagegen aus. Die über 66-Jährigen sind in dieser Frage deutlich skeptischer: Nur 12 Prozent würden einen türkischen EU-Beitritt begrüßen, 79 Prozent lehnten einen solchen in der Umfrage ab.

Ein geteiltes Meinungsbild gab es zu Mazedonien (FYROM): 39 Prozent der Befragten sprachen sich für den Beitritt der seit 1991 unabhängigen, früheren jugoslawischen Teilrepublik aus, 37 Prozent waren dagegen. Befragte bis 25 Jahre waren zu 44 Prozent für den EU-Beitritt Mazedoniens und zu 21 Prozent dagegen. Ältere Befragte ab 66 begrüßten zu 37 Prozent die Aufnahme Mazedoniens in die EU, 42 Prozent lehnten sie jedoch ab.

politikportal.eu - Europäische Union (EU) in Europa... | Startseite | Druck | Anmelden | Hilfe | Kontakt

Neueste Seiten | Erste Schritte | Aktuelle Nachrichten | Öffne Mail | Public Short Link Book...

politikportal.eu - Europäische Union ...

POLITIKPORTAL.EU

Das deutschsprachige Nachrichtenportal für Europapolitik

West-Balkan
EU-Innenminister öffnen Grenzen für Bosnier und Albaner
ARD Tagesschau, 8.11.2010

Montenegro wird EU-Kandidat
DPA, 5.11.2010

EU befürchtet Einwanderungswelle vom Balkan
Kurier Zeitung, 8.11.2010

Schengen - Bosnier und Albaner brauchen kein Visum mehr
Der Standard, 8.11.2010

Terrorismusbekämpfung
EU setzt Arbeitsgruppe zur Luftfracht-Kontrolle ein
Fakob, 8.11.2010

EU verschärft Kontrollen bei der Luftfracht
Bauer Zeitung, 5.11.2010

Rasterfahndung für Pakete: EU will Luftfracht systematisch kontrollieren
Fassnachrichten, 8.11.2010

Main results - Justice and Home Affairs Council
European Council, 8.11.2010

Paketbomben: Treffen der EU-Innenminister
OAF, 7.11.2010

Beitritt Türkei
Österreicher lehnen EU-Beitritt der Türkei ab
Die Presse, 8.11.2010

Hauptaussagen der österreichischen ÖGfE-Umfrage zur EU-Erweiterung
Österreichischer Gewerkschaftsbund, 8.11.2010

EU-Fortschrittsbericht: Schwieriges Kapitel Türkei
Tagesschau, 8.11.2010

WIKI
 Lebt: EU-Gipfel geht ersten Schritt zur Stärkung der Währungsunion
 Der Vorschlag reicht jedoch nicht aus, um die Eurozone und die Währungsunion nachhaltig zu zirkeln. Derzeit befinden sich 25 von 27 EU-Mitgliedstaaten in einer Rezessionsphase...

Hauptaussagen der österreichischen ÖGfE-Umfrage zur EU-Erweiterung

Partei
DW-WORLD.DE DEUTSCHE WELLE
 Michel Barnier, Finanzmarkt-Reformer

Neuer Expat in Belgien?
 Gehen Sie erst zu ING.

Der EU-Nachrichtensüberblick in Ihrer Mailbox:
 Ihre E-Mail-Adresse
 Anmelden
 Keine Mitteilung über E-Mail-Adresse! Abmeldung jederzeit möglich.

Nachrichtenticker
 8.11.2010: Österreicher lehnen EU-Beitritt der Türkei ab
 8.11.2010: Hauptaussagen der österreichischen ÖGfE-Umfrage zur EU-Erweiterung
 8.11.2010: Rasterfahndung für Pakete: EU will Luftfracht systematisch kontrollieren
 8.11.2010: EU setzt Arbeitsgruppe zur Luftfracht-Kontrolle ein
 8.11.2010: Montenegro wird EU-Kandidat
 8.11.2010: Presses: Großen Airlines drohen EU-Strafen
 EU-Fortschrittsbericht: Schwieriges Kapitel Türkei

Partner
 Europäische Kommission
 Aktion Europa
 Wissenschaftsminister Österreich
 Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
 DW-WORLD.DE

Start | 10:30

europapolitik.at | Österreichs Onlineportal für EU-Politik - Mozilla Firefox

Das unabhängige EU-Nachrichtenportal

Mittwoch, 10. Nov 2010, 15:45 Uhr

Startseite EU-Nachrichten EU-Institutionen EU-Abgeordnete Blogs & Twitter Organisationen

Österreichs Onlineportal für europapolitik.at BETA

EU-Reformvertrag Roma in der EU EU-Wirtschaftspolitik EU-Erweiterung

TOP THEMEN DES TAGES

Hauptaussagen der österreichweiten ÖGfE-Umfrage zur EU-Erweiterung

9. Nov. Öst. Gesellschaft für Europapolitik

Alle aktuellen Meldungen zum Thema EU

Europäische Energiestrategie greift heißes Eisen Genehmigungsverfahren an

15:06 APA-OTS

Johannes Hahn Kommissar für Regionalpolitik Die Zukunft der Kohäsionspolitik Sprechzettel - Pressekonferenz zum 5. Kohäsionsbericht Brüssel, 10. November 2010

12:30 Europäische Union

EU-Kommission legt Optionen für künftige Kohäsionspolitik dar

12:30 Europäische Union

Klimawandel: 2009 wurde der bislang stärkste Rückgang der CO2-Emissionen von Neuwagen verzeichnet

12:02 Europäische Union

Leift: Kroatien nähert sich der EU-Zielgeraden

12:02 APA-OTS

Kooperationspartner: WKO, APA-OTS, POLITIKPORTAL EU

Medienpartner: KURIER.at

Newsletter: Jetzt für den Europapolitik Newsletter anmelden. Bitte geben Sie Ihre E-mailadresse ein.

Partner: Wanderausstellung "Die EU und DU eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft" Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Suchen: Unlaub Fertig

Abwärts Aufwärts Hervorheben Groß-/Kleinschreibung

Bereit



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

PRESSESPIEGEL

Einführung einer „EU-Steuer“

Hauptaussagen einer österreichweiten Umfrage
(Tel SWS 192, September 2010, N=1004)

Dienstag, 21. Dezember 2010
Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

EU-Budget: Die Nettozahler begehren auf

20.12.2010 | 18:20 | OLIVER GRIMM UND CLAUDIA DANNHAUSER (Die Presse)

Fünf Regierungen fordern, den Unionshaushalt ab 2014 einzufrieren. Ein Vorgeschmack auf das Ringen um Agrarpolitik, Strukturfonds und eine EU-Steuer. Höhe des Budget liegt derzeit bei Rund 126 Milliarden Euro.

Brüssel/Wien. Die Forderung der Regierungen von Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Finnland und der Niederlande nach einem Einfrieren des EU-Haushalts liefert einen Vorgeschmack auf den Verteilungskampf, der Europa im Jahr 2011 bevorsteht.

„Über die nächste EU-Finanzrahmenperiode sollte der Anstieg der Mittel für Zahlungen nicht höher als die Inflationsrate liegen“, heißt es in einem Brief der fünf an José Manuel Barroso, den Präsidenten der Europäischen Kommission. Der britische Premierminister David Cameron hat diesen Vorstoß initiiert. Er muss sich gegenüber seiner EU-kritischen Partei dafür rechtfertigen, der Änderung des Lissabon-Vertrags zur Schaffung eines dauerhaften Euro-Rettungsfonds zugestimmt zu haben. Indem er Härte in Sachen EU-Budget zeigt, hofft er bei der Tory-Parteibasis und bei den Boulevardzeitungen zu punkten.

Wieso Faymann sich enthielt

Die fünf Staaten sind ebenso wie Österreich Nettozahler, bekommen also an Förderungen weniger aus dem EU-Haushalt heraus, als sie an Mitgliedsbeiträgen hinein zahlen. Bundeskanzler Werner Faymann wurde auch zur Unterzeichnung des Briefs eingeladen, enthielt sich aber. Seine Begründung: Der Bezug auf die Inflationsrate sei zu allgemein. Es sei nicht klar, ob damit die Teuerung in der Union oder weltweit gemeint sei und ob man die gesamte Teuerung heranziehen solle oder nur die Kerninflationsrate ohne Lebensmittel und Treibstoffe.

Die Reaktion der Kommission war betont schmallippig. „Es gibt 22 andere Mitgliedstaaten in der EU, die vermutlich auch Positionen mitzuteilen haben“, sagte Barrosos Sprecherin Pia Ahrenkilde-Hansen am Montag. „Das ist kein Budget für Brüssel, sondern eines für Europa, um Mehrwert für die Mitgliedstaaten zu schaffen.“

Hinter den Kulissen steigt in Barrosos Team der Unmut über Cameron. Der Brite starte vor jedem Europäischen Rat schlecht vorbereitete Initiativen und schiele nur auf die britische Öffentlichkeit, statt sich konstruktiv in die Lösung der europäischen Probleme einzubringen, lautet der Tenor der Kritik aus der Kommission.

Drei große Schlachtfelder

Das EU-Budget von derzeit rund 126 Milliarden Euro wird zwar Jahr für Jahr aufs Neue von Kommission, Europaparlament und Mitgliedstaaten ausverhandelt. Es wird aber durch den sogenannten „mehrwährigen Finanzrahmen“ begrenzt. Er gilt stets für sieben Jahre, von 2014 bis 2020 läuft der nächste. Im Juni 2011 wird die Kommission ihren Vorschlag präsentieren, schon jetzt sind die drei größten Schlachtfelder abgesteckt.

Erstens werden sich osteuropäische Staaten wie Rumänien, Polen und Ungarn, aber auch große Agrarproduzenten wie Frankreich gegen jede echte Reform der im kommenden Jahr rund 56 Milliarden Euro teuren Agrarpolitik wehren – von einer Kürzung der Mittel ganz zu schweigen. Selbiges wird zweitens auch für die Regionalpolitik gelten, den mit 41,7 Milliarden Euro zweitgrößten Brocken. Drittens wird die Kommission eine eigene Finanzierungsquelle für die Union vorschlagen, vulgo „EU-Steuer“. Die Österreicher sehen das skeptisch. Im September antworteten in einer **Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik** 63 Prozent, sie glaubten nicht, dass so eine Abgabe zum Sinken des heimischen EU-Beitrags führen würde.

(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 21.12.2010)

Quelle: http://diepresse.com/home/politik/eu/620193/EUBudget_Die-Nettozahler-begehren-auf

21.12.2010



EU-Tagesnews 21.12.2010

ÖGfE-Umfrage: Skepsis, ob „EU-Steuer“ den Netto-Beitrag Österreichs senkt

Wie die ÖsterreicherInnen zu Frage wie EU-Haushalt oder EU-Steuer stehen, hat die **ÖGfE** in einer österreichweiten Umfrage erhoben, die im September 2010 durchgeführt wurde. Eine „EU-Steuer“ (wie z. B. auf Finanztransaktionen oder eine Luftverkehrsabgabe) wird nach Ansicht von 63 % der Befragten nicht dazu führen, dass der österreichische EU-Beitrag sinken wird - diese Ansicht wird quer durch alle Befragungsgruppen von einer Mehrheit vertreten. Nur 21 % meinen, dass die Einführung einer „EU-Steuer“ zur Verminderung des heimischen EU-Beitrages führen wird. 15 % geben zu dieser Frage keine Antwort. Jüngere Befragte (bis 25 Jahre) sind eher der Meinung, dass die Einführung einer „EU-Steuer“ den österreichischen Nettobeitrag verringern würde. Zurzeit wird der größte Anteil des EU-Haushalts für die Landwirtschaft und die Förderung von strukturschwachen Regionen verwendet. Fragt man die Österreicher/-innen, ob sie diese Aufteilung für zeitgemäß halten, so ergibt sich ein geteiltes Meinungsbild („zeitgemäß“: 45 % / „nicht zeitgemäß“: 46 %).

=> [oegfe](#)



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Die EU und DU

KURIER

09.03.2010

Chronik

Seite 14

Was Europa für die Jungen bringt

Die EU und Du – Eine Wanderausstellung zieht durch die Schulen

„Ich habe selbst mit dem Erasmus-Förderprogramm in Spanien studiert und habe dort nicht nur die Sprache, sondern auch viel fürs Leben gelernt. Außerdem traf ich dort meine heutige Lebensgefährtin“, plaudert Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik aus dem Nähkästchen. Rund 50 Schüler des BG Mödling Keimgasse, zwischen 15 und 17 Jahre alt, hören ihm zu. Sie sind die Europäer der Zukunft, mit der Ausstellung „Die EU und Du“ soll ihnen die Europäische Union mitsamt ihren Chancen für die Jugend nähergebracht werden.

Gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich und der Gesellschaft für Europapolitik (ÖGEP) entwickelte das Außenministerium die Wanderausstellung für Schüler über Geschichte, Ge-

genwart und Zukunft der Union.

Alle möglichen Fragen, die Jugendliche interessieren könnten, werden mit anschaulichen Tafeln illustriert. „Was kostet mich die EU pro Tag?“ (übrigens angeblich 18 Cent), „Who is who?“, „Wohin bewegt sich die EU?“ und „Was bringt sie mir?“.

Die Plakate sollen den Schülern Denkanstöße und Informationen geben sowie Kontakte, die für junge Menschen interessant sind.

Schon seit Oktober 2008 tourt die Ausstellung durch österreichische Schulen.

Nun wurde sie neu überarbeitet (um den Vertrag von Lissabon erweitert) und neu designt (von der FH Salzburg). 13.700 Schüler in 96 Schulen haben die Ausstel-

lung schon gesehen.

In den Tagen vor dem Europatag haben außerdem österreichische Mitarbeiter der EU-Institutionen im Rahmen der Aktion „Europa an deiner Schule“ ihre ehemaligen

Schulen besucht um dort von ihrer Arbeit zu erzählen.

Im BG Mödling wollten die Schüler viel über EU-Skepsis wissen und über die Kosten der Mit-

gliedschaft. Aber am meisten interessierte die Jugendlichen die aktuelle Situation in Griechenland und wie die EU nun helfen wird.

Viele der Teilnehmer fanden die EU auch schon vor der Diskussion „eine gute Sache“. Für die 16-jährigen Schüler und Schülerinnen des Gymnasiums sind „die Verbindung zwischen den Staaten“, „das Reisen ohne Passkontrollen“, oder auch „die Förderungen für Sprache und Studium“ die größten Vorteile der EU.

„Ohne EU könnten wir nicht so einfach im Ausland studieren.“

Anna, 16
Schülerin

„Reisen ohne Passkontrollen innerhalb der EU vereinfacht das Leben.“

Philipp, 16
Schüler



Aus dem Nähkästchen:

Franz Filler, Professor für Geschichte und Geografie, Michael Schwarzingger vom Außenministerium und Paul Schmidt im BG Mödling

Heute

10.05.2010

Politik HEUTE

Seite 4



Wanderausstellung eröffnet

Spindelegger wirbt bei Schülern für EU

„Die EU&Du – eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft“ lautet das Motto der Schau, die Außenminister Michael Spindelegger nun vor 150 Schülern eröffnete.

Die Presse

08.05.2010

Europäische Union

Seite 7



Außenminister Spindelegger. [Hopi-Media]

Schüler-Fragen zu Griechenland

*EU-Außenminister Spindel-
egger verteidigt die harten
Sparmaßnahmen.*

WIEN (red). „Warum sind die Sparmaßnahmen so hart?“ „Wird es Griechenland schaffen?“ „Ist auch Österreich gefährdet?“ Mit solchen und ähnlichen Fragen wurde Außenminister Michael Spindelegger am Freitag bei der Eröffnung einer Wanderausstellung zum Thema EU von einigen der anwesenden 150 Schüler aus Wien und Niederösterreich gelöchert. Spindelegger versuchte zu beruhigen, verteidigte die Auflagen für Athen als „notwendigen Schritt“. Das Land habe „über seine Verhältnisse gelebt“. Und er schloss aus, dass auch Österreich pleitegehen könnte. „Das wird nicht passieren.“

Die Wanderausstellung zur Funktionsweise der EU war in den vergangenen Jahren durch 96 Schulen getourt. Nun wurde das Projekt von Außenministerium, Gesellschaft für Europapolitik und EU-Kommission neu gestaltet und wird in zahlreichen weiteren Schulen zum Einsatz kommen.

13.000 Schüler hat die Wanderausstellung „Die EU & DU“ bisher erreicht. 150 von ihnen begrüßte Außenminister Michael Spindelegger Freitag in Wien. Seine Botschaft: „Die Jugend ist die Zukunft Europas. Wir müssen daher in Zukunft noch stärker auf ihre kritischen Fragen zu Europa eingehen!“



Foto: HOP-MEDIA / Bernhard J. Holzner

Europa-Dialog

Neue EU-Ausstellung für Schulen

„Die EU & Du – eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft“ tourte in den vergangenen zwei Jahren durch 96 Schulen in ganz Österreich. Die Wanderausstellung wurde anlässlich des Europatages am 9. Mai erneuert und jetzt in Wien präsentiert.

Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) hob den „Dialog als wirksamstes Mittel gegen EU-Skepsis“ hervor: „Gerade die Jugend gilt es, in diesen Dialog mit einzubeziehen – denn sie werden die Zukunft Europas gestalten.“

Die Lehrkräfte seien dabei wichtige Verbündete. Spindeleggers Vorschlag: In den Schulen soll ein Netzwerk von Europa-Verantwortlichen gebildet werden. Rund 150 Schüler aus Wien und Niederösterreich nahmen am Freitag im Außenministerium an der Präsentation der überarbeiteten Wanderausstellung „Die EU & Du“ teil.



E-Mail Passwort

Angemeldet bleiben Passwort vergessen?

Registrieren

Facebook ermöglicht es dir, mit den Menschen in deinem Leben in Verbindung zu treten und Inhalte mit diesen zu teilen.

MultiMediaArt

Bachelor-/Masterstudiengang



- Mediendesign
- Film-Television
- Computeranimation
- Audio
- Audiovisual Environments

MultiMediaArts Notizen
Notizen über MultiMediaArt

Abonnieren

MultiMediaArts Notizen

Die EU und du

von MultiMediaArt, Freitag, 14. Mai 2010 um 03:25

Die Wanderausstellung Die EU und DU eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft wurde in den vergangenen zwei Jahren an rund 100 Schulen in ganz Österreich gezeigt. Nun wurden die 20 Informationstafeln der Ausstellung von Studierenden der FH Salzburg neu gestaltet. Zusätzlich entstand auch ein Folder und eine Website zur Ausstellung.

Jugendliche aktiv in den Europa-Dialog einbeziehen

Anfang Mai hat Außenminister Dr. Michael Spindelegger die neue Ausstellung vor rund 150 Schülern im Außenministerium in Wien präsentiert. Ein gelebter, ehrlicher Dialog ist das wirksamste Mittel gegen EU-Skepsis. Das haben mir auch meine Erfahrungen im Rahmen der Europa-Dialog-Tour während der vergangenen Monate bestätigt. Gerade die Jugend gilt es in diesen Dialog mit einzubeziehen denn sie werden die Zukunft Europas gestalten, erklärte der Minister bei der Präsentation im Außenministerium.

Design für junge Zielgruppe

Der Neuentwurf ist ein Resultat eines Gestaltungswettbewerbs, den die Studierenden in Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) im Typografie Unterricht durchgeführt haben. Unter Betreuung von Lektorin Sabina Sieghart haben die Studierenden im Laufe des Wintersemesters mehrere Entwürfe und Konzepte entwickelt. Die Ergebnisse wurden vor eine Jury präsentiert, die schlussendlich den Entwurf von Christina Michelitsch für die Umsetzung ausgewählt hat. Die Ausstellung wird vor allem in Schulen gezeigt. Ich habe mein Design an die Sehgewohnheiten von Jugendlichen angepasst und den Text in kurze Passagen aufgeteilt, was den Lesefluss erleichtert. Illustrationen in frischen Farben und markante Typografie erleichtern den Einstieg in die einzelnen Ausstellungsthemen, sagt die junge Mediendesignerin über ihren Entwurf. Die Wanderausstellung wird in Schulen in ganz Österreich gezeigt und soll die Diskussion zu EU-Themen anregen. Auf der Website www.die-eu-und-du.at kann die Ausstellung gebucht werden.

Kommentieren · Gefällt mir · Ursprünglichen Beitrag anzeigen · Teilen

Michael Nrazek **gefällt das.**

62 Eingesendet



FAMILIENVERBAND LANGEN

Frühlingsbasar

Am Samstag, dem 20. März fand in Langen bei Bregenz der erste Frühlingsbasar statt. Diese Veranstaltung wurde vom Familienverband Langen organisiert. Viele fleißige Hände haben über Wochen hinweg geholfen, diesen Basar vorzubereiten. Wir freuen uns über das große Interesse. Auch von der Möglichkeit für einen gemütlichen „Hock“ wurde rege Gebrauch gemacht. Einige Exponate sind noch in der Bücherei (Volksschule) ausgestellt und dort auch käuflich zu erwerben.

SÜDTIROLER VOLKSTANZ- UND SINGGRUPPE ROSENGARTEN

Jahreshauptversammlung

Gruppenleiter **Ferdinand Pfeifer** konnte wieder allen Mitgliedern der Gruppe zu einem erfolgreichen Jahr gratulieren. Über 30 Auftritte im In- und Ausland sprechen für den Erfolg. Zum Wahlvorschlag kam kein Einwand - alle Mitglieder halten dem Verein weiterhin die Treue. **Ferdinand Pfeifer** freut sich, auch im kommenden Jahr die Gruppe wie bisher weiterführen zu dürfen.

Mit dieser Besetzung war die Südtiroler Volkstanz- und Singgruppe Rosengarten mit **Adi Werner** vom Hotel „Hospiz“ auf großer Werbefahrt in Frankreich. Mit einem



Die Volkstanzgruppe hat auch zahlreiche Auftritte im Ausland.

FOTO: SÜDTIROLER VOLKSTANZ- UND SINGGRUPPE ROSENGARTEN



V.l.n.r.: Mag. Wolfgang Türtscher, Gesandter Dr. Michael Schwarzinger und Dir. Mag. Klemens Voit. FOTO: BG BLUMENSTRASSE

schmissigen und sehenswerten Programm konnte die Gruppe das Publikum in der vollbesetzten Festhalle in Montbeliard begeistern.

BG BREGENZ-BLUMENSTRASSE

Solide EU-Kenntnisse der Schüler

„Die EU ist ein erfolgreiches Projekt, das dem Zusammenwachsen Europas, dem Herstellen vergleichbarer Lebensverhältnisse und damit der Stabilität dient“, stellt Gesandter Dr. **Michael Schwarzinger** vor 300 Schülern und Lehrern des BG Bregenz-Blumenstraße am 26. März fest. „Die EU ist weit davon perfekt zu sein und bedarf ständiger Nachbesserungen, wie sie etwa durch den Vertrag von Lissabon geschaffen worden sind.“

Nach der Begrüßung durch Prof. **Wolfgang Türtscher** hielt Gesandter Schwarzinger ein Impulsreferat - als Grundlage für

die zahlreichen Fragen der Schülerinnen und Schüler: Hat uns Griechenland angeschwindelt? Ist es eine Schwäche der EU, dass man zur Lösung der Finanzkrise zum IWF gehen muss? Subventioniert die EU spanische Produkte, die die Landwirtschaft in Afrika gefährden? Was tut die EU für das Klima? Warum verweigert Großbritannien den €? Was geschieht mit Inhabern von „Billigarbeitsplätzen“? Warum wird der Fernverkehr nicht endlich von der Straße auf die Schiene verlegt? Warum stehen österreichische Soldaten immer noch an der österreichisch-ungarischen Grenze, obwohl Ungarn ja schengenreif ist?

ALPENVEREIN BREGENZ JUGEND

Filmnacht 2010

Jedes Jahr, auch dieses, fand eine bei der Gruppe „Adler“ eine sehr beliebte Veranstaltung statt: die Filmnacht. An einem Samstag im Februar trafen sich die Adler mit **Markus**, um wieder bis spät in die Nacht, Filme anzuschauen. Nach dem ersten Film, hatte **Markus** eine leckere Jause vorbereitet, die aus Leberkäse und Brot bestand.

Nach der Stärkung sah man sich danach den zweiten Film an.

Insgesamt wurden so

vier Filme angeschaut. So konnte man sich über Mr. Bean lustig machen, sich über die Actionaktionen von James Bond wundern, Inglourious Basterds genießen und sich über die Glaubwürdigkeit von Jacky Chans Stunts fragen. Um zwei Uhr morgens fielen dann auch die letzten erschöpft in ihre Schlafsäcke.

Am nächsten Morgen um spätestens halb neun waren dann auch schon wieder alle auf den Beinen, eine kurze Nacht also.

Danach gab es dann noch ein Frühstück. Später wurde dann unter der Mitwirkung von allen „Adlern“ noch das Alpenvereinshaus geputzt und um zehn Uhr gingen dann alle heim.

Wir möchten uns bei **Markus** für die Organisation bedanken und freuen uns schon auf die nächste Filmnacht.

Samuel Schelling

Kontakt:

www.alpenverein.at/bregenz

AUTONOMES JUGEND- UND KULTURZENTRUM BETWEEN

Jugendliche besuchten KZ-Gedenkstätte in Dachau

Das Autonome Jugend- und Kulturzentrum Between veranstaltete in Kooperation mit der Offenen Jugendarbeit

Dornbirn für interessierte Jugendliche eine Fahrt zur KZ-Gedenkstätte in Dachau.

Ende Februar nahmen 40 Jugendliche an der Bildungsreise nach Dachau teil. Aus den beiden Jugendhäusern interessierten sich zahlreiche türkische, iranische und österreichische Jugendliche für das Thema. Sie zeigten ein großes Interesse während der geführten Rundgänge durch die Gedenkstätte. Eine hohe Anteilnahme war bei den Jugendlichen zu spüren, als sie durch die schweren Gittertüre aus massiven Eisen mit der Inschrift „Arbeit macht frei“ auf das Gelände gingen und dort die einzelnen Ausstellungen, Erinnerungsstücke ehemaliger Häftlinge, die Krematorien, sowie die Denk- und Mahnmäler anschauten. Während der Führung bekamen die Jugendlichen ihre Fragen beantwortet und hatten im Anschluss noch Zeit, sich selbstständig umzusehen und Bereiche der KZ-Gedenkstätte anzuschauen, die sie besonders interessierten.

Vielen Dank für die tolle Unterstützung des Land Vorarlberg und den Städten Bregenz und Dornbirn, die diese Aktion förderten und somit einen wertvollen Beitrag für die Sensibilisierung der Jugend in Hinblick auf die Bewältigung der politischen Vergangenheit leisteten.



Jugendliche besichtigten das KZ Dachau.

FOTO: BETWEEN

Wanderausstellung zeigt Rassismus im Alltag Jugendliche gegen Fremdenfeindlichkeit

Der Verein „Bung!“ entwickelte gemeinsam mit Jugendlichen das Projekt „Alltag-Rassismus“ und eine Wanderausstellung, die die Themen Ausgrenzung und Zivilcourage ausführlich behandeln.

Bei der Nachbesprechung eines Besuchs des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen wurde mit Jugendlichen die Idee geboren eine Ausstellung auf die Beine zu stellen. Ziel ist es, die Gräueltaten des Nationalsozialismus nicht aus dem Gedächtnis zu verlieren, sondern Zeichen heutiger Ausgrenzung gegenüberzustellen. Mechanismen von Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit in Österreich sollen enttarnt und die Mitmenschen zu mehr Zivilcourage animiert werden. Die Beschäftigung mit den Fragen „Wo sind die Grenzen mei-

ner Toleranz?“ und „Wie verhalte ich mich, wenn Grenzen überschritten werden?“ steht im Mittelpunkt.

Hetzsymbole und Kleidercodes

„Wir wollen nicht in einer von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geprägten Welt leben!“, lautet die klar positionierte Meinung der Jugendlichen. Ein zentraler Bestandteil ist die Fotoausstellung: Seit Anfang 2008 haben Jugendliche Spuren von Fremdenfeindlichkeit fotografiert.



Elf Schulklassen besuchten die Ausstellung und zeigten sich schockiert über rassistische Symbolik und Codes

Diese soll auch weiterhin laufend erneuert werden. Der Verein „Bung! – Gemeinschaft für gegenseitige Achtung, Respekt, Hilfsbereitschaft und Zivilcourage“, der die Ausstellung mit den Jugendlichen ins Leben gerufen und umgesetzt hat, ruft dazu auf, rassistische Äußerungen und Symbole zu fotografieren und mit kurzer

Beschreibung des Fundortes an info@alltag-rassismus.at zu senden. Momentan ist die Ausstellung ausschließlich im Internet unter www.alltag-rassismus.at zu bewundern. 2011 soll sie voraussichtlich in einer Wiener Schule ausgestellt werden und die Besucher auf Fremdenfeindlichkeit im Alltag aufmerksam machen.

LANDSTRASSE

Wanderausstellung „Die EU und DU“ tourt durch Österreich und macht im 3. Bezirk halt „Und was bitteschön bringt mir die EU?“

Europa und die EU stellen sich im Rahmen einer Wanderausstellung ab dieser Woche im Schulzentrum Ungargasse vor. Am 24. 11. können Schüler mit Vertretern der Europapolitik diskutieren.



„Wie schaut die Zukunft Europas aus?“ und andere interessante Fragen werden in der Ausstellung behandelt

Bereits seit Jänner 2008 tourt die Wanderausstellung „Die EU und DU – eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft“ durch Schulen in ganz Österreich. Nun macht die informative Ausstellung auch im Schulzentrum Ungargasse (Ungargasse 69) von 22. 11. bis 3. 12. halt.

Die EU gestern, heute und morgen

Was bringt die EU den Österreichern? Welche Weiterbildungsmöglichkeiten und Vorteile bietet die EU jungen Menschen? Wo liegen die Grenzen der Europäischen Union und wie schaut eigentlich die Zukunft Europas aus? Diese und andere Fragen werden mit anschaulichen Beispielen illustriert.

Außerdem gibt es nützliche Verweise auf weiterführende Informationen über einige Themen im Internet. Am 24. November findet im Rahmen der Ausstellung um 10 beziehungsweise 14 Uhr eine Diskussionsveranstaltung im Schulzentrum Ungargasse statt: Dr. Arad Benkö (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten) und Dr. Wolte (Botschafter, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik) werden je ein Impulsreferat halten und im Anschluss mit Schülern vor Ort über Europa diskutieren. Zur Wanderausstellung gibt es nun auch einen neu aufgelegten Begleitfolder, der von Schulen angefordert werden kann. Noch mehr Informationen gibt es auf www.die-eu-und-du.at.



29. November 2010

Chronik | 01. Bezirk Gmünd

Warum – Wieso – Weshalb EU? Diskussion in der LBS-Schrems



Bezirk Gmünd: Am 25.11.10 konnte Direktorin Dipl.-Päd. Gertrude Marek in der Landesberufsschule Schrems Experten zum Thema „Europäische Union“ begrüßen. Die EU-Experten diskutierten vor Ort mit Schülerinnen und Schülern der LBS Schrems. Im Rahmen der Wanderausstellung „Die EU und DU – Eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft“ wurde eine Diskussionsveranstaltung organisiert, an der etwa 140 Berufsschülerinnen und –Schüler teilnahmen.

Das Ziel der Wanderausstellung ist, gerade jungen Menschen aufzuzeigen, wer oder was die EU eigentlich ist, wozu wir sie brauchen und welche Chancen die Union speziell für Jugendliche parat hält.

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hat gemeinsam mit dem Außenministerium (BMeiA) und der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich diese Ausstellung auf die Beine gestellt, welche durch ganz Österreich tourt und bevorzugt an Schulen Station macht.

Um aber den Schülerinnen und Schülern das Thema darüber hinaus noch näher zu bringen, stellten sich Dr. Wolfgang Wolte (Botschafter i.R., ÖGfE), Dr. Wolfgang Renezeder (BMeiA) und Thomas Stiegmaier (ÖGfE) der Diskussion vor Ort und beantworteten die Fragen der Jugendlichen.

Von den großen und allgemeinen Fragen der Europäischen Union (Erweiterung, Ziele und Grenzen der Union) bis hin zu Detailfragen der Praxis (Möglichkeit von abschreckenden Bildern auf Zigarettenpackungen) wurde ein sehr breites Spektrum an Themen behandelt.

Und so ging nach zwei Stunden intensiver und auch kritischer Beschäftigung mit der Europäischen Union eine sehr informative Veranstaltung zu Ende, bei der sich nicht zuletzt die engagierten und gut vorbereiteten Schülerinnen und Schüler von ihrer besten Seite zeigten und aber sicherlich auch viel Diskussionsstoff nach Hause mitnehmen konnten.

Informationen: Thomas Stiegmaier, ÖGfE, www.oegfe.at , Fotos: Landesberufsschule Schrems, www.lbsschrems.at/

Quelle: <http://www.waldviertelnews.at/detail.asp?showid=11240>



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Leserbriefe



März 2010

Leserbriefe

„Lissabon-Vertrag“

Am 8. März 2010 bezeichnete Herr Seinitz in seiner Kolumne den Vertrag von Lissabon als „großen Betrug“ und „Mogelpackung“. Erlauben Sie mir, Herrn Seinitz zu widersprechen. Der Vertrag von Lissabon erhöht selbstverständlich die demokratische Mitsprachemöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger.

● Er stärkt beispielsweise die Rolle des Europäischen Parlaments, das künftig gleichberechtigter Gesetzgeber mit dem Rat der EU ist.

● Der Vertrag führt die Möglichkeit einer europäischen Bürgerinitiative ein.

● Auch können Bürger bei Verletzung ihrer Grundrechte Klagen direkt beim Europäischen Gerichtshof einbringen.

● Und auch die Mitsprachemöglichkeiten der nationalen Parlamente werden gestärkt: So kann das österreichische Parlament gemeinsam mit anderen Parlamenten gegen EU-Vorhaben Einspruch erheben.

● Künftig können sich die EU-Mitgliedstaaten auch Zuständigkeiten zurückholen, wenn diese auf nationaler Ebene besser gelöst werden könnten.

Aber auch die Kritik von Herrn Seinitz an den neuen Führungspersonlichkeiten in der EU ist überzogen. Um 27 Staats- und Regierungschefs nachhaltig zu koordinieren, braucht es einen EU-Präsidenten. Um die Außenvertretung der EU in der Welt zu verbessern, braucht es einen „EU-Außenminister“. Beide Aufgaben sind schwierig genug. Man sollte die dafür erst vor wenigen Wochen ernannten Persönlichkeiten folglich unterstützen und ihnen auch in der Öffentlichkeit eine Chance geben.

Paul Schmidt,
Leiter der Österreichischen
Gesellschaft für Europapolitik

Titel des ÖGfE-Leserbriefes:

„73% der Österreicher(innen) möchten auf die EU nicht verzichten“

Stellungnahme von Mag. Paul Schmidt zu dem Leserbrief „(Ein-) Gebildete EU-Befürworter?“ von Dipl.-Ing. Stephan Zanzlerl, Kronen Zeitung, Freitag 16. April 2010, Seite 29

Endlich das Volk über die EU befragen!

73% der Österreicher(innen) möchten auf die EU nicht „verzichten“:

Herr Dipl.-Ing. Stephan Zanzlerl kritisiert in seinem Leserbrief „(Ein-)Gebildete EU-Befürworter“ vom 16. April eine Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, die u. a. festhält, dass Befragte mit höherem schulischem Ausbildungsgrad (Matura, Uni-Abschluss) die EU-Mitgliedschaft positiver sehen. Hiermit ist allerdings keinerlei

„unterschwellige Botschaft“ verbunden. Die Aussage ist wertfrei und beruht auf den von uns erhobenen Daten.

Die Umfrage zeigt übrigens auch, dass junge Menschen der EU positiv gegenüberstehen.

Keine Frage: Die EU ist nicht ohne Fehler, und die Sorgen der Menschen müssen ernst genommen werden. Die Auswirkungen europäischer Entscheidungen sollten daher noch genauer überprüft und v. a. besser kom-

muniziert werden. Aber ein „Verzicht“ auf die EU-Mitgliedschaft Österreichs ist keine Alternative und hätte schwerwiegende negative Folgen. Dessen scheint sich auch eine Mehrheit der Österreicher(innen) bewusst zu sein: Gerade vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft auf 73% angestiegen.

Mag. Paul Schmidt, Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, per E-Mail

Stellungnahme der „Kronen Zeitung“:

Die 73 Prozent sind falsch. Die EU könnte dies leicht durch eine Volksbefragung beweisen. Sie hat ja genügend Geld, um dies durchzuführen. Ein Staat wie Österreich, den die EU mit der Kriminalität in eine furchtbare Lage gebracht hat, würde und müsste sich zur klaren Gegnerschaft zur EU bekennen. Aber man weigert sich, eine solche Frage an das Volk zu richten. Österreich ist eben durch die EU keine Demokratie mehr...

Leserbrief von Dipl.-Ing. Stephan Zanzlerl, Kronen Zeitung, Freitag 16. April 2010, Seite 29

(Ein-)Gebildete EU-Befürworter?

Im Zuge der Bekanntgabe der jüngsten EU-Umfrage (im Auftrag des Pro-EU-Vereins „Osterreichische Gesellschaft für EU-Politik“) meinte man, wie schon so oft in der Vergangenheit, wieder einmal deutlich betonen zu müssen: Je höher die Ausbildung, umso größer die EU-Zustimmung. Die unterschwellige Botschaft, welche damit an die vielen in Sachen EU Unentschlossenen überkommen soll, scheint klar: Wo wollt ihr hingehören? Etwa zum ungebildeten Pöbel? Wenn nicht, so müsst ihr euch schon zur EU bekennen! Dieses hochnäsige Gehabe ist ja hinlänglich bekannt.

Dass man die heute noch anzutreffenden EU-Befürworter in erster Linie unter den sogenannten „höher Gebildeten“ findet, hat einen einfachen Grund: Je höher die Ausbildung, umso höher wird in der Regel auch das Einkommen

sein und umso geringer damit die Wahrscheinlichkeit, von den negativen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft betroffen zu sein.

Aus „geschützten Werkstätten“ heraus, wie u. a. diversen EU-huldigenden Zeitungsredaktionen, können jene Akademiker natürlich leicht und süffisant von so Kinkerlitzchen wie dem Wegfall der Passkontrollen sowie Wechselspesen bei Auslands-

reisen floskeln. Als ob viele österreichische Normalbürger nicht ganz andere Sorgen hätten! Für eine Mindestrentnerin, die irgendwie über die Runden kommen muss, oder einen arbeitslosen Familienvater, dessen Fabrikarbeitsplatz „dank“ EU-Osterweiterung ins Ausland „outgesourct“ wurde, können Hinweise auf geringfügig bequemlichere Auslandsreisen nur überaus zynisch wirken...

Es muss jedenfalls auch einmal betont werden, es gibt viele Akademiker in Österreich, die nicht (!) in blind-egoistischer Manier die EU gutheißen, sondern die sich ganz im Gegenteil solidarisch zeigen mit den so zahlreichen EU-Geschädigten und die auf die Mitgliedschaft Österreichs bei diesem Brüsseler Scheinheiligenverein gut und gerne verzichten können.

Dipl.-Ing. Stephan Zanzlerl, Salzburg



07.11.2010

Leserbriefe

Seite 31

Lissabon – gescheitert?

In den von Herrn Dr. Erich Schäfer, Leserbrief vom 2. November, zitierten Sätzen setzt sich der luxemburgische Regierungschef kritisch – und ausschließlich – mit der Außenvertretung der EU auseinander. Im Vertrag von Lissabon ist übrigens auch nicht die Rede davon, „der EU Souveränität zu verleihen“. Der Vertrag ist erst seit 1. Dezember 2009 in Kraft. Da ist es wohl etwas verfrüht, von Scheitern zu sprechen. Weiters stellt der Vertrag einen Kompromiss dar, dessen Bewährung vor allem auch vom politischen Willen der Entscheidungsträger der EU abhängt. Und an der Existenz dieses politischen Willens sollte kein Zweifel bestehen.

Österreichische
Gesellschaft für
Europapolitik, Botschafter i. R.
Dr. Wolfgang Wolte, Wien

Salzburger Nachrichten

24.11.2010

Leserforum

Seite 24

Bemühungen um Lösungen in der Europäischen Union

Zu „Die Europäische Union braucht Mutmacher“, „Schwischeis EU-Check“ vom 22. 11. 2010:

Schwischei hat gewiss recht, wenn er die Aussagen von Präsident Van Rompuy als

einen warnenden Hilferuf an die Entscheidungsträger interpretiert, sich der Verantwortung für Europa bewusst zu werden und danach zu handeln. Wie gefährdet das demokratische System, unter Hinweis auf nationale Erfordernisse, auch sein mag: Es darf nicht dazu führen, europäischen Kompromissen auf europäischer Ebene die Zustimmung zu verweigern.

Und immer wieder sollten wir uns in Erinnerung rufen, was der europäischen Staatengemeinschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gelungen ist. Erst im Nachhinein erkennen wir die historischen Erfolge, die wir erzielt haben.

Auch Schwischei spielt darauf an, wenn er sagt, dass man sich „gemeinsam trotz der jetzt großen Gegensätze durchgekämpft hat und die Menschen statt Angst wieder neue Perspektiven haben: Ja, wir haben in der Not zusammengehalten. Wir haben das Verbindende über das Trennende gestellt. Wir haben jeder für sich die notwendige Verantwortung übernommen . . .“

Wichtig ist, dass wir in der Europäischen Union Institutionen haben, in deren Rahmen wir gemeinsam um Lösungen bemüht sind, die diesem Kontinent in gleicher Weise Frieden, Freiheit und Fortschritt sichern. Ein Mensch, der im Jahr 1931 geboren wurde, der wie ich alle Tiefen und Höhen der Entwicklung miterlebt hat, lässt sich diesen europäischen Optimismus nicht rauben.

Dr. Wolfgang Wolte, Botschafter i. R., 1180 Wien